Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

21. April 1977
Jg. 5 Nr. 16

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Plankstadt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Fortschritt für den Zusammenschluß der Erdölländer

Im Dezember letzten Jahres hatten die Imperialisten gejubelt, daß es ihnen gelungen war, einen Keil zwischen die erdölexportierenden Länder zu treiben. Saudi-Arabien und die Arabischen Emirate lehnten damals die vom Rest der OPEC-Länder beschlossene Preiserhöhung von insgesamt 15 Prozent ab und wollten ihr Öl lediglich mit 5 Prozent an die Preissteigerungen der Imperialisten anpassen. Jetzt hat Saudi-Arabien zu verstehen gegeben, daß es wieder einen einheitlichen Preis anstrebt. „Wir räumen der Erhaltung der Stärke der OPEC höchsten Vorrang ein", erklärte der saudi-arabische Kronprinz Fahd in einem Interview der Zeitung „Al Siyasseh". Aus Solidarität mit den anderen OPEC-Ländern hätte Saudi-Arabien schon bisher darauf verzichtet, seine Produktion zu erhöhen. Die Imperialisten hatten gewollt, daß so Druck auf den Ölpreis der anderen Öl-Länder ausgeübt würde. Die ölproduzierenden Länder sind vom Imperialismus unterdrückte Länder und Teil der Dritten Welt. Die Einheit ihrer Interessen gegenüber dem Imperialismus und der Drang der Völker nach Befreiung sind stärker als die Augenblickserfolge, die die Imperialisten mit Hilfe ihrer Erpressermethoden noch erzielen können. Am 12. Juli werden die OPEC-Länder auf einer Ministerkonferenz eine Entscheidung treffen.

Der Schlichtungs-Betrug beim Bau ist gescheitert

Nachdem die Tarifkommission der IG Bau die „Empfehlung" des Schlichters über rund 6 % am Dienstag vor Ostern abgelehnt hat, setzen die Kapitalisten darauf, still und leise mit den Sozialdemokraten um den IG-Bau-Vorsitzenden Sperner einen Tarifvertrag abzuschließen. Sie wiesen drohend auf die gesetzliche „Friedenspflicht" bis 30.4. hin und lobten in der Presse das „Verhältnis guten, verständnisvollen Einvernehmens" mit der Gewerkschaftsführung. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte bereits die
Gewerkschaftsführung. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hatte bereits die
Ablehnung des Kapitalistenangebots vor der Schlichtung als „Demontage der Tarifautonomie" und „Mißbrauch des Schlichters" bezeichnet, weil der „Spielraum" bereits ausgeschöpft sei. Als „neutraler Schlichter" wirkte Professor Gutowski. Er ist Mitglied des Sachverständigenrates und an dessen Lohnleitlinie hatten sich auch die Baukapitalisten mit ihrem Angebot gehalten. Seit etwa 1970 ist es den Baukapitalisten gelungen, den Lohn unter allen anderen Branchen zu drücken. 470 DM in der Woche bekommt ein Bauarbeiter im Durchschnitt, wenn er Arbeit hat und Überstunden macht. Das reicht nicht, um die von der schweren Arbeit verbrauchte Arbeitskraft zu erhalten. Deshalb haben die 400 Hamburger Bauarbeiter mit ihrem Streik vor 14 Tagen einen Anfang gemacht, das bis Ende April gehende Streikverbot zu durchbrechen.

Neuer Streit der Supermächte um den Besitz der Weltmeere

Bereits kurz nach Einführung von 200-Meilen-Fischereizonen durch die USA und die UdSSR am 1.3. bzw. 1.4. ist klar geworden, daß die beiden Supermächte damit neue heftige Auseinandersetzungen um den Besitz der Ozeane anzetteln und die gerechten Forderungen der Dritten Welt erpresserisch untergraben wollen. 60mal stießen Küstenwachboote der USA in ihrer Fischereizone auf sowjetische Fischereischiffe. Letzte Woche schließlich brachten die USA auf direkte Anweisung des Präsidenten Carter ein sowjetisches Fang- und ein Kühlschiff auf. Die Ladung des einen Schiffes wurde beschlagnahmt und entladen, gegen die Besatzung des anderen Schiffes ermittelt die US-Staatsanwaltschaft noch und hält das Schiff fest. Von der Sowjetunion ist bekannt geworden, daß sie andere Länder zu erpressen sucht, damit ihre Schiffe in fremden Küstengebieten weiterhin die Netze auswerfen können. Die Verhandlungen über Fangquoten mit der EG wurden abgebrochen, weil die russischen Sozialimperialisten auf ihren „traditionellen Fischereirechten" bestanden. Japanische Fischer vertrieb die Sowjetunion aus ihrer 200-Meilen-Zone und schuf damit gleichzeitig eine neue Tatsache zur Verfestigung der sowjetischen Besetzung der vier nördlichen Inseln Japans. Gleichzeitig hat die Sowjetunion unverfroren erklärt, für sich selbst nehme sie das Recht in Anspruch, bis 3 Meilen vor der japanischen Küste zu fischen.

Die EG-Imperialisten sind ein raubgieriges Wolfsrudel

Frankreichs Intervention in Zaire vor der EG-Außenministerkonferenz

Der französische Imperialismus hat mit der Entsendung von Flugzeugen und Militärberatern in Afrika interveniert. Er hat die vom sowjetischen Sozialimperialismus geschürte Aggression der Katanga-Söldner zum Anlaß genommen, seinerseits zu intervenieren und seine Ansprüche auf Afrika und Zaire hervorzukehren. Die Aktion ist mit dem US-Imperialismus abgesprochen gewesen. Der BRD-Imperialismus hat durch Regierungssprecher Bölling mitteilen lassen, daß er Verständnis für die französische Intervention habe. Die BRD-Imperialisten ihrerseits dächten nicht an entsprechende Aktionen. Tags darauf haben die BRD-Imperialisten angefangen, Waren nach Zaire fliegen zu lassen. Offiziell wird von Waren in einem Wert von 5 Millionen gesprochen. Sie wurden als humanitäre Hilfe gepriesen.

Manche meinen, beides hätte mit imperialistischer Intervention nichts zu tun. Die französischen Flugzeuge seien von den Regierungen Zaires und Marokkos angefordert worden. Aber ist das die Ursache dafür, daß Frankreich die Flugzeuge und Militärberater entsandt hat? Nein, die Ursache für die Entsendung der Flugzeuge und Militärberater ist der imperialistische Charakter des französischen Staates. Und der Zweck dieser Aktion ist nicht Unterstützung des Volkes von Zaire gegen die sozialimperialistische Aggression. Der Zweck ist Einmischung und Eroberung. Zaire sei das „größte zusammenhängende afrikanische Staatsgebiet französischer Sprache". Da könne es sich Frankreich nicht leisten, beseite zu stehen, führte Giscard zur Begründung seiner Einmischung aus.

Manche sagen, was wir denn gegen „humanitäre Hilfe" hätten, wie sie die BRD-Imperialisten an Zaire geliefert hätten. Auch hier kommt es nicht darauf an, *was* die BRD-Imperialisten nach Zaire liefern, sondern *warum* sie es liefern, welchen *Charakter* diese „Hilfe" hat. Natürlich dient diese „Hilfe" nicht der Verteidigung des Landes gegen den Imperialismus, sondern soll gerade den Einfluß des Imperialismus stärken, den Einfluß des BRD-Imperialismus. Dem dient auch die Kapitalhilfe, über die Genscher einen Vertrag unterzeichnen will, wenn er sich nächste Woche persönlich nach Zaire begibt. Zaire ist ein reiches Land. Wem hilft es, wenn sich die BRD-Imperialisten dort einkaufen? Dem BRD-Imperialismus. Dem Volk von Zaire schadet es. Das Volk von Zaire hat bereits in jahrhundertelangem Kampf gezeigt, daß es sich niemals mit solcher „Hilfe" abfinden wird, die ihm zunächst die Sklaverei und Leibeigenschaft gebracht hat und die es noch heute daran hindern will, seinen selbständigen Weg zur Unabhängigkeit und Befreiung zu gehen.

Auf Antrag des französischen Imperialismus ist die Intervention in Zaire auf die Tagesordnung der EG-Aussenministertagung am Montag gesetzt worden. Frankreich wollte sich die Rückendeckung der EG für seine militärische Intervention in Afrika holen.

(Fortsetzung Seite 2)



Mit 3,9 % gibt das Statistische Bundesamt die Preissteigerung für den letzten Monat an. Was es nicht angibt: Während die Preise für die Völlerei der Bourgeois nur wenig steigen, gehen die Preise für Konsumtionsmittel der Massen rasch in die Höhe. Große Teile der Arbeiterklasse sind gezwungen, minderwertige Nahrungsmittel zu kaufen. Die werden am schnellsten teurer. Überall, wo es mal ein Sonderangebot gibt, bilden sich schnell große Schlangen. So am Dienstag morgen in einem Hannoveranderer Großmarkt für die Jagdwurst, die beim Essen auf den Zähnen knirschen wird (unser Bild).

US-Arbeiter zahlen einen hohen Preis für Carters Predigten

Der amerikanische Präsident Carter hat ein neues „Anti-Inflationsprogramm" verkündet.

Er „hat sich zu einer deutlichen Kehrtwendung in seiner Wirtschaftspolitik entschlossen. Er verzichtet nicht nur auf die Rückerstattung von 50 Dollar pro Steuerzahler, sondern auch auf die Formulierung von Lohnleitlinien", behauptet das „Handelsblatt" am 18. April. Insgesamt atmet die bürgerliche Presse auf, Carter sei zu einer realistischen Politik zurückgekehrt. Immerhin hätte die 50-Dollar-Steuervergütung 10,8 Milliarden Dollar aus dem Staatshaushalt gekostet, die die Monopolkapitalisten in die eigenen Hände bringen wollen.

Carter begründet die Maßnahme damit, die Bedingungen hätten sich verändert, ein Anreiz für einen Wirtschaftsaufschwung sei nicht mehr nötig, der sei im Gang. Jetzt gelte es die Inflation zu bekämpfen. Tatsächlich war das 50-Dollar-Versprechen ein geschickter Wahlkampftrick in einer Situation, wo Millionen Amerikaner ihre Rechnungen für Lebensmittel, Heizung und Treibstoff nicht bezahlen können, auch wenn dieser Betrag an ihrer elenden Lage wenig geändert hätte.

Tatsächlich war das Versprechen wie alle anderen an die Massen so wenig ernst gemeint wie das Gerede vom Aufschwung. Im März 1976 schrieb die First National Citybank: „Nach einem unruhigen Start 1975 (im Frühjahr 1975 war der Tiefpunkt der heftigsten Rezession seit den dreißiger Jahren) verläuft die wirtschaftliche Erholung in den Vereinigten Staaten nun stetig. Zwar ist das Tempo geringer als in manchen Aufschwungphasen der fünfziger Jahre; hält es jedoch an, so wird es wieder zu Vollbeschäftigung kommen." Nun, der kurzfristige Aufschwung war ein Lüftchen in anhaltender Rezession. In der zweiten Hälfte des letzten Jahres kam die Krise wieder voll zum Tragen. „Das reale Wachstum war von 9,2 Prozent im ersten Quartal auf 2,4 Prozent im letzten Quartal gefallen. Die Arbeitslosigkeit hatte nahezu wieder acht Prozent erreicht" und erfaßt nach offizieller Statistik mehr als 8 Millionen Arbeiter. Die Inflation war weiter gestiegen, 5,8 Prozent im Jahresdurchschnitt 1976, betrug sie im ersten Quartal 1977 über 9 Prozent. Das Handelsbilanzdefizit erreichte 1976 eine Rekordhöhe.

Demagogisch hatte Carter im Wahlkampf getönt: „Ford gegen Inflation, Carter gegen Arbeitslosigkeit". Schon beim Amtsantritt erklärte er dann, daß er nicht erwartet, vor 1980 die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken. Das geplante Arbeitsbeschaffungsprogramm (staatliche Infrastrukturmaßnahmen) kann ohnehin nur 250 000 Arbeitern einen Ausbeuter liefern. Wie wenig die Finanzkapitalisten von Carters „Anti-Inflationsprogramm" die Beseitigung der Inflation tatsächlich erwarten, zeigt offen das „Handelsblatt": Carters Anti-Inflationsprogramm bringe wenig Neues; begrüßt wird es, weil es die Lage realistischer als bisher einschätzt. „Deshalb ändern seine verschiedenen Vorschläge, die Inflation niederzuhalten, nicht sehr viel, sehr schnell. Währenddessen scheint die Inflationsrate zu steigen." (International Herald Tribune, 8. April) Bei seinem Programm handelt es sich um weitere Maßnahmen, das angeschlagene Kriegsschiff US-Imperialismus wieder schlachtklar zu bekommen.

„Haushaltsdisziplin" und „Überarbeitung der Regierungsvorschriften" zielen darauf ab, den Staatsapparat wieder zu straffen und funktionsfähig zu machen. „Abwendung starker Fluktuationen bei der Rohstoffversorgung oder den Agrargütern durch die Anlage von Reserven" gehört stets zu den Erfordernissen der Kriegsvorbereitung. Gezielter Einsatz der den werktätigen Massen abgepreßten Steuergelder zur Stärkung der US-Monopolkapitalisten im Konkurrenzkampf mit den übrigen Imperialisten durch „Investitionsförderung" und „Schutz gefährdeter Industrien".

Die Aufgabe der „Lohnleitlinienpolitik" Nixons und Fords durch Carter bedeutet keineswegs die Absicht, die Auspressung der Arbeiterklasse zu vermindern. Vielmehr trägt es dem Umstand Rechnung, daß die amerikanische Arbeiterklasse durch eine Vielzahl von selbständigen Streiks deutlich gemacht hat, daß sie eine weitere Fesselung im Lohnkampf durch die Kollaboration der reaktionären und korrupten Gewerkschaftsführer mit den US-Imperialisten und ihrer Regierung nicht hinnehmen werden. Durch „freiwillige Zusammenarbeit und Koordination der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften und Regierung, der deutschen ‚konzertierten Aktion' in etwa vergleichbar" (Handelsblatt, 14. April), hofft er die Arbeiterklasse besser spalten und weiterhin betrügen zu können. So schreibt die „Washington Post", ein Blatt der US-Imperialisten: „Die Erinnerung (an Nixons Lohn-Preisstopp-Politik) macht es für Mr. Carter direkt gefährlich, zu versuchen, Lohn- und Preisrichtlinien aufzustellen. (...) Präsident Johnson konnte seine Lohnleitlinien zweieinhalb Jahre lang nutzen, bevor sie 1966 explodierten. Dieser Prozeß würde sich jetzt viel schneller wiederholen, wenn Carter das gleiche versuchte." (18. April)

1976 war es bereits zur höchsten Anzahl Streiks in den vergangenen Jahren gekommen, davon viele selbständige Streiks, die sich auch gegen die Kollaboration der Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten und der Lohnleitlinienpolitik der Regierung richteten. Sie dauern an. Zum Beispiel erzwangen im Februar die Arbeiter von Bell Telephone in Chicago die Rücknahme von Entlassungen durch einen Streik, gegen den sich auch die Gewerkschaftsführer gestellt hatten. Die Fleischereiarbeiter von Vernon Meat Dealers Association schlugen in einem zehnwöchigen Streik einen Angriff der Kapitalisten auf das Streikrecht, die Vierzigstundenwoche u.a. zurück. Der Streik wurde von Arbeitern in der ganzen Fleischindustrie unterstützt und dehnte sich auf weitere Unternehmen aus.

Wie Carter sich die „freiwillige Zusammenarbeit" der Gewerkschaftsführer mit den Kapitalisten vorstellt, zeigt der am 9. April veröffentlichte drei Jahre laufende Stahlabschluß für 430 000 Arbeiter der zehn größten US-Stahlkonzerne, der „als Vorbild für die anstehenden Tarifabschlüsse in anderen Industriebereichen" (Süddeutsche Zeitung, 12. April) dienen soll. Zunächst wurde unter Ausnutzung der Arbeitslosigkeit der Kampf um höhere Löhne geschwächt durch die zentrale Forderung nach einem „lebenslangen Ausbeuter" (lebenslanger Arbeitsplatzsicherheit). Nach monatelangen Geheimverhandlungen erhalten nun die Stahlarbeiter eine „schrittweise Erhöhung des Stundenlohns um 80 Cents" und als „Arbeitsplatzsicherung" nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit eine etwas höhere Arbeitslosenabfindung. Die Stahlarbeiter werden diese Verhöhnung nicht hinnehmen. Immer mehr verlassen sie sich auf ihre eigene Kraft und führen den Klassenkampf.

Gegen diese Praktiken waren bereits im März 3 400 Automobilarbeiter in einen selbständigen Streik getreten. Sie drangen in eine Konferenz im Rahmen der Geheimverhandlungen ein und forderten Lohnerhöhungen, Arbeitsplatzsicherung, höhere Altersrenten u.a.

Eine neue Front entwickelt sich gegen Carters Reduzierung der Arbeitslosenzahlungen. Ab 31. März ist der gesetzliche Anspruch auf Arbeitslosengeld von 65 auf 39 Wochen reduziert worden. Im Wahlkampf hatte Carter für 1977 eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit um 1,5 Prozent versprochen. Jetzt verschwinden auf diese Weise viele Arbeitslose aus der offiziellen Statistik. Für weitere 1 Million amerikanischer Arbeiterfamilien bedeutet das Gesetz die direkte Bedrohung durch den Hunger.

Carter hält für sie einen neuen „Job" bereit, die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist im Gespräch. Den durch die Kapitalisten ins Elend gestoßenen Arbeitern soll als einziger Ausweg der Söldnerdienst in der imperialistischen Armee für die Raubkriege der US-Monopolkapitalisten gegen die Arbeiter anderer Länder bleiben. – (Z-Red.)

Die EG-Imperialisten sind ein raubgieriges Wolfsrudel

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Zeitungen berichten, „die meisten EG-Partner zeigten Verständnis für die Transporthilfe, die Frankreich beim Einsatz der marokkanischen Einheiten zur Unterstützung der Mobututruppen geleistet hat. Einige Minister kritisierten jedoch, daß sie nicht rechtzeitig konsultiert worden seien. Der französische Außenminister Louis de Guiringaud begründete dies mit dem Erfordernis schnellen Handelns." Auf der Tagung der EG-Außenminister wurde direkt über die Intervention in Zaire verhandelt. In der gewundenen Diplomatensprache heißt das: „Auf einem ihrer regelmäßigen Treffen zur Absprache außenpolitischer Fragen, die unter dem Vorsitz des britischen Außenministers David Owen im Londoner Lancaster-Haus stattfand, erörterten die Minister, ob die EG-Länder in der gegenwärtigen Situation nicht ein ‚Signal' gegen weitere Interventionen der Sowjetunion und Kubas in Afrika setzen sollten." Ein solches „Signal" von Imperialisten gegen die Intervention von anderen Imperialisten besteht allemal in der Verstärkung der eigenen Intervention. Zu einer öffentlichen Absprache zwischen den EG-Außenministern ist es nicht gekommen. Der britische Außenminister soll Bedenken angemeldet haben. Er soll gesagt haben, eine Intervention in Zaire gefährde seine großartigen Friedenspläne für das rhodesische Siedlerregime. Sich gleich zweimal in eine Aggression gegen die Völker Afrikas zu verstricken, hielt der britische Realpolitiker für zu viel und da war ihm das rhodesische Hemd näher als die Jacke, in die Frankreich mit seiner Intervention in Zaire schlüpfen will.

Die westeuropäischen Imperialisten, die sich in der EG zusammengeschlossen haben, bezeichnen Afrika gern als den Unterleib Europas. Ganz ernst meinen sie es mit diesem Bild nicht, denn wer tritt sich denn dauernd in den eigenen Unterleib, so wie die europäischen Imperialisten seit fast zweihundert Jahren auf dem afrikanischen Kontinent herumtrampeln? Was sie mit ihrem geschmackvollen Bild meinen, ist, daß sie Afrika haben wollen und daß sie das für so natürlich halten wie die Tatsache, daß ein Mensch einen Unterleib hat. Sie können Afrika nur haben und seine Völker nur ausbeuten, wenn sie diese Völker unterdrücken. Das ist ihr gemeinsames Interesse. Darin kann sich deutsch-französische und deutsch-britische Freundschaft bewähren. Aber haben die Imperialisten was in die Hand bekommen, dann streiten sie sich um die Beute. Unvermeidlich folgt auf die gemeinsame Aggression gegen die Völker der Kampf untereinander, wer sich die Beute nun aneignen kann. 1900 haben die europäischen Imperialisten gemeinsam China angegriffen und geteilt, 1914 haben sie den Kampf um die Weltherrschaft geführt. Unter Imperialisten kann Zusammenarbeit nur relativ sein, denn es geht ihnen um die Beute. Also ist ihre Rivalität absolut. Diese Rivalität bestimmt auch ihre Zusammenarbeit. Wer auf Beute aus ist, sucht die Zusammenarbeit dort, wo er die günstigsten Ausgangspunkte dafür sieht, sich den Löwenanteil der Beute gegenüber seinen Miträubern zu sichern. Afrika den westeuropäischen Imperialisten zu sichern, darüber können sich diese Imperialisten im Grundsatz schnell einigen. Aber wo zuerst intervenieren, unter wessen Führung, darüber können sie sich nicht so leicht einigen. Ihre Wolfsnatur schwächt sie deshalb im Kampf gegen die Völker, wie sie sie letztenendes immer gegeneinander treibt. Wölfe können vielleicht gemeinsam jagen, aber dann reißen sie sich unweigerlich um die Beute.

Wo die Beute äußerst unsicher ist, fängt der Streit unter den Imperialisten schon an, bevor sie die Beute in Händen halten. Das Blatt der Geschichte hat sich definitiv gewendet. Weder ein, zwei Supermächte, noch die EG können es zurückschlagen. Nicht Imperialismus und Hegemonismus haben die Zukunft, sondern Unabhängigkeit, Befreiung und Revolution. Aber die Imperialisten werden auf Weltherrschaft aus sein, solange es sie gibt. Die Ursache ist, daß sie Ausbeuter sind und daß sie die Ausbeutung der Arbeiterklasse im Kampf um den Höchstprofit rund um die Welt treibt auf der Suche nach Märkten, Rohstoffen und Anlagesphären. Überall stoßen sie auf den Widerstand der Völker. Je mehr sich dieser Widerstand verschärft, um so weniger Platz bleibt ihnen im Kampf untereinander, um so heftiger geraten sie sich in die Haare und um so leichter wird es für die Arbeiterklasse, die eigene Bourgeoisie zu stürzen ohne das ganze Imperialistenpack auf den Hals zu bekommen. Um diese Entwicklungsrichtung aufzuhalten, haben sich die westeuropäischen Imperialisten in der EG zusammengeschlossen. Unter den Schlägen der Völker und der internationalen Arbeiterklasse wird sich die EG strategisch als Kartenhaus herausstellen. Taktisch aber muß man sie als eine Festung betrachten, aus der heraus, wie die französische Intervention in Zaire zeigt, die Imperialisten Ausfälle gegen die Völker der Dritten Welt unternehmen wollen. Je weniger Erfolg sie bei diesen Ausfällen haben, um so schneller werden sich auch die Imperialisten in der EG an den Kragen gehen und dabei kommt es darauf an, daß die Arbeiterklasse ihnen mit der Revolution zuvorkommt. Die Arbeiterklasse hat das entschiedene Interesse, daß alle Interventionsversuche ihrer Imperialisten scheitern. Es sind in der letzten Woche Parolen gemalt worden gegen die Intervention und Aggression gegen Zaire. Das ist ein Stück Kampf für dieses Interesse. In Rüsselsheim hat eine Polizeistreife einen Maltrupp gestellt. Man hat debattiert. Ein Polizist fand es richtig zu malen, die anderen hatten nichts dagegen.

Staatsakt

Undankbar, nein undankbar ist die Bourgeoisie nicht; vor allem nicht gegenüber sich selber. Was haben sie ihrem treuen Diener Buback nicht für ein pietätvolles und staatstragendes Ende bereitet. Staatsakt. Kanzlerrede in der Kirche. Justizministerrede. Filbingeransprache, weil es nun mal in Baden-Württemberg gewesen ist. Und hätte Marie Schlei die Witwe nicht mit den Worten, sie solle doch mal an die schöne Rente von 7 651,24 DM denken, aufgerichtet, wäre diese staatstragend zusammengebrochen. Die Schlei verpatzt eben alles.

„Unzählige" (ZDF) Mann schwerbewaffneter Polizei waren auch dabei. Scharfschützen auf den Dächern, Spitzel unter den Kanaldeckeln. Dies zum Charakter der Feierstunde; die Bourgeoisie in der BRD mag so um die 2 bis 3 Millionen Köpfe hohl sein. 3 000 davon waren da. Buback war bloß ihr Diener, obzwar sehr eifrig. Sonst sind die Bourgeois ja sehr beweglich. Zeit haben sie auch und Geld spielt keine Rolle. Zum Presseball kommen jedenfalls mehr davon.

Trotzdem, Buback hatte, so gesehen, ein schönes Ende. 14 Tage sind jetzt verstrichen, ohne daß sich ein Nachfolger angemeldet hätte. Der Posten ist so an die 10 000 DM im Monat schwer. Das Ringen von Beamtenfeigheit und Beamtenkarrierismus in den Köpfen der denkbaren Nachfolger muß schwer sein.

Man wird uns vorwerfen, wir gingen leichtfertig mit dem Tod eines Menschen um. Wir können auch nichts dazu, daß die leichtfertig mit dem Tod eines Menschen um. Wir können auch nichts dazu, daß die Bourgeoisie so verkommen ist. Wer von der Ausbeutung anderer Menschen lebt, der wird so.

„Gründe, einen Staatsanwalt, einen Richter, einen Regierungspräsidenten oder Polizeipräsidenten zu schießen, Gründe gibt's genug und auch gute. Gründe, einen Kapitalisten zu schießen, es gäbe genug und auch gute. Wird einer davon mal erschossen, man wundert sich nicht. Eher, warum nicht mehr und öfter welche geschossen werden."

Diese Einleitung zu einem Artikelchen, in dem wir abrieten, dem Klassenhaß, der in der kapitalistischen Gesellschaft unvermeidlich entstehen muß, durch Abschießen einzelner Bourgeois Luft zu machen, und aufriefen, den langwierigen und mühevollen, aber *wirksamen* Weg der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes gegen die Bourgeoisherrschaft zu beschreiten, wurde jüngst in der Fernsehsendung „Report" verlesen.

„Wer nun sagt, meine Damen und Herren, bei den jungen Leuten auf der Straße, die Propaganda für den KBW machen, handle es sich halt um junge Idealisten, der muß freilich auch nach denen fragen, die diese jungen Leute steuern. Und mit der Frage allein scheint es mir nicht getan. Man muß handeln. Der Bundestag muß sich entscheiden, ob er hier noch zusehen kann oder verbieten muß."

So weit der Kommentar des „Report"-Moderators Klaus Stephan.

Die Lügenbeutel von der Bourgeoispresse können es nicht aushalten, wenn einfache Wahrheiten in einer Zeitung stehen. Das kommt ihnen richtig pervers vor. Das muß *verboten* werden.

Ein Mädchen oder ein Junge, die sich am Baum aufhängen, weil schlechte Noten, haben sie nicht gute Gründe, lieber den Regierungspräsidenten zu erschießen, der den Notenschlüssel diktiert? In solchen Fällen fehlt doch eher die Waffe als etwa ein guter Grund. Ob der Profilügner von „Report" wirklich so vernagelt ist, daß er das nicht wenigstens spürt?

Der Anarchismus ist für die Bourgeoisie als Klasse kein Problem. Daß durch die Schüsse auf Buback ein solcher Terz entsteht, liegt nicht daran, daß sich die Bourgeois in ihrer Herrschaft gefährdet sehen. Es liegt tatsächlich an ihrer persönlichen, individuellen, mickrigen und erbärmlichen Feigheit. Sie, die ohne Wimpernschlag Tausende in der Hetze der Produktionsstätten zugrunde richten, bemachen sich schier, wenn's mal einen von ihnen trifft.

Obwohl Feiglinge nicht ungefährlich sind, sondern gefährlich, und Verbot hin oder her, mit diesen Leuten wird die Arbeiterklasse fertig werden.

„Ganz selten entsteht für eine proletarische Organisation die Lage

„Ganz selten entsteht für eine proletarische Organisation die Lage, mit dem Geldsack auf die Bourgeoisie schlagen zu müssen"

Beschluß der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des KBW in die Tat umgesetzt

„5. Es ist erforderlich, der Gesamtorganisation ein Zentrum zu schaffen. Dieses Zentrum muß in Frankfurt/Main geschaffen werden. Durch Ausbau der Zentrale in Mannheim kann es nicht geschaffen werden. Unsere Organisation ist historisch im Kampf gegen das Zirkelwesen entstanden. Der entscheidende Schritt zur Überwindung des Zirkelwesens bestand in der Vereinheitlichung auf dem Programm. Dennoch konnten ganz unvermeidlich gewisse Besonderheiten, gewisse Widersprüche, die das Zirkelwesen kennzeichnen, nicht sogleich überwunden werden. Die Zentren der revolutionären Bewegung hatten sich durchaus nicht in jenen Zentren herausgebildet, in denen in unserem Lande der Kampf um die politische Macht entschieden wird. Vielmehr war es der Bourgeoisie gelungen, in allen diesen Zentren die revolutionäre Bewegung durch Opportunismus zu spalten und zu zersetzen, in solchem Grade, daß an den Aufbau eines Zentrums des KBW in diesen Orten nicht zu denken war. Das ist heute anders, obzwar immer noch große Ungleichmäßigkeiten in der Entwicklung der objektiven und der subjektiven Kräfte der Revolution überwunden werden müssen. Wir sind aber bereits in der Lage, das Zentrum der Organisation nach Frankfurt/Main zu verlegen, wo es auch bleiben kann.

6. Durch Anmietung von ein oder zwei Büroräumlichkeiten schafft man der Organisation kein Zentrum. Die Delegiertenkonferenz begrüßt den Plan des Zentralen Komitee, direkt bei der Zentralen Leitung ein Schulungszentrum zu schaffen. Daß die Verwirklichung dieser Absicht die Beschaffung großzügig ausgelegter Räumlichkeiten verlangt, ist ersichtlich. Daß es vorteilhaft ist, diese Räumlichkeiten womöglich im Zentrum der Stadt Frankfurt zu besorgen, ist auch ersichtlich. Daß angestrebt werden muß, Räumlichkeiten, in denen der ganze zentrale Apparat einschließlich Schulungszentrum zusammengefaßt werden kann, als Eigentum zu erwerben, ergibt sich sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. Daß der Preis für ein solches Objekt beachtlich sein wird, weiß jeder.

Nach unseren Untersuchungen müssen zwischen 2 Millionen und 3 Millionen DM aufgebracht werden.

Die Aufbringung einer solchen Geldsumme bedeutet Verzicht auf etliche andere Anschaffungen, die auch erstrebenswert sind. Daß es richtig ist, Geldmittel auf diesen Zweck zu konzentrieren, das ergibt sich allein aus den Schwierigkeiten, die uns die Haus- und Grundbesitzenden Kapitalisten bei unseren bisherigen Kaufbemühungen machen.

Wir müssen damit rechnen, daß die Beschaffung noch zu allerhand Problemen, Widersprüchen und Skandalen führen wird. Kann sein, daß wir Manöver durchführen müssen.

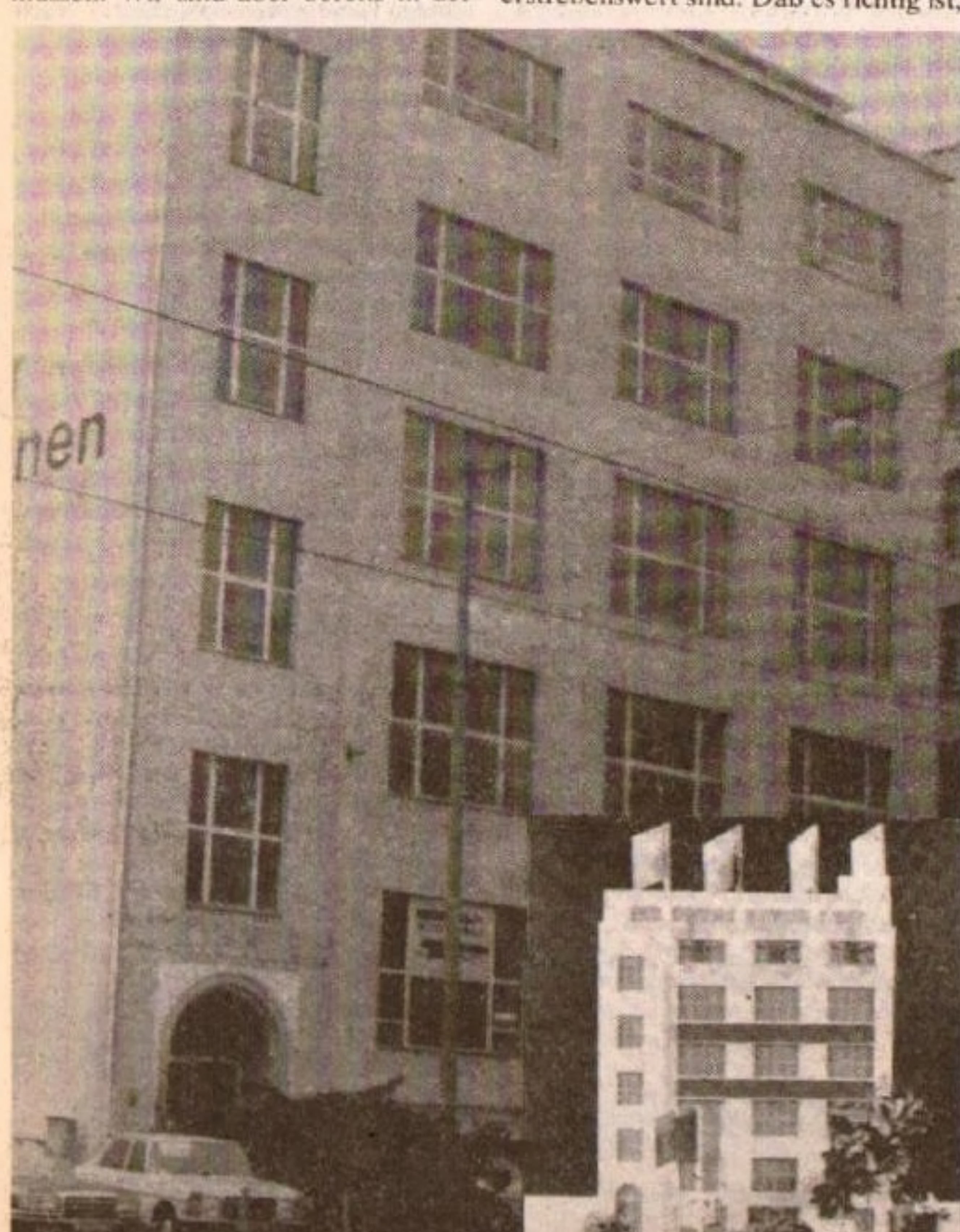
Wäre nicht die Lage auf dem Immobilienmarkt verzweifelt, und befänden sich nicht etliche Kapitalisten in schwerem Verkaufsdruck, wäre es ausgeschlossen, sich ein passendes Objekt zu verschaffen. Es ist so schon schwer.

Um die Situation auszunutzen, die Bourgeoisie zu demütigen, das Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse aber zu stärken, ist es erforderlich, erhebliche Geldmittel in der Hand der Zentrale schnell zusammenzuballen. Bis Ende November müssen sich etwa 1,5 Millionen DM in Händen der Zentrale befinden. Diese Summe wird hinreichen, die Widersprüche auf dem Immobilienmarkt auszunutzen und den passenden Immobilienbesitzer aus der Bourgeoisfront herauszukaufen.

Diese Geldsumme kann aufgebracht werden. Zählt man sie mit der Geldsumme zusammen, die zur Ausstattung der Regionalverbände erforderlich ist, so kommt man auf etwa 2,35 Millionen DM. Nachfragen und Erörterungen haben ergeben, daß die Genossen in der Nordregion die Gesamtsumme, die von ihnen bis zum 15. November flüssig gemacht werden kann, auf etwa 0,9 Millionen DM schätzen. Diese Untersuchungen haben die Möglichkeiten der Organisation zwar weitgehend, aber nicht vollständig erfaßt.

Die Delegiertenkonferenz stellt fest: Die Beschaffung eines Geldsacks, 1 bis 1,5 Millionen DM schwer, bis Ende November ist möglich. Die Delegiertenkonferenz stellt weiter fest: Ganz selten entsteht für eine proletarische Organisation die Lage, mit dem Geldsack auf die Bourgeois schlagen zu müssen. Die Beschaffung der Räumlichkeiten für ein Zentrum der Organisation in Frankfurt ist ein solcher Fall. Deswegen ist es gut, wenn der dementsprechende Geldsack prall gefüllt ist. Das demütigt die Bourgeoisie, weil es eindrucksvoll dokumentiert, daß der Arbeiterklasse die Bestreitung ihrer Kriegskosten gegen die Bourgeoisherrschaft ein Lebensbedürfnis ist.

Die Delegiertenkonferenz stellt weiter fest: Durch die Notwendigkeit dieses und dieser Kampfmethode ist auch der Zeitpunkt festgelegt, an welchem der Besitz, der einige Genossen noch mit ihrer Herkunft aus der Bourgeoisie verbindet, in Eigentum der Organisation und damit der Arbeiterklasse verwandelt werden muß. Wenn sich die Delegiertenkonferenz auch bewußt ist, daß der große, quantitativ wie qualitativ entscheidende Teil dieser Geldmittel aus Arbeiterlohn aufgebracht wird, so muß dennoch festgehalten werden: Die Beseitigung von Erbschaften und dementsprechend die Verwandlung von Erben in gewöhnliche Lohnabhängige ist dann ein unumgängliches Erfordernis, wenn diese Erben Mitglieder des KBW sind. Die offizielle Bourgeoisie versperrt uns Kraft ihres Besitzmonopols den Zugang zu erforderlichen Hilfsmitteln des Klassenkampfes. Wir müssen sie spalten. Soweit wir sie mit Mitteln, die ihrer eigenen Revenue entstammen, spalten können, dokumentiert dies den Grad der Zersetzung der Bourgeoisklasse und ist schon allein deswegen nützlich."





Jugendliche Zimbabwes, die sich in einem Lager der ZANU auf den bewaffneten Kampf vorbereiten. Die Jugend in Zimbabwe hat die Unterstützung der westdeutschen Jugend. Überall schließen sich Jugendliche zusammen, um die Mittel für Gewehre für die Jugend Zimbabwes zusammenzubringen. Die Unterdrücker heulen darüber auf. Im Kinderheim Obernjesa/Göttingen versucht die Heimleitung mit Druck zu verhindern, daß die Kinder für Gewehre sammeln. Ein Lehrer hat sich aufgeregt, daß auf dem Frühlingsfest in Göttingen-Geismar Kinder den Agitationsstand des KJB unterstützt und Spenden für die Gewehre gesammelt haben. Das hat nichts gefruchtet. Inzwischen sind die Kinder in den KJB eingetreten.

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 73 02 36 – Gedruckt in Plankstadt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 16/1977: 32 000

Truppen der UdSSR in der DDR

Die sozialimperialistische Macht hat in der DDR zehn Panzer- und zehn motorisierte Schützendivisionen aufgestellt. Sie verfügt über 1 000 Einsatzflugzeuge, die direkt der „GSTD“, der „Gruppe der Sowjettruppen in Deutschland“, unterstellt sind. 35 000 Soldaten der sowjetischen Armee sind derzeit in der DDR stationiert. Nach Auffassung der „Österreichischen Militärischen Zeitung“ entspricht dies „in Stärke und Zusammensetzung der Optimalgliederung einer ‚Front‘ im Kriegsfall“. (Nr. 1/1977, Seite 8)

Die Stärke der NVA, der Nationalen Volksarmee der DDR, beträgt 150 000 Mann. Zusammen mit den Truppen der sozialimperialistischen Macht also eine beachtliche Truppe für den Beginn des imperialistischen Krieges in Europa. Die imperialistischen Militärjournalisten gehen davon aus, daß die Sowjetunion in der Lage ist, binnen kurzer Zeit weitere 30 Divisionen heranzuführen.

Die Massierung der Truppen der sozialimperialistischen Macht in der DDR, ihre zahlenmäßige Überlegenheit zur NVA ergibt sich nicht nur aus der direkten Vorbereitung des imperialistischen Kriegs um Europa gegen das westliche imperialistische Lager mit der Vormacht USA. Die Truppen der Sowjetunion sind Besatzertruppen, um die Ausplünderung der DDR durch die sozialimperialistische Macht zu sichern. Sie sind auch ein Schutz für die neue Bourgeoisie in der DDR gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen, aus deren Knochen der Profit gezogen wird und anteilig zwischen den neuen Zaren und den neuen Bourgeois aufgeteilt wird.

Geregelt ist die Anwesenheit dieser Besatzertruppen durch Beistands- und Freundschaftsverträge, die sich auf den „sozialistischen Internationalismus“ berufen. Von Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung ist da aber nicht die Rede. Das „Militärlexikon“ der Revisionisten stellt fest: „Die führende und richtungsweisende Rolle bei der Ausarbeitung der Militärdoktrin der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages kommt der Sowjetunion zu, die den wichtigsten Beitrag zur Verteidigungskraft der gesamten Koalition leistet.“

Für die neuen Zaren verwirklicht sich der „sozialistische Internationalismus“ in der „internationalen Arbeitsteilung“, ein Begriff, den sie in die Welt gesetzt haben, und der die ökonomische Tatsache verdecken soll, daß sie als imperialistische Vormacht den Reichtum, den die Arbeiterklasse in den Comecon-Ländern produziert, an sich reißt. „1975 waren die sowjetischen Exporte in die DDR noch einmal stark angezogen von 2,1 Milliarden auf 2,9 Milliarden Rubel, während die Importe etwa konstant bei 2,1 Milliarden Rubel blieben. (...) Schon in wenigen Jahren sollen zwei Drittel der Exporte der DDR in die Sowjetunion auf Maschinen und Ausrüstung entfallen. Dabei ist neben dem starken Wachstum der gegenseitigen Maschinenlieferungen auch eine Steigerung des Austausches von elektrotechnischen und elektronischen Erzeugnissen eingeplant worden. Die DDR hat sich bei ihren Exporten Richtung Sowjetunion besonders stark in den Bereichen Waggonbau, Werkzeugmaschinen, Landmaschinen und Schiffbau spezialisiert. In Zukunft wird die UdSSR noch mehr Informations- und Datenverarbeitungstechnik, Büromaschinen, metallurgische Ausrüstungen, Eisenbahnkräne und andere Erzeugnisse des DDR-Maschinenbaus kaufen. Chemische Erzeugnisse der DDR werden weiterhin in großen Mengen in die UdSSR geliefert.“ (Handelsblatt, 18. April)

Die sozialimperialistische Macht ist der wichtigste Lieferant an Roh- und Brennstoffen. Weiter liefert sie Bagger, Traktoren, PKWs, LKWs und Elektromotoren, die sie produziert, nachdem sie sich die Produktionsmittel dafür entweder aus der DDR verschafft hat oder von westlichen imperialistischen Mächten.

Dieses Verhältnis im Handel ist aufschlußreich. Die sozialimperialistische Macht ist aufgrund ihrer ökonomischen Rückständigkeit und Fäulnis darauf angewiesen, von der DDR sich wesentliche sachliche Produktionsmittel für den industriellen Produktionsprozeß zu verschaffen, und liefert dafür Rohstoffe, die sie im Überfluß hat. Diese zu hohen Preisen, so daß ungleicher Tausch noch vornehm ausgedrückt ist. Es handelt sich um schlichten Diebstahl, der aber nur möglich ist, weil die sozialimperialistische Macht militärisch weit überlegen ist und überall ihre Truppen Gewehr bei Fuß stehen hat.

Die saftige Erhöhung der Erdölpreise hat den ganzen Haushalt der DDR durcheinandergebracht. In der Sklavensprache der neuen Bourgeois: „Durch Veränderungen der Comecon-Preise waren zusätzliche Aufwendungen für die DDR notwendig.“

Welchen Reichtum die neuen Zaren rauben, darüber erhält man einen Eindruck, wenn Paul Verner, Sekretär des ZK der SED, schreibt: „Entsprechend den mit den RGW-Ländern getroffenen Vereinbarungen wird die DDR im Fünfjahreshaushalt 1976 bis 1980 für investitionsbeteiligte Maschinen, Ausrüstungen und Materialien im Werte von 8 Milliarden Mark liefern. Das erfordert eine hohe Leistungssteigerung im Schwermaschinenbau, Chemieanlagenbau, in der Elektrotechnik/Elektronik und anderen Industriezweigen.“ (Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 1/1977)

Zugunsten ihrer wütenden Rüstung und Kriegsvorbereitung ruinieren die neuen Zaren auch die Landwirtschaft, so daß sie hier ebenfalls von großen Einfuhren abhängig werden und sich verschulden. Aber nicht nur bei den westlichen Imperialisten. „Die DDR deckt auch einen erheblichen Teil des Importbedarfs der Sowjetunion an Konsumgütern.“ Die herrschende Revisionistenclique in der DDR steigert die Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR beständig, ersinnt immer neue Antreibermethoden und beschneidet gezielt die Reproduktion der Arbeiterklasse. Das Politbüro des ZK der SED betreibt jetzt die „planmäßige Einführung von Grundlöhnen in Verbindung mit wissenschaftlicher Arbeitsorganisation“. Dies sei eine neue Form der „leistungsgerechten Entlohnung“. Hinausläufen wird es auf Lohnsenkung, Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitshetze.

Gleichzeitig müssen sie sich im Westen verschulden, wenn Produktion und Versorgung nicht direkt unter dem Druck der sozialimperialistischen Ausplünderung zusammenbrechen sollen. Mit den USA-Imperialisten haben sie ein Abkommen abgeschlossen, das bis 1980 jährlich 1,5 bis 2 Millionen Tonnen Getreidelieferungen vorsieht. Bereits im vorigen Jahr mußten sie 2,5 Millionen Tonnen importieren. Um sie überhaupt bezahlen zu können, sollen sie sich bei US-Großbanken um Kredite bemühen. So jedenfalls berichtet die „Süddeutsche Zeitung“. Die US-Imperialisten wollen das Geschäft schon, um den Machtbereich des Sozialimperialismus zu zersetzen und neue Abhängigkeiten herzustellen. Was sie sich leisten können, zeigt die Tatsache, daß sie von der DDR-Bourgeoisie Barzahlung verlangen. Welch riesigen Fischzug die Sozialimperialisten organisieren und welch gnadenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse aller Comecon-Länder von den herrschenden Revisionistencliquen organisiert werden muß, verbirgt sich hinter dem zweiten Schlüsselbegriff, dem „langfristigen Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration“, auf dessen Grundlage auch die Pläne der Comecon-Länder „koordiniert“ worden sind. Die Koordinierung besteht in der Zwangsarbeit von Tausenden von Arbeitern in der UdSSR, dem Aufbau von Industrieanlagen für die neuen Zaren:

> „Der Plan sieht u.a. vor, durch gemeinsame Anstrengungen interessierter Länder zehn wichtige Objekte mit einem Kostenanschlag von neun Milliarden transferable Rubel zu bauen – Objekte zur Verarbeitung und für den Transport von Erdgas, zur Produktion von Asbest, Zellulose, Ferrolegierungen, eisenhaltigen Rohstoffen, Nickel, Futterhefe, zur Fortleitung von Elektroenergie und anderen. Die meisten davon werden in der Sowjetunion gebaut, darunter solch gigantische Komplexe wie das Orenburger Gasverarbeitungswerk (dritte Stufe), die Erdgasleitung Orenburg – Westgrenze der UdSSR, das Asbest-, Bergbau- und Aufbereitungskombinat Kijembai und das Zellulosewerk Ust-Ilimsk. Die Sowjetunion vergütet die Aufwendungen der beteiligten Länder an Valuta, Arbeitskraft und Material für den Bau innerhalb von zwölf Jahren mit für diese Länder notwendigen Erzeugnissen.“ (Außenhandel, Monatsschrift des Ministeriums für Außenhandel der UdSSR, Nr. 1/1977)

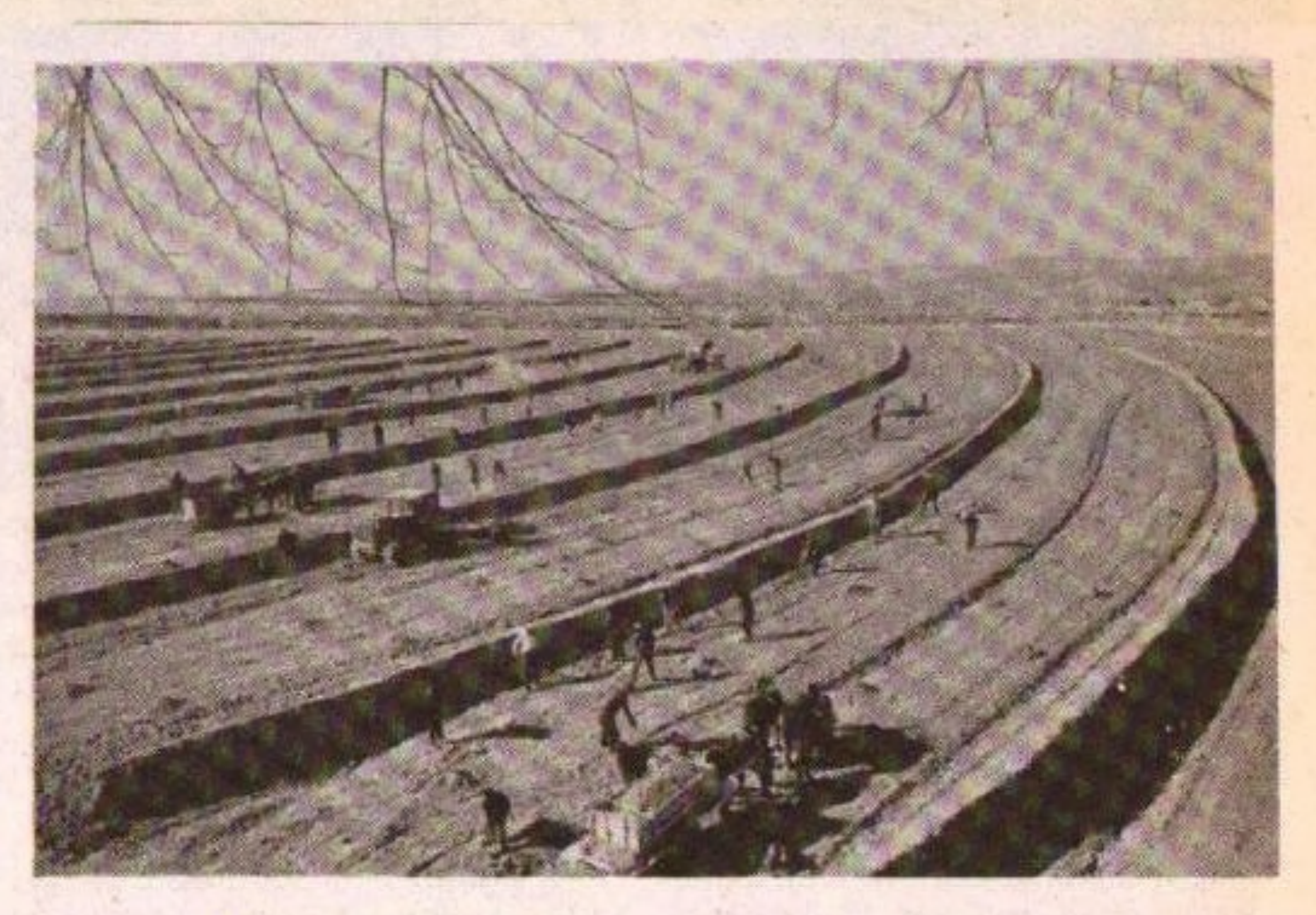
Letztere Zusage ist schon der blanke Hohn. Die Vergütung wird – wenn überhaupt – in Form von dosierten Rohstofflieferungen zu drastisch überhöhten Preisen bestehen. Die Bajonette und die Stiefel der Truppen der Supermacht in der DDR wie in den anderen ihr unterworfenen Ländern sichern ein Imperium, das auf schierem Raub gegründet ist. Seit der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion wird dieser Raub planmäßig betrieben. Durch die Herrschaft des Revisionismus in den anderen früher sozialistischen Ländern ist er erst ermöglicht worden. – (Z-Red)

Volksrepublik China: „Die Trockenheit strategisch verachten, taktisch ernst nehmen“, um gegen sie mit allen Kräften zu kämpfen und die materielle Basis der Diktatur des Proletariats zu sichern

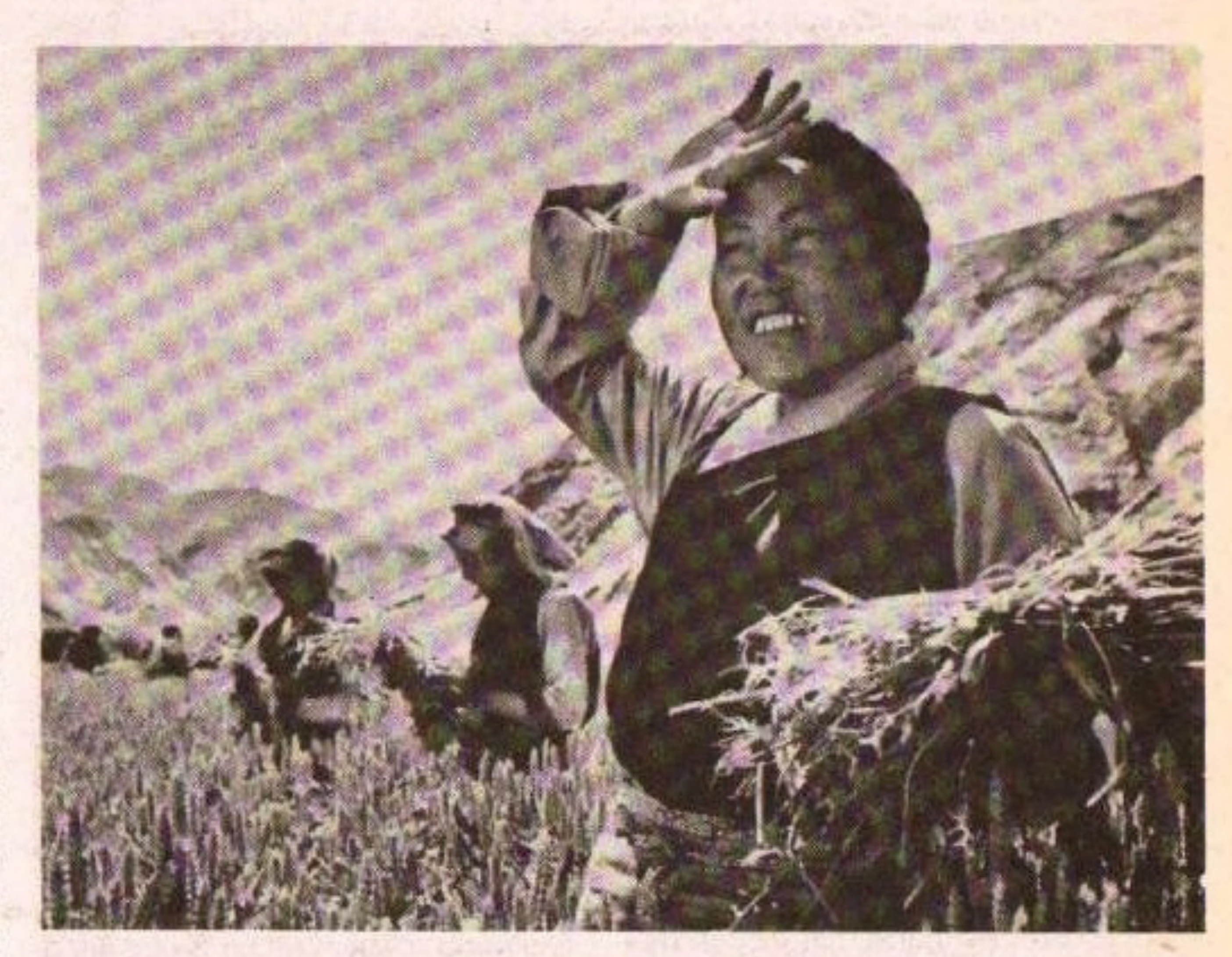
In der VR China herrscht in weiten Teilen des Landes „die schwerste Dürre dieses Jahrhunderts“ und bedroht die Frühernte, insbesondere die Aussaat des Weizens. „Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte. Die große Revolution zur Zerschlagung der ‚Viererbande‘ hat ein großes Übel, das die Produktivkräfte zerrüttete und ihr Wachstum behinderte, aus der Welt geschafft. Die von der ‚Viererbande‘ lange Zeit unterdrückte revolutionäre Initiative der Arbeiter- und Bauernmassen beginnt sich zu entfalten. Die Aussichten für eine rasche Entwicklung der Volkswirtschaft unseres Landes sind glänzend“, hatte der Vorsitzende Hua Guo-feng in seiner Rede auf der 2. Konferenz über das Lernen von Dadschai festgestellt. Hunderte von Millionen Menschen sind in China dem Aufruf des Staatsrates der Volksrepublik China vom 20.3.77 gefolgt, alle Kräfte anzuspannen „zur Überwindung der Auswirkungen der gegenwärtigen Dürre, damit das normale Wachstum des Weizens sichergestellt ist und die Frühjahrsaussaat als die erste der Schlachten, die in diesem Jahr für eine gute Ernte geschlagen werden müssen“ gewonnen wird. In einem Erlaß an die Kader aller Ebenen hatte der Staatsrat angewiesen: „... die Massen in vollem Umfang zu mobilisieren und sich auf sie zu verlassen, der kollektiven Stärke der Volkskommunen Spielraum zu geben, vom revolutionären Geist der Bevölkerung Dadschais zu lernen und einen Kampf mit aller Macht zu führen.“ Die Volksbefreiungsarmee ist aufgerufen, sich mit den Bauern zusammenzuschließen und „unter ihnen die strategischen Grundsätze Mao Tsetungs zu verbreiten: ‚Vorsorge gegen den Krieg treffen, Vorsorge gegen Naturkatastrophen treffen und alles für das Volk tun‘“.

Über den Kampf der chinesischen Massen gegen die Dürre berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua in den vergangenen Wochen in mehreren Beispielen, wovon wir einige Auszüge hier wiedergeben. Am schwersten betroffen durch die Dürre sind die Einzugsgebiete des Gelben Flusses und des Huaiho, einige Gebiete Nord- und Zentralchinas. „Kein Regen oder Schnee ist seit mehr als 6 Monaten im Bezirk Huhsien in der zentralchinesischen Provinz Jonan gefallen.“ „Dadschai war mit wenig Regen und Schnee bei fortwährenden Stürmen von einer schweren Dürre heimgesucht.“ „Die Parteisektion Dadschai hat die Kommunemitglieder mobilisiert und organisiert im Kampf gegen die Dürre auf die eigene Kraft zu vertrauen und an den Grundsätzen des ausdauernden Kampfes und des Selbstvertrauens festzuhalten.“ „Die Losung der Bevölkerung Dadschais in der Vorbereitung der Frühjahrsaussaat inmitten der Zähne der Dürre ist: ‚Die Dürre strategisch verachten, aber taktisch ernst nehmen‘.“ In der Provinz Dadschai „wurden alle Felder, die für die Frühjahrsaussaat reserviert sind, ... nur leicht umgepflügt, gehackt und eingeebnet, um die Feuchtigkeit im Boden zu bewahren. Nach frühzeitiger Reparatur und Überholung der Bewässerungskanäle und Pumpeinrichtungen waren die Kommunemitglieder in der Lage, ihren gesamten Winterweizen einmal zu bewässern.“ „Wasserkübel werden jetzt in großer Anzahl hergestellt für den Fall, daß sie gebraucht werden, um Wasser auf die Felder zu tragen, falls die Erde für die Aussaat zu trocken sein sollte.“ „Die Bauern von Chinas wichtigsten Weizenanbaugebieten entlang dem Gelben und dem Huai-Fluß sind mit voller Kraft dabei, die Weizenfelder zu bewässern, Dünger auszubreiten und die Erdoberfläche abzudecken, damit die Feuchtigkeit im Boden erhalten wird. (...) Weizen ist nach Reis, dem führenden Getreide Chinas, das hauptsächliche Sommergetreide mit der zweitgrößten Ausdehnung der Anbaufläche der Jahresproduktion von Getreide. (...) In der ostchinesischen Provinz Shantung sind 17,5 Millionen Menschen angetreten, um die Dürre zu bekämpfen. Sie haben mehr als 1 Million Hektar Weizenfelder bewässert und Dünger auf 2,2 Millionen Hektar verteilt. In der Provinz Hopei in Nordchina wurden über 135 000 Fachgruppen für die Bewirtschaftung der Weizenfelder organisiert und 530 000 Hektar bewässert. In der zentralchinesischen Provinz Honan gewährleisten mehr als 12 Millionen Menschen die Bewässerung der Weizenfelder. Mehr als 1,73 Millionen Hektar Weizenfelder der Provinz wurden bewässert. Im Verwaltungsbezirk Chinnan in der Provinz Südshansi wurden die grundlegenden Bewässerungsarbeiten für alle Weizenfelder mit der Schaffung von Bewässerungsmöglichkeiten abgeschlossen. Die Felder ohne Bewässerungsanlagen wurden in anderer Weise mit Wasser versorgt. Die bewässerte Fläche kommt auf über 93 000 Hektar. Die jungen Weizenkeime entwickeln sich gut. Die Bauern wurden dafür mobilisiert, neue Wasserquellen ausfindig zu machen. In den Berggebieten wurden unterirdische Ströme eingedämmt, Bergquellen gefaßt und Pumpstationen errichtet. Im Flachland wurden eilig Brunnen mit Pumpen zur Nutzung des Grundwassers errichtet. Wasser wird von Flüssen, Kanälen, Reservoiren und Tümpeln für die Weizenfelder abgezapft. Neue Dünger werden wissenschaftlich eingesetzt. Alle Anstrengungen werden unternommen, damit die schwachen Weizenkeime die volle Größe erhalten. Viele führende Kader haben sich mit den Bauern im Kampf gegen die Dürre in den verschiedenen Weizenanbaugebieten zusammengeschlossen. In Hunan z.B. beträgt ihre Anzahl über 80 000. In den Provinzen Honan, Shansi und Shantung haben die Abteilungen für Industrie, Transport, Handel u.a. sich in der Unterstützung der Anstrengungen gegen die Dürre organisiert, indem sie mehr Treibstoff, Dieselöl und Bewässerungsmaschinen zur Verfügung stellen.“ (16.3.) „... Arbeiter und Personal des Liefer- und Vertriebssystems der Provinz Shensi sind aufs Land gegangen, um den Kommunebauern zu helfen, Dünger und Insektizide aus lokal vorhandenen Mitteln herzustellen. Die Liefer- und Vertriebsorganisation der Provinz Hopei haben den Transport von Material und Waren zwischen den Landkreisen und Volkskommunen sichergestellt. Die Wirtschaftsabteilung der Provinz Shantung hat die Abteilung für die Industrie über die Bedürfnisse der angestrengt kämpfenden Bauern informiert. Bis jetzt hat dieses 400 000 Diesel-betriebene Landmaschinen für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt...“ (7.4.)

Überall im Land folgen die Massen dem Beispiel der Bevölkerung Dadschais, die sich zum Ziel gesetzt hat, trotz der Dürre „für die Revolution eine Rekordernte zu erzielen“. (Nach: Hsinhua, 16., 21., 25.3.77)



Kommune-Mitglieder im Bezirk Changwu, Provinz Liaorung in Nord-Ost-China, ebnen Ackerland ein für Bewässerung und mechanische Bewirtschaftung. In einer Telefonkonferenz unter Leitung des Staatsrats mit Kadern aller Ebenen und Vertretern der Kommunebauern im ganzen Land wurde über die notwendigen Aufgaben im Kampf gegen die Dürre beraten.



Ein ehemaliger, jetzt befreiter Sklave leitet die Kommunemitglieder im Gebiet Loha, Tibet. Hier bei der Weizenernte. „In Tibet ... wurde die Frühjahrsaussaat beendet in den Gebieten, wo die landwirtschaftliche Produktionsperiode früh einsetzte. Die Bauern haben damit begonnen, 50 000 Hektar Winterweizen zu bewässern ... Die Abteilung für Industrie und Transportwesen und Einheiten der Volksbefreiungsarmee in Tibet helfen den Mitgliedern der Volkskommunen. Eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen in Lhasa hat ihre Produktion und Reparatur von Landwirtschaftsmaschinen beschleunigt sowie Teams losgeschickt, die in den Landgebieten die Maschinen und Werkzeuge einsatzbereit machen. Indem sie lernen vom revolutionären Geist der Dadschai-Brigade, dem nationalen Schrittmacher in der Landwirtschaft, stürmen sie mit Volldampf in der Frühjahrsarbeit voran. ...“ (Hsinhua, 26.3.1977)

„Sicherung der Arbeitsplätze“ – so ist die imperialistische Kriegsvorbereitung immer verkauft worden

Flottenprogramme des deutschen Imperialismus

In der letzten Nummer der Kommunistischen Volkszeitung hatten wir von dem Besuch Schmidts auf Blohm und Voss berichtet. Wir hatten berichtet, wie Schmidt auf der Werft das Fregattenprogramm der Bundesregierung an die Werftarbeiter als Sozialprogramm verkaufen wollte. Die Fregatten sind Hochseeschiffe und für imperialistische Aggression und Intervention vielseitig verwendbar. Imperialistische Staaten kämpfen um die Verteilung und Neuverteilung der Welt, sie kämpfen um die Weltherrschaft. Auf diesen Zweck richten sie ihre Bewaffnung aus. Im Kampf um die Neuverteilung der Welt und die Weltherrschaft treiben sie sich rund um die Welt herum. Dazu brauchen sie eine Marine und dazu brauchen sie auch Stützpunkte. Für imperialistische Staaten ist der Kapitalexport bestimmend. Kapitalexport und seine Sicherung verlangen, daß politischer und militärischer Druck auf die Länder ausgeübt werden kann, in die Kapital exportiert wird. Er verlangt auch, daß den imperialistischen Konkurrenten überall in der Welt Paroli geboten werden kann. Noch jedesmal war in der deutschen Geschichte das Wachstum des Kapitalexports mit dem Aufbau einer Kriegsflotte verbünden und noch jedesmal haben die siegreichen imperialistischen Konkurrenten die Flotte aufgelöst, um den deutschen Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft auszuschalten. Sobald der deutsche Imperialismus vom Kampf um Weltmarktanteile überging zum Kampf um Kapitalanlagesphären und sobald er daraus folgend zur bewußten Kriegsvorbereitung überging, hat er damit begonnen, eine starke Kriegsmarine aufzubauen. Kurz vor der Jahrhundertwende hat der deutsche Imperialismus das Flottenprogramm aufgestellt, Jahr für Jahr erweitert und vorangetrieben. Die Flotte ist im ersten Weltkrieg teilweise vernichtet worden, teilweise lag sie bis zu Kriegsende in den Kriegshäfen vor Anker, weil die Engländer sie nicht ausrücken ließen. Eine der Bedingungen des Waffenstillstandes und des Friedensvertrages war die Auflösung der Kriegsflotte und der Verzicht auf den Bau von Schlachtschiffen, die im ersten Weltkrieg die entscheidende Waffe der imperialistischen Marine gewesen sind. In der Weimarer Republik haben die deutschen Imperialisten, sobald sie konnten, erneut mit dem Bau von Panzerkreuzern begonnen. Im Wahlkampf hat sich die Sozialdemokratie damals gegen den Bau des Panzerkreuzers A ausgesprochen. Als sie 1928 erneut an die Regierung gekommen war mit Hilfe von Stimmen gegen Rüstung und Kriegsvorbereitungen, hat sie den Bau des Panzerkreuzers A, der späteren „Deutschland“, mit Nachdruck betrieben und damit den Grundstock für die Hitlersche Marine gelegt. Auch diese Flotte wurde im II. Weltkrieg zerstört, und die deutschen Imperialisten mußten lange Zeit auf den Aufbau einer Flotte, die zur imperialistischen Aggression und Intervention in der Lage ist, verzichten. Die Durchführung des Fregattenprogramms der Bundesregierung bedeutet erneut den Übergang der westdeutschen Imperialisten zum Kampf um die Verteilung der Welt und um die Weltherrschaft, bedeutet die direkte Vorbereitung des imperialistischen Krieges. So hat Schmidt das Fregattenprogramm vor den Werftarbeitern natürlich nicht begründet. Vielmehr hat er gesagt:

Es herrsche Krise im Schiffbau. „Trotzdem wird dies Jahr 1977 mit über fünf Milliarden DM den höchsten jemals von deutschen Schiffbauern erreichten Ablieferungswert erreichen. – Das Schlimme ist, daß die Aufträge nicht mehr so reinkommen wie bisher.“ „Im vorigen Jahr hatten die Japaner mit beinahe 50 % den ersten Platz im Weltschiffbau, und wir lagen mit 5,7 % auf dem dritten Platz. Aber von den Auftragseingängen, von den neuen Aufträgen hat Japan 60 % buchen können und wir nur 2 %, das ist bloß der 8. Platz. Nun sag ich nochmal, das ist alles kein Grund, den Kopf hängen zu lassen, denn man kann schon damit rechnen, daß sich die Situation am Schiffsmarkt der Welt zu Anfang der 80er Jahre wieder normalisieren wird, denn der Welthandel geht ja wieder nach oben, und infolgedessen geht das Transportvolumen wieder nach oben und werden auch wieder Schiffe gebraucht. Und in der Zwischenzeit, was die Durststrecke angeht, wird die Bundesregierung sie nicht allein lassen. Hier ist zuerst der Finanzminister Hans Apel mitbegrüßt worden von Herrn Bartels, und der Finanzminister und ich, wir wissen als Hamburger in der Bundesregierung, daß der Seeschiffbau und seine Zulieferbetriebe ganz wichtige Faktoren sind für die Wirtschaft und die Beschäftigung hier an der Küste in Norddeutschland. Und das muß so bleiben. Und deswegen bereitet die Bundesregierung zusätzliche Beiträge für die Durststrecke vor, zusätzliche Beiträge, um zu helfen, damit die Auftragsliste der Werften etwas ausgepolstert werden kann. Nämlich 1. der Verteidigungsminister wird noch in diesem Jahr ein Fregattenprogramm vergeben, mit einem Auftragsvolumen von 2,5 Milliarden DM und Blohm & Voss wird daran teilhaben. – 2. haben wir beschlossen, nochmals 95 Millionen auch für Materialerhaltungs- und Umbauvorhaben der Marine bereitzustellen, d.h. für diese Aufgaben werden im Jahr 77 insgesamt 440 Mio DM zur Verfügung stehen und das Programm wird in den nächsten Jahren weiterlaufen.“

Man soll sich von den relativ kleinen Summen nicht täuschen lassen. Wenn der BRD-Imperialismus heute sein Fregattenprogramm anlaufen läßt, dann beschreitet er damit den Weg des imperialistischen Krieges und niemand sollte denken, daß er mit allem herauskommt, was er heute schon plant. Offiziell ist bisher von 12 Fregatten die Rede. Es ist bekannt, daß imperialistische Konkurrenz erst recht in der Rüstung herrscht. Das Wettrüsten ist eine Form der Konkurrenz. Es wird nicht bei den 12 Fregatten bleiben. Wir haben etwas in der Geschichte nachgelesen. Helmut Schmidt begründet das Fregattenprogramm vor den Werftarbeitern mit der Krise auf dem Schiffbaumarkt und mit seiner Sorge um die Arbeitsplätze der Werftarbeiter. Das haben die deutschen Imperialisten noch nie anders gemacht. Als Wilhelm II. mit seinem Flottenprogramm herausgekommen war – und es hielt sich zunächst noch in vergleichsweise bescheidenen Grenzen – stieß es auf großen Widerstand der Arbeiterbewegung und ihrer politischen Organisation, der damals noch nicht vollständig entarteten Sozialdemokratie. Selbst Teile der Bourgeoisie waren gegen dieses Programm, das ihnen zu teuer war und als Abenteuer erschien. Entsprechende Anstrengungen mußte die Finanzbourgeoisie unternehmen, um den Aufbau einer Schlachtschifflotte zu propagieren und durchzusetzen. Sie hatte sich dafür ein eigenes Organ geschaffen, den „Deutschen Flottenverein“, der vor allem mit Hilfe der Hochschulprofessoren und Gymnasiallehrer die deutsche Kleinbourgeoisie für den Flottenbau mobilisierte, aber auch versuchte, auf die Arbeiterklasse Einfluß zu gewinnen. Wir zitieren aus einem Brief des Präsidenten des Deutschen Flottenvereins, Otto Fürst zu Salm-Horstmar an Konteradmiral Alfred von Tirpitz, der seit 1897 als Staatssekretär des Reichsmarineamts damit beauftragt war, das imperialistische Flottenprogramm durchzuboxen. Der Brief stammt vom 3.12.1901:

„Ew. Exzellenz, glaube ich im folgenden eine erfreuliche Mitteilung machen zu können:

Von Herren verschiedener Parteirichtungen bin ich gebeten worden, eine Bewegung einzuleiten, welche dahin geht, den Reichstag zu veranlassen, an die Regierung die Bitte zu richten, angesichts der schlechten Konjunktur und der ungünstigen Geschäftslage von Handel und Industrie und der damit zusammenhängenden Arbeitslosigkeit vieler Tausender von Arbeitern den auf einen längeren Zeitraum verteilten Bau von Kriegsschiffen in möglichst beschleunigtem Tempo herbeizuführen. Dadurch, daß der Bau der durch die letzte Marine-Vorlage bewilligten Schiffe so beschleunigt würde, wie es die deutschen Werften überhaupt leisten könnten, würden viele Industriezweige neue Aufträge erhalten, wodurch nicht nur diese über Wasser gehalten, sondern auch in den Stand versetzt würden, ihre Arbeiter zu beschäftigen und bereits entlassene wieder einzustellen. Einer der wichtigsten Faktoren, die hier zur Sprache kamen, wäre aber der, daß durch den Auftrag neuer Kriegsschiffe und die dadurch herbeigeführte Belebung von Handel und Industrie die betreffenden Börsenkurse steigen, viele Werte gerettet und eine Konsolidierung des Marktes eintreten würde.“

Damals war die revolutionäre Arbeiterbewegung noch identisch mit der Sozialdemokratie. Ohne die revolutionäre Arbeiterbewegung zu brechen, konnte die Finanzbourgeoisie weder die Kriegsvorbereitungen noch den Krieg machen. Die Arbeiterbewegung kann nur gebrochen werden, wenn sie von innen her zersetzt wird. Also hat die Bourgeoisie große Anstrengungen gemacht, die Sozialdemokratie zu zersetzen und so den 4. August 1914 vorzubereiten, an dem die Sozialdemokratie schließlich der Bewilligung der Kriegskredite zustimmte und die Sache des internationalen Proletariats und der deutschen Arbeiterbewegung offen verriet. Zwecks Zersetzung der Arbeiterbewegung wurden vor allem die Liberalen eingesetzt, um dann über die Intellektuellen und Arbeiterbürokraten in der SPD den Einfluß der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Einer der Liberalen war Friedrich Naumann. Er brachte 1899 gerade die Argumente vor, die inzwischen die Politik der Sozialdemokratie bestimmen und die bloß eine Übersetzung der Politik der Finanzbourgeoisie, wie sie der Fürst zu Salm-Horstmar unter Berufung auf den Kurszettel vortrug, ins Sozialchauvinistische sind:

Das Flottenprogramm sichere 40 000 Arbeitern einen Arbeitsplatz und damit 150 000 bis 200 000 Personen Leben und Nahrung, führte Naumann in seinen Propagandareden aus.

„Von da aus kann die Arbeiterschaft sich sagen, wir brauchen einen guten Geschäftsgang, um für uns etwas erreichen zu können. Die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter ist ziffernmäßig noch nie so gut gewesen wie jetzt; die Kassen der Arbeitervereinigungen sind besser als sie je gewesen sind. Wo es aufwärts geht, geht die Arbeiterbewegung mit aufwärts, aber bei einer Krise, beim Geschäftsniedergang geht alles, was wir Sozialismus nennen, wieder abwärts und werden die Aussichten gering. Infolgedessen ist am Geschäftsgang im ganzen die Arbeiterschaft interessiert, und deshalb würde, ganz abgesehen von handelspolitischen Gesichtspunkten, die auch sehr mitsprechen, die Frage der Belebung des wirtschaftlichen Geschäftsganges die Sozialisten veranlassen müssen, nicht nur für den Kanal, sondern ebenso auch für die Flotte einzutreten.“

Der „Geschäftsgang“ hat zu zwei Weltkriegen geführt. Der „Geschäftsgang“, die Ausbeutung, geht immer noch weiter. Heute haben die Naumanns und Konsorten direkt die Macht inne in der Sozialdemokratie und heißen Schmidt und Brandt. Naumanns Politik für die deutschen Imperialisten hatte darin bestanden, über Mitteleuropa zur Weltherrschaft zu gelangen, was nur gehen konnte, wenn sich der deutsche Imperialismus überall in der Welt Marktanteile und Kapitalanlagesphären eroberte. Das ist auch das Konzept der heutigen Sozialdemokratie. 1914 hat die Sozialdemokratie mit der Bewilligung der Kriegskredite Verrat betrieben. Heute hat es keinen Sinn mehr, von Verrat zu reden, denn die Politik der Finanzbourgeoisie ist längst zum offiziellen Regierungsprogramm der Sozialdemokratie geworden. Heute muß der Sozialdemokratie das imperialistische Flottenprogramm nicht mehr verkauft werden. Sie verkauft es. – (Z-Red)



Kriegsflotten brauchen die Imperialisten zur gemeinsamen Niederhaltung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Insbesondere aber brauchen sie die Kriegsflotten zum Kampf um die Verteilung der Beute untereinander. Die Zusammenarbeit der Imperialisten ist relativ, ihre Rivalität ist absolut. Sie wird in aller Welt ausgetragen. Ende des 19. Jahrhunderts hat der deutsche Imperialismus sein erstes Flottenprogramm aufgestellt. Die Kriegsflotte wurde genutzt für eine gemeinsame Strafexpedition der europäischen Imperialisten gegen den Boxeraufstand in China. Das war im Jahre 1900. Im Ersten Weltkrieg haben die Imperialisten den Kampf um die Weltherrschaft ausgetragen, der schon der gemeinsamen Aktion gegen den Boxeraufstand zugrundelag. Unser Bild zeigt das deutsche Expeditionscorps in China. Das Gemälde hing seinerzeit in jedem „national gesinnten“ bürgerlichen Haushalt.

18. Juni 1901: Wilhelm II. auf einer Regatta (Auszüge)

„Wir haben uns, trotzdem wir noch keine Flotte haben, so wie sie sein sollte, einen Platz an der Sonne erkämpft. Es wird nun meine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß dieser Platz an der Sonne uns unbestritten erhalten bleibt, damit ihre Strahlen befruchtend wirken können auf Handel und Wandel nach außen, Industrie und Landwirtschaft nach innen und auch auf den Segelsport in den Gewässern; denn unsre Zukunft liegt auf dem Wasser.

Je mehr Deutsche auf das Wasser hinauskommen, sei es im Wettstreite des Segelsports, sei es auf der Reise über den Ozean oder im Dienste der Kriegsflagge, desto besser für uns. Denn *hat der Deutsche erst einmal gelernt, den Blick auf das Weite und Große zu richten, so verschwindet das Kleinliche, das ihn im täglichen Leben hin und wieder umfängt.* Wenn man diesen hohen, freien Blick haben will, so ist wohl eine Hansastadt der geeignetste Standpunkt dafür.

Was wir vorher aus der Geschichte unserer Entwicklung vernommen, ist doch wohl weiter nichts, als was Ich schon einmal hervorgehoben habe, als Ich Meinen Bruder hinaussandte auf die ostasiatische Station. Wir haben die Konsequenzen gezogen aus dem, was Kaiser Wilhelm der Große, mein unvergeßlicher Großvater, und der große Mann, dessen Denkmal wir soeben enthüllt haben, als ihre Schöpfung uns hinterlassen haben. Die Konsequenzen bestehen darin, daß wir dort einsetzen, wo in alter Zeit die Hansa hat aufhören müssen, weil ihr die belebende und beschützende Kraft des Kaisertums fehlte. Möge es denn nun Aufgabe Meiner Hansa sein, bis auf lange Jahre hinaus in tiefem Frieden Handel und Wandel zu fördern und zu schützen.

Ich erblicke in den Ereignissen, die sich in China abgespielt haben, die Gewähr dafür, daß der europäische Friede auf lange Jahre hinaus gesichert ist; denn die Leistungen der einzelnen Kontingente haben eine auf gegenseitiger Hochachtung und Kameradschaftlichkeit basierende Beurteilung hervorgerufen, die nur zum Bestande des Friedens beitragen kann. In diesem Frieden aber werden, so hoffe Ich, unsre Hansastädte blühen. Unsre neue Hansa wird Bahnen ziehen und ihnen neue Absatzgebiete erkämpfen und erwerben.

Da kann Ich Mich als Oberhaupt des Reiches nur über jeden Hanseaten, mag er Hamburger, Bremer oder Lübecker sein, freuen, der hinausgeht mit weitem Blick und neue Punkte sucht, wo wir den Nagel einschlagen können, um unser Rüstzeug daran aufzuhängen. Deswegen glaube Ich wohl aus Ihrer aller Herzen zu sprechen, wenn Ich mit Dank anerkenne, daß der Direktor dieser Gesellschaft, der uns das wunderbare, nach dem Namen Meiner Tochter getaufte Schiff heute zur Verfügung gestellt hat, als kühner Unternehmer der Hansa hinausgegangen ist, um für uns friedliche Eroberungen zu machen, Eroberungen, deren Früchte dereinst unsre Enkel einheimsen.

In der freudigen Hoffnung, daß dieser unternehmende hanseatische Geist immer weiter sich ausbreiten möge, erhebe Ich Mein Glas und bitte alle diejenigen, welche Meine Kameraden auf dem Wasser sind, mit Mir einzustimmen in ein Hoch auf den Segelsport und den hanseatischen Geist.“

5.4.77: Schmidt auf Blohm & Voss

„Wir können nämlich 'ne ganze Menge und wir bringen auch die nächsten Jahre hinter uns, und wir werden den Aufschwung in diesem Land weiter voranbringen. Und wir werden auch wieder mehr Arbeitsplätze schaffen. Und wir haben es nicht nötig, uns von anderen den Schneid abkaufen zu lassen und brauchen uns auch von niemandem ins Bockshorn jagen zu lassen. Und so wie Blohm & Voss z.B. im Schiffbau vorn gelegen hat, so wie in der Optik Zeiss oder in der Elektronik Bosch oder in der Stahlerzeugung Thyssen und Krupp, so werden wir auf vielen anderen Gebieten der Industrie immer wieder neue Spitzenleistungen vollbringen, die Tausenden und Millionen von Menschen Arbeit und Brot geben und unseren Wohlstand mehren werden. Wir feiern mit diesem Jubiläum von Blohm & Voss natürlich auch ein Stück deutscher
Voss natürlich auch ein Stück deutscher
Industriegeschichte und außerdem, das hat der Bürgermeister Klose eben mit Recht gesagt, wir feiern auch ein Stück Hamburgische Geschichte, das muß man hier vor Hamburgern gar nicht begründen. Übrigens, ich bin auch Besitzer eines Schiffes, das auf Blohm & Voss gebaut worden ist, ischa man klein, is 'ne Kongerjolle, geht aber noch. Und es sind ja nun nicht nur die großen Pötte und nicht nur die Gorch Fock, und nicht nur „Vaterland“ und „Bismarck“ damals vor dem Ersten Weltkrieg und die „Europa“ vor dem Zweiten Weltkrieg, sondern eine ungezählte Kette von Schiffen und von Maschinen, die hier gebaut worden sind. Ich hab neulich mal 'n Bild gesehen, wie das Werftgelände von Blohm & Voss ausgesehen hat vor hundert Jahren, 1877, mein Gott, was is das für'n Unterschied, was is das für'n Fortschritt. Ich kann mich auch noch gut erinnern, wie es damals aussah nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Dock Elbe 17 gesprengt werden sollte von den Engländern. Und wir tagelang und wochenlang mit denen da verhandelt haben und haben ihnen vorgemacht, das darf man nicht, weil sonst der Elbtunnel voll Wasser läuft, das war eine sonnenklare Begründung, die damals dazu gedient hat daß die Sprengung nicht vorgenommen wurde. Wie hat das damals hier ausgesehen? Da ist immer noch'n bißchen was nachzuholen, das Verwaltungsgebäude ist nicht ganz so schön wie das sein sollte, nicht. Eben den Werftvorstand gefragt, wann das denn drankommt und der hat gesagt, das sei nicht das Wichtigste. Hat er auch wieder recht.

Und wir haben immer noch'n bißchen was aufzubauen in Deutschland. Fehlt immer noch was. Es sind immer noch ein
immer noch was. Es sind immer noch ein
paar Arbeitsplätze zusätzlich nötig, aber ich bin, wenn man diese stolze Geschichte dieser Firma vor Augen hat, und als Hamburger Junge hat man da ja die Hälfte von miterlebt, da bin ich durchaus zuversichtlich, durchaus voller Hoffnung, was die Zukunft angeht. Ich denke, hier die ganze Belegschaft und der Werftvorstand und wir Hamburger insgesamt, wir sollten diese Zuversicht haben. So wie die ersten hundert Jahre hier was geleistet worden ist, worauf wir Hamburger alle stolz sind, so wird hier auch in den kommenden Generationen was geleistet werden, auf das wir alle stolz sein können. Dazu jedenfalls werden wir anderen, die wir nicht zu Blohm & Voss gehören, aber mit dem Herzen hier dabei sind, ob wir in Hamburg arbeiten oder in Bonn, unser Teil dazu beitragen. Alles Gute wünsche ich der Belegschaft und dem Betriebsrat und dem Werftvorstand.“

Bremer Vulkan:

Vertrauensleute beschließen Aktionsprogramm zum 1. Mai

Am Dienstag war Vertrauensleutesitzung. Klar war, daß obgleich die sozialdemokratische Vertrauensleutekörper-Leitung keinen offiziellen TOP 1. Mai aufgestellt hatte, hier die Forderungen der Arbeiter zum 1. Mai beschlossen werden würden. Gleich wurde gefragt, wann das denn behandelt werden sollte. Unter Verschiedenes, hieß es, und ab und zu versuchten die Sozis Zeit zu schinden. Wie beim Fußball. Von 9 Uhr bis 11 Uhr. Um 11 Uhr ist eigentlich Schluß der Sitzung, diesmal wurde aber der 1. Mai beraten. Die Zelle des KBW hatte vorgeschlagen, folgende Forderungen aufzustellen: Siebenstundentag, 35-Stundenwoche an fünf Arbeitstagen – voller Lohnausgleich. Verbot des Akkkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme. Verbot der Nacht- und Schichtarbeit. 1 500 DM Steuerfreibetrag. Aufstellung von Festgeldbeträgen im Lohnkampf. Weg mit dem § 218. Volksentscheid gegen den § 218. Übergabe des Sicherheitswesens in die Hand der Vertretungskörperschaften der Belegschaft. Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Diese Forderungen hatten wir gemeinsam mit Kollegen bereits auf den Betriebsversammlungen dargestellt und ihre Notwendigkeit entwickelt. Großen Beifall und Unterstützung gab es für dies Programm dort. Das machte das Problem der Sozis aus: Sie hatten nichts, womit sie gegen dies Programm, hätten antreten können, ohne sofort als Spalter dazustehen. Was sie erreichten, war nur, daß keine Debatte mehr um diese Forderungen im Einzelnen geführt werden konnte. Sie wurden vorgestellt und standen dann gleich zur Abstimmung. So konnte es auch kommen, daß diejenigen Forderungen, zu denen die Zelle zeitweise keine Politik gemacht hatte, gegen den § 218 und das Sicherheitswesen sowie gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nicht die notwendige Mehrheit erreichten. Die Anzahl der Enthaltungen bei rund 150 Anwesenden war zu groß.

Dahinter standen beim § 218 die Vorstellungen, wie sie die Presse verbreitet, daß er ja nun reformiert wär, beim Sicherheitswesen war es die Vorstellung, daß wenn die Sicherheitsbeauftragten voll verantwortlich sind, sie persönlich auch die Unfälle in die Schuhe geschoben bekämen. Anders bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen. Der Betriebsratsvorsitzende Fritz Bettelhäuser allen voran, nur keinen Streit aufladen die Devise, beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Sofort darauf angesprochen, ob er denn keine Meinung hätt', stammelte er: „oh, ich hab gar nicht zugehört, grad mit meinem Nachbarn gesprochen."

Beim Siebenstundentag wurde die Opel-Resolution verlesen und einstimmig die Forderung erhoben. Wie sehr dies Programm insgesamt den Interessen der Arbeiter entspricht, sieht man an der Steuerforderung: Zur Betriebsversammlung hatten wir in der Betriebszeitung anhand von Kurven und Tabellen diese Forderung als notwendig dargestellt. Dies wurde auf der Betriebsversammlung von einem Kollegen sofort in einem Beitrag unterstützt. Dann haben wir mit der KVZ weiter, insbesondere in einer Halle an der Steuerenthüllung gearbeitet, und obgleich der Genosse dort in der Halle seit zwei Wochen krank ist, tritt der Vertrauensmann der Halle schon anfangs auf und erklärt, die Gewerkschaft müsse jetzt endlich auch etwas gegen die Steuern machen, die beständig mehr den Lohn auffressen. Folge davon war große Unterstützung für die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag.

Insgesamt ist das aufgestellte Programm geeignet zum Zusammenschluß der Belegschaft, es zeigt, wo Unklarheiten noch geklärt werden müssen, drückt vor allem aber den starken Drang auf Kampf für Einheit für diesen Kampf aus, so daß die Sozialdemokraten dies Jahr erstmalig überhaupt keine Forderungen in den Vertrauenskörper einbrachten, weil die Klarheit der Belegschaft bezüglich der beschlossenen Forderungen nicht mehr rückgängig zu machen war. – (Zelle Bremer Vulkan)

„Unser Existenzminimum soll das trocken Brot sein . . ."

Lohnzettelversammlung Siemens Braunschweig

Braunschweig. Letzten Freitag gab es bei Siemens Braunschweig die Lohnabrechnungen für März. (Der Lohn wird Ende des Monats nach einem Richtbetrag ausgezahlt, am 15. des nächsten Monates gibts dann erst die Abrechnung)

Als sie kurz vor Feierabend auf dem Tisch lagen, entbrännte in einer Abteilung der Versuchswerkstatt sofort die Debatte über den letzten Tarifabschluß und was nach der Steuerausplünderung davon übrig bleibt. Es wurde ausgerechnet, daß die Erhöhung im Durchschnitt ca. 126 DM im Monat (Lohngruppe 8) ausmacht, wovon ca. 83 DM übrig bleiben; bei den den Arbeitern, die in diesem Jahr die „vermögenswirksamen Leistungen" von 26 DM auf 52 DM erhöht haben, weil die Kapitalisten jetzt 39 DM zahlen müssen, bleiben nur noch 61 DM. „Da gehen allein schon 24 DM für höhere Zigarettenpreise bei meiner Frau und mir ab. Und die Bundesbahn will für meine Fahrkarte von Lebenstedt statt 56 DM jetzt 64 DM, also 8 DM mehr haben. Das allein macht ja die halbe Erhöhung aus", empörte sich ein Arbeiter. Einige andere unterstützten das mit Beispielen, daß ihre Frauen jetzt alles nur noch billig bei „Realkauf" oder „Aldi" kaufen. Bei einem ist gerade die Miete um 30 DM erhöht worden. „Der Tarifabschluß zwingt uns ja, weniger zu essen", stellte einer fest. „Das haben wir Loderer und Co. zu verdanken, die haben das verbockt." Die meisten stimmten dem zu. Es konnte allerdings noch keine Einheit über einen Vorschlag erzielt werden, diese ablehnende Haltung zum Tarifabschluß auch gegenüber der Gewerkschaft zu äußern, z.B. in Leserbriefen an die „Metall"-Zeitung.

In den nächsten Tagen wird man klären müssen, daß dies nützlich ist, um die weiteren in diesem Jahr notwendigen Lohnkämpfe in der Gewerkschaft vorzubereiten.

Einige Arbeiter hatten Hoffnungen, daß der Lohnabschluß ausgeglichen wird durch die Auszahlung der „Erfolgsbeteiligung", die um 15 % erhöht worden war und von der der Rest, wenn er nicht bereits im letzten November als „40 % anteiliges 13. Monatsgehalt" ausgezahlt worden war, jetzt auf der Abrechnung stand.

Im Durchschnitt wurden jetzt noch 529 DM brutto ausgezahlt (bei sieben bis zehn Jahren Betriebszugehörigkeit), das waren 235 DM mehr als im letzten Jahr – davon blieben übrig netto 333 DM, nur 150 DM mehr als im letzten Jahr. Die einmaligen Zahlungen werden nach dem Jahreslohnsteuertarif besteuert, da erhöhen sich die Abzüge um über 8 % in Steuerklasse III. Das schürte erneut die Empörung über die Steuerausplünderung. Es wurde enthüllt, daß die Steuerformeln den Kapitalisten fast 2 000 DM monatlich als Steuerfreibetrag zugestehen, den Arbeitern nur etwa 300 DM. „Unser Existenzminimum soll das trocken Brot sein, bei den Reichen gehört da schon Butter mit Kaviar drauf", sagte ein Arbeiter dazu treffend.

Der Vorschlag, daß es richtig ist, für die Arbeiter 1 500 DM steuerfrei im Monat zu fordern, wurde heftig debattiert. Viele fanden die Forderung „ja eigentlich richtig", aber es stellte sich die Frage: „Wie soll der Staat denn dann finanziert werden." „Durch progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft", war die Antwort. „Das wird nicht reichen, und die Kapitalisten werden das nie zulassen." Es gelang noch nicht, Einheit darüber zu schaffen, daß der Staatsapparat ausschließlich Unterdrückungs- und Bereicherungsinstrument der Kapitalistenklasse ist, an dessen Finanzierung die Arbeiter keine Interessen haben können. Und daß es Aufgabe der Gewerkschaften sein muß, diese Forderung als Gesetz dem Staat abzuzwingen. Aber die Auseinandersetzung darüber ist entfacht. – (Zelle Siemens, Braunschweig-Östliches Niedersachsen)

ES LEBE DER 1.MAI
Kampftag der internationalen Arbeiterklasse
7-STUNDEN TAG
NIEDER MIT DEM LOHNSYSTEM
ES LEBE DER SOZIALISMUS
7-Stunden Normalarbeitstag – 35-Stundenwoche an 5 Arbeitstagen – Voller Lohnausgleich!
Nieder mit dem Akkordsystem! Verbot der Nacht- und Schichtarbeit!
1 500 DM Steuerfreibetrag!
Die Kapitalisten sollen die Versicherungsbeiträge bezahlen! Selbstverwaltung durch die Versicherten!

Tarifkampf im Einzelhandel: Sozialdemokraten betreiben Zersetzung und Spaltung

Am 13.4. waren neue Verhandlungen über die Tarife im niedersächsischen Einzelhandel. Die Kapitalisten haben durchschnittlich 6,5 % angeboten. Für die Gehaltsgruppe II, in der die Verkäuferinnen sind, sogar nur 6 % und für die Auszubildenden zwischen 21 DM und 32 DM. Die Sozialdemokraten hatten 9,4 %, mindestens 120 DM gefordert.

Wir haben ausgerechnet, was bei dieser Forderung und dem jetzigen Angebot für eine Verkäuferin im 9. Berufsjahr und einen Lagerarbeiter (Lohngruppe II c für „Tätigkeiten, die in der Regel körperlich schweres Arbeiten erfordern") rauskommen würde. Bei der Berechnung der Abzüge sind wir von Verheirateten mit zwei Kindern, wo beide Eltern arbeiten, ausgegangen. Heute verdient die Verkäuferin brutto 1 410 DM (einschl. Verheiratetenzuschlag), netto 989,21 DM, der Lagerarbeiter 1 227,35 DM brutto und 884,65 DM netto. Das Angebot der Kapitalisten würde für den Lagerarbeiter ganze 39,83 DM und für die Verkäuferin 51,83 DM netto mehr bringen.

Die Forderung der Sozialdemokraten ermöglicht es nicht, sich gegen solche Verbreitung des nackten Elends unter den Lohnabhängigen im Handel zur Wehr zu setzen. Erstens ist sie zu niedrig: 66,02 DM für den Lagerarbeiter, 81,28 DM für die Verkäuferin. Zweitens spaltet sie: Gemeinsam ins Elend getrieben, soll der Lagerarbeiter netto sogar prozentual mit 7,5 % weniger bekommen als die Verkäuferin, für die der Prozentbetrag schon über der „Mindestforderung" liegt.

Man sieht die Wirkungen der Steuerfalle, die die Bourgeoisie zur Zersetzung des Lohnkampfes gelegt hat. Und man sieht, wie die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften die Lohnabhängigen in diese Falle hineintreiben wollen. Man muß für 1 500 DM Steuerfreibetrag kämpfen und man muß im Tarifkampf eine Festgeldforderung um 170 DM aufstellen, die Zusammenschluß trotz dieser Falle ermöglicht. Die 9,4 %-Forderung muß umgestoßen werden.

Die DAG wollte bei dem letzten Angebot bereits abschließen. Dann hat sie das Fürchten bekommen vor der Bewegung in den Betrieben und hat sich eine verlängerte Erklärungsfrist bis zum 30. April ausbedungen. Am 28.4. soll wieder verhandelt werden.

Man soll nicht denken, die HBV-Führung würde nicht bei 6,5 % abschließen, wenn man sie läßt. Bei den Banken haben sie schon so abgeschlossen. Im Einzelhandel werden sie den Druck, der davon ausgeht, jetzt erstmal wirken lassen wollen. Er kann wirken wegen der Zersplitterung des Tarifwesens, das die Sozialdemokraten den Lohnabhängigen im Bereich HBV eingebrockt haben.

Längst haben die Sozialdemokraten selbst die viel zu niedrige „Mindestforderung" von 120 DM fallen lassen. Nach einem jetzt verteilten Flugblatt wird in der Gehaltsgruppe II jetzt in fast allen Berufsjahren nur noch weniger als 120 DM gefordert, teilweise nur ganze 70 DM brutto.

Die Lohnabhängigen im Handel wollen den Kampf organisieren. Sie drängen auf Aktionen. Die Sozialdemokraten haben sich dazu eine Sternfahrt einfallen lassen, um diesen Drang zu zersetzen. Wohin soll die Reise gehen? Nach – Salzgitter, wo das Stahlwerk ist, zweifellos, aber nicht gerade ein Zentrum der Bewegung im Einzelhandel. In diesen Zentren wäre den Herren eine „Fachtagung Einzelhandel" wohl zu riskant. Am kommenden Sonntag um 11 Uhr soll man sich nun eine Rede des Landesvorsitzenden Steinborn anhören. Zum Trost soll es Eintopf geben, zum Schluß.

Die Sozialdemokraten irren sich, wenn sie meinen, mit zu kleinen Sälen und Erbsensuppe die Bewegung im Handel unterdrücken zu können. Man muß diese Kundgebung trotzdem nutzen für den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten. Man muß in der Vorbereitung für Festgeldforderungen und Vereinheitlichung des Tarifwesens eintreten, man muß diese richtigen Forderungen auf dieser Kundgebung vertreten. – (N-Red.)

Osnabrück. Nach der Demonstration am 19.2. zum Schleifen der Festung Brokdorf hatten 19 Arbeiter und Angestellte von Klöckner-Georgsmarienhütte eine Resolution verfaßt, die sich wendet gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung, die Profitinteressen der Kapitalisten enthüllt und feststellt, daß, weil die Einheit der Demonstration nicht hergestellt werden konnte, der Bauplatz Brokdorf nicht besetzt werden konnte (KVZ Nr. 10/77). Diese Resolution wurde auch an die Zeitschrift der IGM „Metall" geschickt.

In der „Metall" 7/77 konnte man nun lesen, was die Reaktion daraus gemacht hat:

Die wesentlichen Teile wurden herausgestrichen, ganz auf der Linie des Beiratsbeschlusses der IGM, der „die Organisation zu einer einheitlichen Meinungsbildung" (Metall 7/77) führen soll. So hoffen die Sozialdemokraten in der IGM, das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung unter den Arbeitern in der Gewerkschaft zu verankern, damit es gegen den Kampf der Volksmassen durchgesetzt werden kann.

„Da sieht man wieder, daß die Gewerkschaftsfürsten mit den Unternehmern unter einer Decke stekken", meinte ein Kollege dazu, „das können wir uns aber nicht gefallen lassen, weil die Gewerkschaft sich für die Interessen der Arbeiter einsetzen muß. Am besten, wir sammeln noch mehr Unterschriften, um den Abdruck des ganzen Artikels durchzusetzen." Daraufhin wurde eine Erklärung verfaßt, die an die Redaktion der „Metall" und die Ortsverwaltung der IGM gerichtet ist. Der auszugsweise Abdruck des Leserbriefs wird weise Abdruck des Leserbriefs wird darin verurteilt. „Wir bekräftigen bzw. unterstützen die Erklärung der 19 Kollegen und meinen, daß sie vollständig in unserer Gewerkschaftszeitung abgedruckt werden muß", heißt es in der Erklärung. Weiterhin wird gefordert, daß die IGM am 1. Mai Forderungen gegen das Energieprogramm erhebt, weil es nicht im Interesse der Arbeiter ist. Dieser Brief wurde inzwischen von über 30 Kollegen unterschrieben, die Sammlung wird noch weitergeführt. – (Zelle Klöckner, Bezirk Osnabrück-Emsland)

Siemens-Braunschweig. Ein großer Teil der Arbeiterklasse ist dagegen, am 1. Mai unter den Farben der Bourgeoisie auf die Straße zu gehen, wie es die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung mit ihrem schwarz-rot-goldenen Strick auf der DGB-Maiplakette gerne haben möchten. Bei Siemens-Braunschweig waren bis Freitag letzter Woche an 5 000 Arbeiter und Angestellte nur 130 dieser Plaketten verkauft. Der DGB-Kreisvorstand schickte deshalb extra einen Sekretär auf die letzte Vertrauensleutesitzung der IGM. Mehrere Vertrauensleute lehnten es auf dieser Sitzung ausdrücklich ab, diese Plakette zu verkaufen. Eine Abteilung der Versuchswerkstatt einigte sich darauf, den Kauf dieser Plakette ausdrücklich zu boykottieren. „Die Farbe des 1. Mai ist rot, das ist doch Tradition der Arbeiterbewegung", sagte ein älterer Arbeiter. „Früher haben wir die rote Nelke getragen am 1. Mai und nicht die Farben der bürgerlichen Revolution, was anderes als rot kommt für mich auch dieses Jahr nicht in Frage", unterstützte ihn ein anderer Arbeiter. In der Vertrauensleutesitzung konnte der DGB-Sekretär nur noch eine Handvoll Mitglieder der SPD-Betriebsgruppe für den Verkauf der klassenversöhnlerischen Maiplaketten gewinnen.

Bremen. Am 21./22.4. besucht der spanische König Juan Carlos Bremen. In einem Aufruf greifen spanische Arbeiter von der Vulkanwerft den BRD-Imperialismus an, der sich mit dem Betrugsmanöver einer „Demokratisierung" ohne Gewerkschaftsfreiheit und Streikrecht, ohne Presse- und Versammlungsfreiheit und ohne Selbstbestimmungsrecht der Völker seinen Anteil an der Ausplünderung der Völker Spaniens sichern will. „Wir, spanische Arbeiter in Westdeutschland, wenden uns hingegen an die Arbeiter und Lohnabhängigen in Westdeutschland in der Gewißheit unserer gemeinsamen internationalistischen Interessen." Die Parteien, politischen Organisationen und Gewerkschaften werden aufgefordert, den Aufruf zu einer Demonstration und Kundgebung am 21.4. zu unterstützen. Sie soll unter den Forderungen durchgeführt werden: Nieder mit dem Carlos-Regime! Für eine volksdemokratische Republik der Arbeiter und Bauern! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Freiheit für die Organisation der Arbeiterklasse und des Volkes, ihre Gewerkschaften und Parteien! Keine politische, finanzielle und militärische Unterstützung durch die westdeutschen Imperialisten und die Bundesregierung! Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Nordenham. „An die kämpfende Jugend Zimbabwes. Wir begrüßen euren Schritt, die Missionsschulen zu verlassen mit dem Ziel, euch auszubilden für den bewaffneten Kampf gegen das Smith-Regime. Wir wissen, daß dieses Siedlerregime sich nur noch halten kann, weil es von den Imperialisten gestützt wird, das heißt mit Geld, Waffen und Söldnern versorgt wird. Auch der BRD-Imperialismus ist daran beteiligt. Ihr steht schon im bewaffneten Kampf gegen den gleichen Feind, der uns hier in Westdeutschland unterdrückt und ausbeutet. Deshalb unterstützen wir euren Kampf und sammeln Geld, um eure Ausrüstung mit Waffen und anderem zu verbessern. Um die Interventionspläne des westdeutschen Imperialismus in Zimbabwe zu bekämpfen, fordern wir die sofortige Anerkennung der Patriotischen Front Zimbabwes durch die Bundesregierung."

Dieser Brief wurde gemeinsam verfaßt von acht Jugendlichen auf dem Osterlager des KJB Nordenham. Bisher haben die Jugendlichen 119,48 DM für die Jugend Zimbabwes gesammelt.

Oberhausen. Am Freitag, 15.4. demonstrierten dreitausend Arbeiter von Thyssen-Niederrhein Oberhausen (TNO) unter roten Fahnen zum Werksgasthaus, um do rt gegen die drohende Schließung des Siemens-Martin-Werks und der davon abhängigen Brammenstraße zu protestieren. Zu dieser Demonstration hatte der Vertrauensleute körper aufgerufen.
von 2 500 Arbeitern unter dem Vorwand, eine Entstaubungsanlage, die eingebaut werden muß, käme zu teuer (ca. 50 Millionen DM). Als Alternative schlagen sie ein sogenanntes „Mini-Stahlwerk" vor – ein Elektrostahlwerk, in dem pro Monat 50 000 Tonnen Stahl erzeugt werden können. So viel wird auch im Siemens-Martin Werk erzeugt, aber für das Elektrostahlwerk kämen die Kapitalisten mit einer um mehr als die Hälfte verringerten Belegschaft aus.

Dieser Methode der Thyssen-Kapitalisten, um im Konkurrenzkampf bestehen zu könn en, zu rationalisieren und die bestehenden Anlagen verrotten zu lassen und die Arbei ter auf die Straße zu werfen, kommt der sozialdemokratische Betriebsrat entgegen, indem er sich auf die Spekulationen um das „Mini-Stahlwerk" einläßt und an die Worte des Thyssen-Bosses Spethmann gemahnt, er wolle „die Stahlbasis" d es TNO-Werks erhalten und das „wie einen Wechsel" einlösen.

Die Perspektive der Arbeiter liegt aber nicht im Vertrauen auf solche Verlautba rungen, im Wechselreiten haben die Kapitalisten Erfahrung. Sondern im gemeinsamen Kampf gegen die Werksstillegung mit den Forderungen „Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit!" und „Keine Entlassungen!"

„Ursachen für Betriebsunfälle sind hauptsächlich das bekannte menschliche Fehlverhalten. Leichtsinn liegt selten vor. Nur zu 7 % sind sie (die Betriebsunfälle) auf mangelnde betriebliche Einrichtungen zurückzuführen." (Kapitalistenblatt „Conti-intern")

Selbstverschulden der Arbeiter, nicht die mörderischen Arbeitsbedingungen auf der Conti, sollen die Ursachen für das Anwachsen der Betriebsunfälle sein. 1976 wurden 2 141 Betriebs- und Wegunfälle registriert, im Jahr davor waren es 1 949. Im gleichen Zeitraum wurde die Belegschaft von 19 200 auf 18 600 abgebaut.

Letzte Woche hat ein türkischer Arbeiter nach einem Betriebsunfall wieder angefangen zu arbeiten – als Fahrstuhlführer. Vorher hatte er in der Sohlenheizung gearbeitet, dort hat er an der Presse seinen Arm verloren. Nach dem Unfall haben die Arbeiter mit Streik gedroht und an den defekten Pressen wurde nicht mehr gearbeitet. Die Pressen wurden überholt.

In der Sohlenheizung ist die Arbeitshetze so gesteigert worden, daß viele Arbeiter die Pausen durcharbeiten und trotzdem die alten Akkordwerte nicht schaffen. Die Akkordhetze und die Schichtarbeit ruinieren die Gesundheit der Arbeiter und treiben die Arbeitsunfälle in die Höhe. Das Verbot der Akkord- und Schichtarbeit muß erkämpft werden.

Hannover. Vor Ostern hat die IG-Chemie-Tarifkommission für den Bezirk Niedersachsen getagt. Sie ist zu keinem Ergebnis gekommen. 80 % der Betriebe, in denen Vertrauensleutekörper bestehen, sind für Festgeldforderungen zwischen 150 und 175 DM. Dies paßt den Sozialdemokraten nicht in ihr imperialistisches Betrugsprogramm. Haben sie doch mindestens einen Abschluß à la Kluncker vor.

Die **Gewerkschaft Textil/Bekleidung** hat für die 620 000 Beschäftigten in der Textil- und Bekleidungsindustrie die Forderungen aufgestellt: 53 Pfennig bzw. 8,2 %, Erhöhung der Jahressonderzahlungen von 35 % auf 40 % des Monatslohns, zwei Tage Urlaub bzw. für Hessen und Rheinland/Pfalz die 37,5-Stundenwoche, weil dort das Urlaubsabkommen bis 1978 läuft.

Die Verhandlungen für die Bekleidungsindustrie (280 000) werden zentral geführt. Auf der ersten Verhandlung haben die Kapitalisten kein Angebot vorgelegt, es wurde auf den 29.4. vertagt.

In der Textilindustrie (340 000) werden die Verhandlungen regional geführt. Am 5.4. sind die Verhandlungen für Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein gescheitert. Ein neuer Termin ist nicht bekannt.

9 Jahre Lohnarbeit bei der BASF:

Die Kapitalisten sind sich für keinen Betrug zu schade

Ökonomische Voraussetzung zur Durchsetzung des Akkords ist ein so niedriger Tariflohn, daß der Arbeiter davon nicht leben kann. Daher kann man nicht von der Abschaffung des Akkords und aller akkordähnlichen Systeme reden, wenn nicht gleichzeitig für einen Tarif gekämpft wird, der, auf den normalen Arbeitstag gezahlt, hinreicht. Jedoch muß auch bei einem solchen Tariflohn das *Verbot* des Akkords durchgesetzt werden, da die Kapitalisten jede Spaltungslinie ausnutzen, und wenn sie nur wenige Arbeiter ausfindig machen können, die sie zur Intensivierung der Arbeit zwingen können, so wird es ihnen doch reichen, die Arbeiter insgesamt unter Druck zu setzen.

Der Preis der Ware Arbeitskraft regelt sich jedoch nach dem Wert der Arbeitskraft, d.h. nach dem, was der Arbeiter zu seiner Reproduktion braucht. Das, was er braucht, ermittelt sich gesellschaftlich. Nach der Theorie die überdurchschnittliche Arbeitsintensität einen höheren Lohn eingebracht hätte, denn das Verhältnis von Tariflohn zu übertariflichem Lohn in der Stunde beträgt jetzt ebenfalls 42,55 Prozent.

Der Kapitalist argumentiert so: „Der Arbeiter, der nicht Akkord arbeitet, schafft in acht Stunden so und soviel Stück. Du Akkordarbeiter kriegst, wenn du mehr Stück schaffst, auch mehr bezahlt. Leistung zahlt sich aus!"

ken. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat die BASF-Belegschaft abgespalten. Sie hat in Rheinland-Pfalz vor den Bezirken abgeschlossen, die danach in Streik traten. Der BASF-Belegschaft wurde der Abschluß mit einer Zulage angedreht. Reales Ergebnis war der 6,8-Prozent-Abschluß. Eine Niederlage für die Chemiearbeiter, die in Nordrhein-Westfalen und Hessen und Hamburg bis zu zwei Wochen gestreikt hatten.

Diese Niederlage im Kampf um die Erhöhung des Tariflohns wurde von den Kapitalisten genutzt, um gleich nachzustoßen. In der Abteilung des Arbeiters, dessen Lohnzettel wir untersuchen, wurde der Akkord abgesetzt. Warum? Zwischenzeitlich schafften die Arbeiter einen durchschnittlichen Akkord von 35 Prozent und darüber. Das war zu ihrer durchschnittlichen Arbeitsintensität geworden. Sie wurde dadurch erreicht, daß der Kapitalist sie mittels Akkord dazu trieb, sich selber zu verstärkten Verausgabung ihrer Arbeitskraft anzutreiben.

„Aktive Lohnpolitik" 1969 – 77

	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977
Tarif/Stunde (DM)	3,95	4,90	5,28	5,64	6,53	7,44	7,95	8,44	8,44
Tarifmonatslohn (DM)	695,20	862,40	929,28	992,64	1 149,28	1 309,44	1 399,20	1 485,44	1 485,44
Nettomonatslohn (DM)	530,24	648,48	694,15	733,81	829,38	917,28	1 031,21	1 040,42	1 040,00
Reallohn (DM)	520,74	613,68	659,35	608,55	620,58	606,05	598,83	585,76	579,28
Akkordarbeiter Stundenanzahl	291,5	168	176	184	184	188,5	176	176	160
Akkordstunden	124,32	68,08	63	–	–	–	67,5	47,7	42,83
Akkordsatz (%)	42,65	37,55	35,82	37,94*	36,89*	32,79*	38,4	27,1	26,76
Bruttomonatslohn (DM)	1 911,30	1 132,30	1 261,97	1 427,22	**	1 930,36	1 936,50	1 886,72	1 836,00
Nettomonatslohn (DM)	1 335,39	807,99	912,21	967,78	1 228,29	1 278,26	1 289,10	1 313,79	1 249,56
Reallohn (DM)	1 310,62	767,32	822,10	863,55	919,00	954,42	748,60	885,18	690,00
Steigerung des Tariflohns (%)		24	7,75	6,8	15,78	13,9	6,8	6,16	geford.: 9,5

* Leistungsprämie und Betriebsprämie berechnet auf die normalen Arbeitsstunden (ohne Überstunden) – 1972 – 1974 kein Akkord
** Der Bruttomonatslohn war auf diesem Lohnzettel nicht ausgewiesen.
Reallohnforderung: Inflationsbereinigt durch die Preisindices der Lebenshaltungskosten, 1968 gleich 100

Die Untersuchung des Lohnes eines Akkordarbeiters bei der BASF zeigt, wie die Tarifpolitik der Sozialdemokratie in den Gewerkschaften den Zwang zur Steigerung der Mehrarbeit hervorbringt; sie zeigt, wie jede Niederlage im Kampf um mehr Lohn von den Kapitalisten genutzt wird, um die Auspressung der Arbeitskraft zu steigern und den Lohn zu drücken.

Der ausländische Arbeiter, dessen Lohnzettel wir untersuchen, arbeitet, seitdem er 1969 nach Westdeutschland kam, bei BASF. Daß er nach Westdeutschland kam, ist der Tatsache geschuldet, daß der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus weltweit eine große industrielle Reservearmee schafft. Das nächste ist, daß die Kapitalisten die „Wanderarbeiter" versuchen zur Spaltung einzusetzen. In diesem Fall haben die BASF-Kapitalisten nicht nur durch die niedrige Eingruppierung von 3,95 DM in der Stunde Zwang zu Überstunden und Akkord ausgeübt, sondern durch schlichte Behauptung, er müsse Überstunden und Sonntagsarbeit leisten, dies gehöre sozusagen mit zum Vertrag.

Dieser Arbeiter hat 1969 im untersuchten Monat 291,5 Stunden gearbeitet. Er hat an allen Sonntagen im Monat gearbeitet und darüberhinaus weitere Überstunden. Die Arbeitsintensität, die man am Akkordsatz ablesen kann, betrug 42,55 Prozent über Durchschnitt. Es scheint so, als ob ihm der Kapitalisten müßte der Lohn der Arbeiter ständig real steigen, denn die Arbeitsintensität steigt ständig. Das ist nicht der Fall:

Im Jahr 1970 arbeitet der Arbeiter keine Überstunden mehr, und der Akkordsatz beträgt in diesem Jahr 37,55 Prozent. Im Jahr 1971 ist er noch etwas niedriger: 35,82 Prozent.

Im Jahre 1970 standen die Kapitalisten untereinander in Konkurrenz um die Ware Arbeitskraft. Das konnten die Arbeiter nutzen, den Preis der Ware Arbeitskraft zu erhöhen. Das erlaubte es dem Arbeiter, das was er sowieso nicht hätte durchhalten können, nämlich eine weitere Anspannung seiner Arbeitskraft, durch Überstunden zu unterlassen. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie alles tat, um zu verhindern, daß er durch Kampf diese günstige Lage nutzen kann, um eine weitere Erhöhung zu erkämpfen, zeigt sich darin, daß er zwar keine Überstunden macht, aber immer noch Akkord arbeitet und das Verhältnis von Tariflohn zum effektiven Lohn 100 : 135,82 beträgt.

1971 ging es darum in einem Kampf der Chemiearbeiter, eine Erhöhung des Tariflohns durchzusetzen, die dem Zwang zur Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit entgegenwirkt. Um das zu erreichen, hätten die Chemiearbeiter einheitlich streiken müssen. Daß das nicht passiert ist, haben die Kapitalisten den Sozialdemokraten zu verdanken.

Hat der Kapitalist erreicht, daß sich beim Akkord ein neuer Durchschnitt auf Grundlage gestiegener Arbeitsintensität zeigt, versucht er entweder die Akkordvorgabezeiten zu ändern oder er setzt den Akkord ab. In diesem Fall hatte er Schwierigkeiten, die Akkordvorgabezeiten zu ändern. Also wurde der Akkord abgesetzt. Natürlich nicht unverhüllt. Er zahlte jetzt eine „leistungsabhängige" Prämie sowie eine Betriebsprämie, die je Arbeiter verschieden ist. 1971 hatte der Arbeiter einen Akkordsatz von 35,89 Prozent. Also ein Verhältnis von tariflichem Lohn zu übertariflichem Lohn von 100 zu 135,89 Prozent.

Im Jahr darauf kommt der Arbeiter *ohne Akkord* mit Betriebsprämie und „leistungsabhängiger" Prämie" auf 37,94 Prozent über Tarif, im nächsten auf 36,89 Prozent (1973) und im Jahr darauf aber nur noch auf 32,79 Prozent (1974). Der Kapitalist hat es geschafft: Das, was sich der Arbeiter 1974 dazuverdient, ist im Verhältnis weniger als das, was er im Jahr 1971 durch Akkord dazuverdient hat.

Mit dem Tarif verhält es sich so: Durch Kampf haben die Arbeiter bei der BASF 1973 versucht, eine Steigerung des Reallohns durchzusetzen. In der BASF fanden Warnstreiks statt. Die BASF-Kapitalisten haben 11 Prozent angeboten, um einen Streik zu verhindern, der sie in ihrem Kampf um Weltmarktanteile entscheidend getroffen hätte. Das zeigte das rasche Angebot nach den Warnstreiks. Anstatt die Konkurrenz unter den Kapitalisten auszunutzen und die Einheit der Arbeiter dagegenzusetzen, schlossen die Sozialdemokraten rasch ab. Das haben die Kapitalisten gleich genutzt, um an den Prämien zu drehen, um noch mehr aus den Arbeitern herauszupressen.

Das Ergebnis offeriert sich im Lohnzettel 1974, der erstens anzeigt, daß der Anteil, der übertariflich dazuverdient wurde, 32,77 Prozent beträgt, und zweitens, daß der Arbeiter im untersuchten Monat 12,5 Überstunden gearbeitet hat.

Jetzt hat der Kapitalist den Arbeiter soweit: Es kann erneut mit neuen Vorgabezeiten Akkord gearbeitet werden. Denn daß der Arbeiter Überstunden schafft, heißt: er zeigt ihm, daß er unter Druck ist – und wenn er ihm für mehr Leistung mehr Lohn verspricht, der Arbeiter noch mehr aus sich herauspressen wird, weil er muß. Denn: zusätzlich zeigt der Reallohn, den wir für die Jahre nach Angaben der Bundesregierung errechnet haben, im Jahr 1975 eine entscheidende Veränderung: Er sinkt zum ersten Mal unter den Vorjahreswert. (Ausnahme: 1969/70 – aber da sind die Bedingungen außergewöhnlich.) Das ist eine weitere Bedingung, geschaffen durch Ausplünderung durch den bürgerlichen Staat, die Versicherungen und die Kapitalisten auf dem Warenmarkt, um weitere Mehrarbeit abzupressen.

Der Kapitalist behauptet dreist, er habe den Akkord unter denselben Vorgabezeiten wieder eingeführt wie 1971. Das glaube wer will, Tatsache ist, daß der Arbeiter in den Jahren 76 und 77 nicht mehr auf den selben Akkordsatz kommt wie früher. Für die Kapitalisten ist ihr Leitprinzip Profit. Alles, was sie tun, ist auf Erhöhung ihres Profits berechnet.

Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft verkaufen, und der Kapitalist hat alle möglichen Methoden, ständig mehr von der Arbeitskraft zu verbrauchen und immer weniger zu zahlen. Die ekelhafteste dieser Methoden ist die Akkordarbeit, bei der sich der Arbeiter selber antreiben muß zur Steigerung der Verausgabung seiner Arbeitskraft. Wird nicht gekämpft um den Tariflohn oder ist der Kampf nicht erfolgreich, hat der Kapitalist Spielraum und kann nach und nach alle Methoden der Auspressung von Mehrarbeit durchspielen. Die Arbeiter aber verelenden. – (Z-Red.)

Kampf gegen Massenentlassungen Spinnstoffabrik Zehlendorf

Interview mit einem Betriebsrat

Westberlin. Die Hoechstkapitalisten haben beschlossen, 710 Arbeiter aus der Spinne Zehlendorf zu entlassen. Diese Absicht ist auf heftigen Widerstand der Arbeiter in der Spinne gestoßen und die gesamte Westberliner Arbeiterklasse steht an der Seite der Arbeiter von der Spinne Zehlendorf. Ein Mitglied des Betriebsrates der Spinne hat uns folgendes Interview gegeben, das wir auszugsweise veröffentlichen.

Kannst Du uns kurz über die Geschichte eures Betriebes berichten?

Die Spinnstoffabrik Zehlendorf ist hervorgegangen aus der Elberfelder Papierfabrik. Sie wurde 1961 zu 84 % von dem Großkonzern Hoechst übernommen. Mehrmals wurde die Produktion gewechselt. Zuerst wurde die Zellwolle und Kunstseide hergestellt, ab 1961 wurde die Trevira-Produktion aufgenommen. Immer ist das auf Kosten der Kollegen geschehen. Im vorigen Jahr wurden schon mal 114 Kollegen entlassen. Dann haben sie wieder Kurzarbeit eingeführt und dann ist es bei uns zu Überstunden gekommen usw.

Wie würden sich die Entlassungen für die vielen ausländischen Kollegen auswirken, und stehen die deutschen und ausländischen Arbeiter zusammen?

Doch das kann man wirklich sagen, daß die deutschen und ausländischen Kollegen zusammenstehen. Weil seit 1974 Einstellungssperre ist, sind doch alle sehr eng zusammengerückt. Früher bei der Fluktuation war es schwer, eine Einigkeit herzustellen. Wir sind auch zu achtzig Prozent gewerkschaftlich organisiert. Für die ausländischen Kollegen wirkt sich das folgendermaßen aus: sie bekommen hier ja nur Arbeitslosenunterstützung und keine Arbeitslosenhilfe. Danach kriegen sie dann ihre Ausweisung und müssen die Stadt beziehungsweise das Land verlassen. Das muß man sich mal vorstellen, daß viele schon lange in Berlin wohnen, die Frau hat vielleicht eine Arbeit, und die Kinder gehen hier zur Schule. Dann werden die Kinder aus den Lernprozessen herausgerissen und haben dadurch erhebliche Nachteile. Es ist doch gerade so, daß man gerade diese Kollegen in die Spinne geholt hat, weil man keine anderen mehr gefunden hat, die Schicht arbeiten.

Wie sieht die Unterstützung aus eurer Branche aus und auch aus den andern Branchen?

Da ist schon einiges geschehen. Gleich in den ersten Stunden sind schon Telegramme und Briefe von den Kollegen gekommen, zum Beispiel von der Porzellanmanufaktur, Schering Charlottenburg, Auer Sendlinger, Oswald Papierfabrik, auch aus der anderen Industrie, Zeiss Ikon und von der selbst von Massenentlassungen bedrohten AEG Ackerstraße. Auch aus Kleinbetrieben, wie zum Beispiel Klosterfrau Melissengeist. Von politischen Gruppen und auch von der unmittelbaren Umgebung hier in Zehlendorf, zum Beispiel Zehlendorfer Krankenhäuser und auch der Fahrkonvent Zehlendorf, Geldspenden sind eingegangen von Kollegen und Vereinigungen, die unsern Kampf zum Erhalt der Arbeitsplätze unterstützen wollen. Die brauchen wir vor allen Dingen, um uns nach außen verständlich machen zu können.

Der DGB will dieses Jahr am 1. Mai, dem Kampftag der internationalen Arbeiterklasse, keine Demonstration durchführen. Was denkst Du dazu?

Das haben wir schon auf der letzten Delegiertenkonferenz der IG Chemie kritisiert und haben einen Antrag gestellt, der auch angenommen wurde, daß am 1. Mai eine Straßendemonstration stattfindet. Ich habe schon immer gesagt, daß wir Arbeiter am 1.Mai auf die Straße gehören und nicht in Funkhäuser oder sonstige Säle. Das kann man so nebenbei als Vorabend euemachen. Es wird immer gesagt, es wäre kein besonderer Anlaß, den 1. Mai so zu begehen wie früher. Das mag ja in den sogenannten Wohlstandsjahren der Fall gewesen sein, aber seit 1970 bestimmt nicht mehr, da gab es Anlaß genug, mit unseren Forderungen und Parolen auf die Straße zu gehen. Wir werden uns von unserem Betrieb aus überlegen, wie wir den 1. Mai gestalten.

Welche Kampfmaßnahmen habt ihr bisher ergriffen, und wie kann man euren Kampf unterstützen?

Am 14. war eine Betriebsversammlung, und da sind über 300 Kollegen zweimal zum Tor nach vorn gegangen und haben dort mit Transparenten ihren Unmut gezeigt. Wir konnten durchsetzen, daß eine Sondersitzung des Gesamtbetriebsrats stattfinden muß, wo Generaldirektor Sammet Stellung nehmen muß und wir unsere Forderungen vortragen werden. Wir werden uns nach außen noch mehr zeigen müssen, und im Betrieb muß man auch noch weit mehr sehen als bis jetzt. Die Kollegen im Betrieb sind schon mit großem Eifer im Kampf. Wir zeigen derzeit den Vorgesetzten, daß wir zusammenhalten, wir bringen unsere Forderungen an den Maschinen und in den Gängen an. Das ist sehr wichtig, und fast alle Kollegen haben erkannt, daß nur Einigkeit stark macht. Wir überlegen auch, ob wir eine Demonstration durchführen werden. Die Kollegen aus den andern Betrieben müssen auch Druck machen auf die Gewerkschaftsvorstände, das unterstützt uns.

„Einkommensübertragungen“ – am Beispiel der Bundesanstalt für Arbeit

Die Bundesregierung ließ Ende März verlauten:

„Von den Ausgaben des gesamten öffentlichen Sektors im Jahr 1976 von 526,6 Milliarden DM waren 44,6 % oder 235,5 Milliarden DM Transferleistungen, die direkt im wesentlichen an die privaten Haushalte fließen ...“

Als solche „Transferleistungen“ oder „Einkommensübertragungen“ werden aufgeführt:

„Renten und Pensionen, Kindergeld, Unterstützung für Arbeitslose und Kurzarbeiter, Vermögensübertragungen sowie Subventionen.“

„Pro Kopf der Bevölkerung betrugen die Transferleistungen rund 3 800 DM.“

Nehmen wir an, 3 800 DM „pro Kopf“ stimmen. Dann bleibt zu untersuchen, wie sich die 235,5 Milliarden DM auf die verschiedenen Köpfe verteilen. Dies Verhältnis soll untersucht werden am Beispiel der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit.

„Unterstützung für Arbeitslose“

Die Zahlungen an arbeitslose Lohnabhängige betrugen 1976 mit 8,2 Milliarden DM über die Hälfte der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit von fast 16 Milliarden DM. 7 Milliarden davon wurden als Arbeitslosengeld, 1,3 Milliarden DM als Arbeitslosenhilfe gezahlt. Zum Vergleich: 1965 betrug das Arbeitslosengeld noch unter 391 Millionen, 5,6 % der heutigen Ausgaben, 1970 knapp 651 Millionen DM, weniger als ein Zehntel. Die Arbeitslosenhilfe hat sich seit 1970 (gleich 52 1/2 Millionen DM) um das 25fache gesteigert. Die Unverschämtheit von in Sachen Betrug erprobten Sozialdemokraten gehört dazu, diese Entwicklung als „wachsende Einkommensübertragungen“ verkaufen zu wollen. Diese Milliardenbeträge sind handfester Beweis der Fäulnis und Verkommenheit des Imperialismus. Der Reichtum, den die Arbeiterklasse produziert, wird in den Händen der Kapitalisten dazu verwandt, die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern und Millionen Arbeiter auf die Straße zu werfen. Mit dem Reichtum auf seiten der Kapitalisten wächst die industrielle Reservearmee, die Zahl der Arbeiter, die keinen Ausbeuter finden, weil sie für die Profitproduktion überflüssig sind. Je höher die Ausgaben für „Unterstützung der Arbeitslosen“, desto geringer sind die Existenzmittel, über die die Arbeiterklasse verfügen kann, desto größer
klasse verfügen kann, desto größer
gleichzeitig der Reichtum der Ausbeuter.

Die monatlichen Durchschnittssätze, die einem arbeitslosen Arbeiter als Arbeitslosengeld ausgezahlt werden, liegen 1976 bei 719,35 DM. Sie sind gegenüber 1975 gleich 736,62 um 17,27 DM *gesunken*. Die Methoden, mit denen es der Bourgeoisie gelungen ist, das Arbeitslosengeld nicht nur im Verhältnis zu den steigenden Lebenshaltungskosten, sondern absolut zu senken, sind vielfältig:

Druck auf den Lohn, mit dem gleichzeitig das Arbeitslosengeld gesenkt wird. Gesetzlicher Zwang, jede auch bedeutend schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, so daß bei erneuter Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld niedriger liegt. Erhöhung der Beiträge an die Krankenversicherung. Vorläufige Krönung das Haushaltssicherungsgesetz vom 18.12.75, durch das die Arbeitslosen in 5 statt wie bis dahin in 2 „Leistungsgruppen“ gespalten, das Arbeitslosengeld allgemein gesenkt und die untersten Schichten der arbeitslosen Arbeiter tief herabgedrückt wurden. Bekam ein Arbeitsloser, dessen Wochenlohn 300 DM betragen hatte, 1975 entweder 147 DM (nichtverheiratet) oder 157,20 DM (verheiratet), so bekommt er 1976 in Leistungsgruppe A: 143,50 DM, in B: 154,20 DM, in C: 154,80 DM, in D: 125,40 DM, in E: 114 DM.

Bei der Arbeitslosenhilfe sind der Bourgeoisie ähnliche Angriffe gelungen. Nur, daß die Arbeitslosenhilfe noch um etliches niedriger liegt: 1976 betrug der ausgezahlte Durchschnittssatz 577 DM. Die Angriffe der Bourgeoisie wirken sich umso schärfer aus, als die Dauer der Arbeitslosigkeit allgemein zunimmt und zunehmend mehr Arbeitslose – spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – auf Arbeitslosenhilfe gesetzt werden. Im Juni 1976 bekamen 21,5 % der „Unterstützungsempfänger“ Arbeitslosenhilfe, 1974 waren es „nur“ 10 %.

2. „Förderung der beruflichen Bildung“

Unter diesem Titel werden 1976 fast 2,2 Milliarden DM (13,7 % der Gesamtausgaben) den Kapitalisten direkt oder indirekt zugesteckt.

Während der Teilnahme an Förderlehrgängen oder anderen „berufsvorbereitenden Maßnahmen“ in Betrieben oder überbetrieblichen Ausbildungsstätten kann *Berufsausbildungsbeihilfe* beantragt werden (Ausgaben 1976: knapp 260 Millionen DM). Die Kapitalisten sparen so den Lohn, den sie während der Ausbildung zahlen müßten und können zusätzlich die niedrigen Beihilfsätze zur Spaltung und zum Druck auf den Lohn nutzen. Im Januar 1977 betrug die durchschnittliche Ausbildungsbeihilfe 308 DM, zumeist noch als Darlehen, mit Zinsen rückzahlbar, „gewährt“.

Im Rahmen der *beruflichen Fortbildung* und des *Unterhaltsgeldes für Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung* können die Kapitalisten die Ausbildung des Heeres ihrer Unteroffiziere aus Geldern der Arbeitslosenversicherung finanzieren lassen. 1976 wurden weitgehend für die Ausbildung von Meistern und für ihre Unterhaltungskosten 1,7 Milliarden DM ausgegeben.

In der *beruflichen Umschulung* sind auch die „Einarbeitungszuschüsse“ enthalten, die der Kapitalist direkt erhält in Form von 60 % des Lohns während der Zeit, in der er umgeschulte Arbeiter „einarbeitet“. 1976 waren das immerhin 42,5 Millionen DM.

3. „Arbeits- und Berufsförderung Behinderter“

Die Ausbeutung sogenannter „Behinderter“, meist Arbeiter, die der imperialistische Weltkrieg oder die kapitalistische Produktion zu Krüppeln gemacht hat, haben sich die Kapitalisten 1976 mit über 450 Millionen DM aus der Arbeitslosenversicherung versilbern lassen. Teils wurde den Kapitalisten das Geld direkt zugesteckt, indem es als „Behinderten“zuschuß zum Lohn gezahlt und den Kapitalisten so ermöglicht wurde, wahre Hungerlöhne zu zahlen. Teils haben die Kapitalisten das Geld gleich direkt eingesackt, in Form einer „Einarbeitungsbeihilfe“ in einer Höhe von 60 % des Lohns. 1976 insgesamt 1,8 Millionen.

4. „Förderung der Arbeitsaufnahme“

Über 272 Millionen DM hat die Bundesanstalt für Arbeit 1976 dafür ausgegeben, Arbeitslose zur Arbeit unter unerträglichen Bedingungen wie weite Entfernung vom Wohnort, Trennung von der Familie usw. zu bewegen. Dieses Geld hat die Kapitalistenklasse gespart, es sind Lohnbestandteile, die zu zahlen ihm der bürgerliche Staat abnimmt, indem er dazu Gelder der Arbeitslosenversicherung verwendet. In diesem Posten sind 185 Millionen direkte Zahlungen an die Kapitalisten, „Eingliederungsbeihilfen“, d.h. die Bundesanstalt für Arbeit schenkt den Kapitalisten für die Dauer von 2 Jahren bis zu 60 % des Lohns solcher Arbeiter, „deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist“, z.B. also für Frauen oder ältere Arbeiter.

5. „Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen“

Dazu zählt das *Kurzarbeitergeld*. Erscheint es den Kapitalisten angebracht, die Produktion zeitweilig einzuschränken, lassen sie die Arbeiter kurzarbeiten und ihnen einen Teil ihres Lohns durch das Arbeitsamt zahlen. 1975 zahlte die Bundesanstalt für Arbeit 2,2 Milliarden DM Kurzarbeitergeld, mehr als doppelt soviel wie in den Jahren 1969 bis 1974 zusammen. Wenn man bedenkt, daß Kurzarbeitergeld nur in Höhe von 68 % des Nettolohns gezahlt wird, mag man ermessen, welche Lohneinbußen die Arbeiterklasse hat hinnehmen müssen und welche Milliardenbeträge die Kapitalisten einsparen.

Ein Riesenhappen des Haushaltes geht unter diesem Titel an die Baukapitalisten: 1976 fast 600 Millionen DM direkt als *Investitionskostenzuschüsse*, durch die den Kapitalisten bis zu 50 % ihrer Winterinvestitionen ersetzt werden, und als *Mehrkostenzuschüsse*, durch die den Kapitalisten ein bis zwei Drittel ihrer Mehrkosten während der Winterarbeit gezahlt werden. Knapp 678 Millionen DM wurden als Schlechtwettergeld an die Bauarbeiter gezahlt, damit sie den Kapitalisten bei Wind und Wetter zur Verfügung stehen. Diese Millionen sind ebenfalls nichts anderes als Bestandteile des Lohnes, den die Kapitalisten sparen können.

Die übrigen Posten des Haushaltes können hier unberücksichtigt bleiben. Nach Berechnungen, so genau sie uns aufgrund der Angaben der Bundesanstalt für Arbeit möglich waren, erhielten die Kapitalisten 1976 mindestens 1,028 Milliarden DM direkt zugesteckt. Das sind 6,5 % der Gesamtausgaben. 28,7 % oder 4 564 532 000 DM kamen ihnen indirekt zugute: Als von der Bundesanstalt für Arbeit gezahlte Lohnbestandteile oder als Ersatz von Kosten, die z.B. mit der Ausbildung verbunden sind. In dieser Summe steckt jedoch noch mit Sicherheit eine große Summe, die die Kapitalisten direkt einsteckten, die wir aber nicht genau ermitteln konnten. Rund 8,2 Milliarden DM werden als „Unterstützung an Arbeitslose“ verbucht – Kosten der kapitalistischen Produktionsweise, die der Arbeiterklasse aufgebürdet werden.

Der größte Teil des Restbetrages von gut 2 Milliarden DM wird auf Aufgaben verwandt, die ebenfalls den Kapitalisten dienen, wie Berufsberatung usw., die keinen anderen Zweck erfüllt, als die Arbeiterströme in die von den Kapitalisten gewünschten Bahnen zu lenken.

3 800 DM „Einkommensübertragungen“ „pro Kopf“ – am Beispiel der Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zeigt sich, wie über der kleinen Zahl der Ausbeuter ein wahrer Geldregen heruntergeht, wie solche Werte dann zusammenkommen. Und es enthüllt sich die doppelsinnige Bedeutung des Begriffs der „Einkommensübertragung“: „Einkommen“ wird übertragen – die Einnahmen der Arbeitslosenversicherung, an denen sich die Kapitalisten schadlos halten können, weil sie sich in die Arbeitslosenversicherung eingeschlichen und sich unter den Nagel gerissen haben, werden von zuvor den Zehnteln aus dem Lohn der Lohnabhängigen gezahlt, sei es nun als „Arbeitnehmer“ oder als „Arbeitgeberbeitrag“. Über 5,5 Milliarden DM werden den Kapitalisten allein vermittelt der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Gesamtlohn der Arbeiterklasse übertragen, von allem anderen Nutzen dieser Anstalt für die Kapitalisen abgesehen. Zeit wird es, die vollständige Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen zu erkämpfen, und, daß die Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten bestritten werden, sofern es sich um Lohnabhängige in staatlichen Betrieben oder Einrichtungen handelt, durch den Staat. – (Z-Red)

Entwicklung der Arbeitslosigkeit: „Frühjahrsaufschwung?“

Von „Frühjahrsaufschwung macht sich bemerkbar“ (Kieler Nachrichten, 6.4.) über „Arbeitslosigkeit ging nur saisonbedingt etwas zurück“ (Tagesspiegel, 6.4.) bis „Arbeitsamt: Flaute in Hamburg“ (Hamburger Abendblatt, 6.4.) gehen die Überschriften, mit denen die bürgerlichen Zeitungen die Mitteilungen der Landes arbeitsämter und der Bundesanstalt für Arbeit über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit im März vermelden. Nachdem die Arbeitslosigkeit im Januar und Februar einen Höchststand erreicht hat, hat die „Frühjahrsbelebung“ bisher keine wesentliche Änderung zur Folge gehabt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosigkeit in den norddeutschen Bundesländern und Westberlin.

Regierungssprecher Grünewald erklärte, die „frühzeitige Wirkung der Aufschwungkräfte des Frühjahrs“ unterstreiche, daß die Zielsetzung der Bundesregierung „realistisch ist, für dieses Jahr eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von unter vier Prozent zu errreichen. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion Glombig sprach sogar davon, bis 1980 könne die Vollbeschäftigung wieder errreicht werden. Sie wollen davon ablenken, daß von saisonalen Schwankungen bereinigt allein der als arbeitslos gemeldete Teil der industriellen Reservearmee seit über einem Jahr dauerhaft etwa eine Million beträgt. Die „saisonbereinigten Zahlen“ betrugen im April 1975 1,071 Mio. und im Januar 1977 1,013 Mio. und sind dazwischen keinen Monat unter eine Million gesunken.

	Januar 1977	Arbeitslosenquote Jan. 1977	März 1977	Arbeitslosenquote März 1977	Vorjahr
Hamburg	31 648	4,5 %	31 778	4,6 %	4,3 %
Schleswig-Holstein	58 290	6,5 %	51 935	5,8 %	
Bremen (Stadt)	14 587	5,7 %	14 300	5,6 %	5,7 %
Niedersachsen/Bremen	181 713	6,4 %	161 000	5,6 %	6,0 %
Westberlin	38 264	4,7 %	38 163	4,7 %	4,4 %
Bundesgebiet und Westberlin	1 248 918	5,5 %	1 084 200	4,8 %	5,2 %

In einigen Fällen liegt die Arbeitslosenquote noch über der des Vorjahres. Weiterhin beträgt die Arbeitslosigkeit in einigen Regionen Norddeutschlands um 10 %, so in den Arbeitsamtsbezirken Emden, Leer und Vechta.

Zugenommen hat auch die Dauer der Arbeitslosigkeit sowie der Anteil der über 60-jährigen und Jugendlichen.

Ein wachsender Teil der industriellen Reservearmee sinkt so ab in die untersten Schichten des Elends. Der Anteil der Empfänger von Arbeitslosenhilfe, die von 58 % des früheren Lohns leben müssen, nimmt gegenüber den Empfängern von Arbeitslosengeld ständig zu.

Anteil der Arbeitslosen, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind

	Ende September 76	Ende September 72
Schleswig-Holstein/ Hamburg	3,9 %	1,2 %
Niedersachsen/ Bremen	4,8 %	1,5 %
Westberlin	2,6 %	0,6 %
Bundesgebiet und Westberlin	4,3 %	

Anteil der unter 20-Jährigen

	Sept. 76	Sept. 72
Schleswig-Holstein/ Hamburg	10,0 %	7,5 %
Niedersachsen/ Bremen	10,3 %	6,6 %
Westberlin	7,1 %	3,8 %
Bundesgebiet und Westberlin	11,4 %	8,0 %

	Arbeitslosengeld	in %
Januar 1972	245 549	93,2
Januar 1976	864 882	84,0
Dezember 1976	582 386	78,4
	Arbeitslosenhilfe	**in %**
Januar 1972	17 794	6,8
Januar 1976	165 911	16,0
Dezember 1976	160 297	21,6

Imperialismus ist sterbender, faulender Kapitalismus. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bedeutet massenhaftes Brachliegen der ersten Produktivkraft, der Arbeiterklasse. Selbst dort, wo die Produktion gegenwärtig noch ausgeweitet wird, geschieht dies vorwiegend durch verstärkte Auspressung von Mehrarbeit und Verlängerung des Arbeitstages, Überstunden und Sonderschichten wie z.B. bei VW. „Die Überarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserve, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Überarbeit und Unterwerfung unter die Diktate des Kapitals zwingt.“ (Das Kapital, Bd. 1, S.665) (N-Red.)

Göttingen. Die Fernmeldehandwerker der Postklasse EN 1. 2. haben in einem Brief an die Jugend Zimbabwes geschrieben: „Wir wissen, warum wir den Befreiungskampf in Zimbabwe unterstützen. Wir wissen aus eigener Erfahrung über die Schulunterdrückung und Ausbildung. Das Volk von Zimbabwe muß das weiße Siedlerregime im bewaffneten Kampf besiegen.“ Die Fernmeldehandwerker wollen jetzt Briefmarken zur Unterstützung des Befreiungskampfes herstellen.

Einführung des Berufsgrundbildungsjahres - Druck. Für den Einzugsbereich Hildesheim, Alfeld und Peine wird ab 1. August in der Berufsschule Hildesheim das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) eingeführt. Einen entsprechenden Beschluß hat der dortige Kreistag gefaßt. Damit wird dem Drang der Kapitalisten entsprochen, das Sieb zu verbessern, mit dem die Arbeiterjugendlichen in die Produktion geschleudert werden sollen. Auf der außerordentlichen Versammlung der Druckkapitalisten, vom 15.2.77 wurde bereits ein Beschluß gefaßt, daß ein Berufsausbildungsverhältnis künftig nur noch mit Absolventen des Berufsgrundbildungsjahres eingegangen werden soll. Auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der IG-Druck und Papier haben sich für die Einführung des BGJ-Druck ausgesprochen.

Braunschweig. Der Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig hat an alle Lehrkräfte der Haupt-, Sonder- und Realschulen sowie der Gymnasien und der Berufsschule eine Verfügung gesandt, in der „Hinweise“ bei „Bedrohung von Lehrkräften“ erteilt werden. Die Verfügung enthält sämtliche Mittel, die der einzelne Lehrer bzw. die Dienstaufsicht ergreifen will, bei „tätlicher Bedrohung“ der Lehrer: Hausrecht; Polizeieinsatz; Strafverfolgung wegen Beleidigung, Körperverletzung, Bedrohung mit einem Verbrechen, Nötigung, Diebstahl, Sachbeschädigung. „Falls ein vorstehendes Vergehen vorbereitet oder versucht werden sollte oder im Extremfall sogar vollendet ist, bitte ich, unverzüglich Strafanzeige bei der zuständigen Polizeidienststelle zu stellen und mir zugleich zu berichten, damit ich ggf. gem. § 196 bzw. § 232 des Strafgesetzbuches als Dienstvorgesetzter Strafantrag gegen den Schüler stellen kann.“ Der Lehrer wird aufgefordert, „Notwehr“ zu leisten, „selbst wenn die Lehrkraft dabei den Angreifer körperlich verletzen oder sein Eigentum beschädigen sollte, hat sie mit keiner Strafverfolgung zu rechnen.“ Als letztes wird hingewiesen auf die verschiedenen Möglichkeiten, Schüler von der Schule zu verweisen.

Mit dieser Verfügung versucht der bürgerliche Staat, den Haß der Schüler auf das herrschede Schulsystem, der sich oft äußert in Rebellion gegen die Lehrer, zu kriminalisieren und mit dem bürgerlichen Strafrecht zu unterdrücken. Die Lehrer sollen eingesetzt werden als Hilfspolizisten.

Bremen. Am 4.4. hat der Vertrauensleutekörper am Zentralkrankenhaus Bremen-Nord folgende Forderungen zum 1. Mai beschlossen:
Gegen Rationalisierungen auf Kosten des Personals und der Patienten!
Für die sofortige Besetzung aller Planstellen; Ausbau der Planstellen!
Für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und Planstellenausgleich!
6 Wochen Urlaub für alle!
Gegen die Einbeziehung der Auszubildenden in den Bettenschlüssel!
Keine Bettenstreichung durch die Schließung von Hohehorst!
Keine Rationalisierung im Öffentlichen Dienst!
Schluß mit der Erhöhung der staatlichen Gebühren und Tarife!
Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer!
Kein KKW in Brokdorf, Grohnde oder anderswo!

Westberlin. Während die GEW-Mitglieder wie die meisten Gewerkschafter eine DGB-Demonstration zum 1. Mai fordern, hat der kommissarische Landesvorstand des ausgeschlossenen GEW-Landesverband Westberlin den DGB aufgefordert, sich der geplanten GEW-Demonstration zum 1. Mai anzuschließen, eine Aufforderung, die es den Sozialdemokraten im DGB leicht macht, darüber hinwegzugehen. Die Bezirksleitung Neukölln der GEW hat dazu am 12.4. den folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bezirksleitung Neukölln der GEW hält es angesichts der Lage und der Entwicklung der Maivorbereitungen der GEW für notwendig, an der Spitze des Demonstrationszuges der GEW am 1. Mai 1977 die Parolen zu tragen:
Für kampfstarke klassenbewußte Einheitsgewerkschaften!
Für einen kampfstarken klassenbewußten DGB!

Begründung: Die GEW Berlin ist aus dem DGB ausgeschlossen worden. Wir kämpfen um die Rücknahme dieses Ausschlusses und das selbstverständliche Recht auf Revision. Wir wollen nicht, daß die GEW in der Vorbereitung des 1. Mai und am 1. Mai zum organisierten oppositionellen Zentrum gegen den DGB gemacht wird. Wir Lehrer und Erzieher kämpfen dagegen, von der im DGB organisierten Arbeiterbewegung isoliert zu werden. Wir müssen am 1. Mai zusammen mit der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen, daß wir die Einheitsgewerkschaft als unsere elementare Organisation ansehen, um die und in der wir den Kampf um unsere Interessen führen.“

Braunschweig. Bei der Stadtverwaltung Braunschweig wurde die einmalige Zahlung von 100 DM nicht ausgezahlt mit folgender Begründung: „Die mit einem gesonderten Tarifvertrag vom 16.3.77 vereinbarte einmalige Zahlung für den nach diesem Tarifvertrag anspruchsberechtigten Personenkreis konnte wegen der hierzu erforderlichen umfangreichen Ermittlungen hinsichtlich der Anspruchsberechtigung sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach und wegen der bisher noch ungeklärt gewesenen Auswirkungen des Haushaltsstrukturgesetzes auf diese Leistung noch nicht in die Zahlung vom 15.4.77 einbezogen werden. Sie selbst wird deshalb mit der Zahlung der Vergütungen und Entgelte für Monat Mai 1977 – ebenfalls mit versicherungsrechtlicher Hinzurechnung zum sozialversicherungspflichtigen Entgelt des Monats April 1977 – geleistet werden."

Die Dienstaufsicht will testen, wie weit sie gehen kann bei der Demütigung der Bewegung im Öffentlichen Dienst. Das Ganze ist ein großer Betrug. Die „umfangreichen Ermittlungen" beziehen sich nur auf die Ermittlung einiger weniger Beschäftigter, die in der Zeit vom 1.1. bis 31.4.77 angefangen haben bzw. die Aussortierung nach Vollbeschäftigten, auszubildenden Praktikanten usw. und Teilzeitbeschäftigten. „Letztere erhalten einen Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis ihrer wöchentlichen Arbeitszeit zu der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollbeschäftigten entspricht." Der Abzug der „Besitzstandswahrung nach dem Haushaltsstrukturgesetz" kann nur auf Tariferhöhungen oder Änderungen in der monatlichen Vergütung angewendet werden, nicht jedoch wie hier auf eine einmalige Zulage.

Braunschweig. Wer nach dem 1.7. des Vorjahres eingestellt wurde, bekommt kein Urlaubsgeld. Für die Auszubildenden wurde der Stichtag auf den 1.9. rausgeschoben. Das 6. Besoldungserhöhungsgesetz (Entwurf) für die Beamten sieht für die Beamtenanwärter eine solche Regelung nicht vor. Somit ist immer der Einstellungsjahrgang des Vorjahres (1.8. Einstellungstermin) von der Urlaubsgeldzahlung ausgeschlossen.

Osnabrück. Nachdem am 23.3. die Elektrikerauszubildenden des 2.Lehrjah-

Osnabrück. Nachdem am 23.3. die Elektrikerauszubildenden des 2.Lehrjahres geschlossen nach Hause gegangen waren, um ihre Forderung nach Freistellung am Tag vor der Prüfung durchzusetzen, versuchten die Kapitalisten zu spalten und einzuschüchtern: Ein Fehltag wird angeschrieben, Verhöre durchgeführt, die Eltern angerufen. Die Jugendversammlung unterstützt die Schritte der Auszubildenden, ebenso wie die Jugendvertretung, die auch die Verhöre ablehnt.

Die Spaltungsversuche der Kapitalisten schließen die Jugendlichen jedoch immer enger zusammen. So schließen sie sich auf folgenden Forderungen zusammen, die von den Jugendvertrauensleuten zum 1.Mai gefaßt wurden.:

„Einheitlicher Existenzlohn für alle Auszubildenden 30 Arbeitstage Urlaub, Weg mit der Stufenausbildung, Weg mit den Beurteilungsbögen. Übernahme nach der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis, 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen, Freistellung am Tag der Prüfung"

Gleichzeitig fordern die Jugendvertrauensleute den DGB auf, statt einer Saalveranstaltung am 1.Mai eine Demonstration durchzuführen.

Kinderarbeit von Elf- und Dreizehnjährigen. Eineinhalb Jahre lang hat ein Kapitalist in Rheinfelden Kinder im Alter von 11 bis 13 Jahren ausgebeutet. Sie mußten Abfüll- und Verpackungsarbeiten machen. Der Kapitalist rechtfertigte die Kinderarbeit damit, daß das eine „freiwillige" Tätigkeit zur „Aufbesserung des Taschengeldes" sei. Er mußte jetzt eine Geldstrafe von 6 750 DM zahlen, eine lächerliche Summe, bedenkt man, wieviel Profit der Kapitalist durch die Ausbeutung billiger Kinderarbeit gescheffelt hat.

Quickborn. Jugendliche besetzen Jugendzentrum. Am Mittwoch, dem 6.4., standen die Jugendlichen vor den verschlossenen Türen des Jugendzentrums. Die Stadt hatte ohne ihr Wissen ein neues Schloß einbauen lassen, trotz der schriftlichen Zusage des Bürgermeisters, daß den Jugendlichen das Jugendzentrum bis Anfang Mai ohne hauptamtliche Kräfte offengehalten würde. Das Jugendzentrum ist der Stadt ein Dorn im Auge, weil sich dort die Jugend gegen die Unterdrückung in der Schule und im Betrieb zusammenschließt, über 17 Gruppen arbeiten dort.

Die Jugendlichen haben sich beraten und eine Delegation zum zweiten Bürgermeister geschickt, die die Schlüssel holen sollte. Er hätte keine Schlüssel, am nächsten Tag könnten die Jugendlichen um 17 Uhr ihre Sachen aus dem Jugendzentrum abholen. Die Jugendlichen haben diesen Termin in der ganzen Stadt bekanntgemacht. 70 waren erschienen. Vier Stadtangestellte sollten dafür sorgen, daß nur drei Vertreter ins Jugendzentrum gehen. Von innen wurden die Fenster und Türen geöffnet und in Minutenschnelle war das Jugendzentrum besetzt. Weitere Jugendliche haben sich dann zur Unterstützung eingefunden. Die Stadt mußte die Schlüssel rausrücken und konnte aufgrund der breiten Unterstützung ihre Drohung nach Räumung des Hauses durch die Polizei nicht wahrmachen.

Der niedrige Tarifabschluß zwingt zu noch mehr Nachtschichten und Sonntagsschichten

Rangierbahnhof Seelze/Hannover

5,3 % mehr Lohn und Gehalt, 150 DM Urlaubsgeld, einmalig 100 DM Streckungszulage und zwei Tage Urlaub, „das sind die ganz besonderen Erfolge der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in der diesjährigen Tarifbewegung", heißt es in der Gewerkschaftszeitung „Der Deutsche Eisenbahner".

Bis zum letzten Wochenende hatten die Bundesbahnbeschäftigten auf dem Rangierbahnhof Seelze/Hannover noch keinen Pfennig davon gesehen. Für die Arbeiter und Angestellten soll jetzt erst die Tariferhöhung ausgezahlt werden. Bei den Beamten ist die Auszahlung noch ganz offen.

Der Grundlohn eines beamteten Rangierers setzt sich aus seiner Besoldungsgruppe und dem Ortszuschlag zusammen. Bisher kam ein lediger Rangierer der Besoldungsgruppe A 2 (Dienstaltersstufe 1) auf rund 1 250 DM brutto. Nach Abzug von Steuern und Versicherungen blieben ihm weniger als 1 000 DM von seinem Grundlohn. Davon Anschaffungen zu machen oder zu sparen, ist unmöglich. Jetzt erhöht sich der Bruttolohn um ca. 67 DM. Netto werden davon ganze 40 DM bleiben, die schon längst durch gestiegene Warenpreise, kommunale Tariferhöhungen und Mieten wieder aufgefressen sind.

Noch schlimmer für die Verheirateten mit Kindern. Einer mit zwei Kindern, der wie die meisten Rangierer ebenfalls in A 2 eingruppiert ist, hat ausgerechnet, daß er brutto trotz höherer Ortszuschläge usw. auf ganze 82 DM Erhöhung kommen wird. In derselben Rangierkolonne machen zwei seit Jahren an jedem freien Wochenende Schwarzarbeit auf dem Bau, um über die Runden zu kommen. Gelernte Maurer, fanden sie da aufgrund der Krise keine Beschäftigung mehr. Dann sind sie zu VW gegangen und mußten dort die Knochenarbeit in der Gießerei machen. Als der VW-Konzern in die Krise geriet, gehörten sie zu den 10 000, die entlassen wurden. Dann sind sie trotz der niedrigen Löhne und der schlechten Arbeitsbedingungen zur Bundesbahn gegangen, um dort endlich als Beamte einen „sicheren Arbeitsplatz" zu haben. Die Rangierer in der Kolonne haben den Tarifabschluß verurteilt. „Man muß Festgeldforderungen aufstellen, damit es für uns überhaupt was bringt", war die einhellige Meinung.

Der äußerst niedrige Abschluß verstärkt den Druck auf die Rangierer, durch Nachtarbeit und Arbeit an Sonn- und Feiertagen soviel Zulagen wie möglich zu bekommen, um den Lohn zu erhöhen. Neben den Zulagen für Schichtarbeit usw. gibt es für die Rangierer Gefahrenzulagen, Rangiergeld. Die Bundesbahn hat das System der Zulagen ausgebaut als Mittel der Spaltung und der Senkung des Lohns. Das besonders Perfide ist, daß die meisten Zulagen seit Jahren eingefroren sind, während gleichzeitig die niedrigen Tarifabschlüsse zur Jagd um die Zulagen zwingen.

Daß sich die Arbeitsbedingungen durch den niedrigen Grundlohn verbunden mit dem Zulagesystem immer weiter verschlechtern, ist klar. So kann man sich auch erkären, daß es für die Rangierer Dienstpläne gibt, nach denen sie innerhalb einer Woche Frühschicht, Spätschicht und Nachtschicht machen müssen. Es ist dabei unmöglich, daß sich der Körper auf irgendeinen Rhythmus einstellen kann.

Montag: 21.30 bis 6.00; Dienstag: 21.30 bis 6.00; Mittwoch: 21.30 bis 6.00; Donnerstag: „kleine Ruhe"; Freitag: 12.30 bis 21.30; Samstag: 15.00 bis 0.00; Sonntag: 8.00 bis 12.30. (Auszug aus einem 3-Wochen-Schichtplan)

Der Körper wird bei der Schichtarbeit derart ausgelaugt, daß man nach einer Nachtschicht keine sieben bis acht Stunden, sondern 10 Stunden Schlaf braucht. Wenn man die Anreisezeit und die Zeit zum Umziehen mit 1 1/2 Stunden ansetzt, bleiben noch ganze vier Stunden Freizeit. Diese Schweißauspressung macht auch nicht vor Sonn- und Feiertagen halt.

In anderen Rangierkolonnen gibt es 6-Wochen-Schichtpläne. Innerhalb dieser sechs Wochen gibt es sogenannte ZBV-Schichten. Bei diesen Schichten weiß der Rangierer am vorhergehenden Tag noch nicht, ob er am nächsten Tag Frühschicht, Spätschicht oder Nachtschicht hat. Manche Lokführer müssen ständig „wilde Touren" fahren. Diese Touren wurden von einem Tag auf den anderen festgelegt. Am Schichtende muß der Lokführer den Fahrmeister anrufen, um zu erfahren, zu welchem Dienst er am nächsten Tag bereitstehen muß. Über längere Zeit hält das keiner durch.

Seelze ist der größte Rangierbahnhof Europas. Über 400 Rangierer und Stellwerkbedienstete arbeiten auf dem Bahnhof. Weil zu wenig Stammpersonal da ist, werden ständig aus Norddeutschland junge Eisenbahner nach Seelze abkommandiert. Untergebracht werden sie in teuren Doppelzimmern im Ledigenwohnheim („Bullenkloster"). Die meisten gehen aber nach einiger Zeit wieder weg, weil sie die Arbeitsbedingungen und die Zerstörung aller sozialen Beziehungen nicht mehr hinnehmen wollen und sich wegbewerben, oder sie müssen zur Bundeswehr.

Es gibt auf dem Rangierbahnhof die sogenannten „Rennbahnen". Dort werden die vom Ablaufberg fahrenden Waggons eines z.B. aus München kommenden Güterzugs in verschiedene Gleise gelenkt und zu neuen Zügen zusammengestellt, die dann nach Hamburg oder Bremen fahren. Hinter dem Ablaufberg stehen die Hemmschuhleger und halten mit Hemmschuhen, die auf die Gleise gelegt werden, die vom Ablaufberg kommenden Güterwagen auf. Jeder Hemmschuhleger ist für mehrere Gleise verantwortlich. Wenn mehrere Waggons in seine Gleise laufen, muß er springen, damit die Wagen nicht ineinanderknallen. Aber bei der Arbeitshetze passiert das täglich. Nicht selten kommt es vor, daß dann nagelneue Autos von den Waggons herunterfallen. Wer dieses Pech hat, wird dann von der Bundesbahn auch noch mit Geldbußen bestraft.

Das Rangieren am Ablaufberg ist äußerst gefährlich. Jeder Eisenbahner kennt die Unfälle mit abgetrennten Armen oder Beinen. Schuld an allem ist das Arbeitstempo. Es ist so hoch, daß die Rangierer nur noch die Hälfte der Züge schaffen würden und kein Zug mehr planmäßig abfahren würde, wenn wir nach Vorschrift arbeiten würden.

Ein Rangierer, der „auf der Rennbahn läuft", sagte: „Mir ist das jetzt alles egal. Ich lasse es knallen. Bei mir liegt keine schnellere Gangart mehr drin. Wenn ich zwischen den Gleisen oder auf dem Schotter stolpere und aufs Gleis falle, wo gerade ein Waggon kommt, gibt es nichts mehr zu bezahlen." (Zuschrift eines Eisenbahners)

zwei seit Jahren an jedem freien Wochenende Schwarzarbeit auf dem Bau, um über die Runden zu kommen. Ge-
machen müssen. Es ist dabei unmöglich, daß sich der Körper auf irgendeinen Rhythmus einstellen kann.
lenkloster"). Die meisten gehen aber nach einiger Zeit wieder weg, weil sie die Arbeitsbedingungen und die Zer-
aufs Gleis falle, wo gerade ein Waggon kommt, gibt es nichts mehr zu bezahlen." (Zuschrift eines Eisenbahners)

Uni-Kliniken Göttingen

Im Kampf für Auszahlung der Tariferhöhung den Zusammenschluß gegen den niedrigen Abschluß und das Steuersystem gefestigt

Am 15.4. zahlte der staatliche Dienstherr die Tariferhöhung von 5,3 % und die 100 DM Streckungszulage auf einen Schlag aus. Über zwei Monate hatte er sich somit einen zinslosen Kredit von ca. 2 Millionen 750 000 DM von den 3 500 Beschäftigten gewährt. Bei einer 8 % Verzinsung streicht er somit 2 30 000 DM ein. Nach Aussagen von Verwaltungsangestellten hatte die Verwaltungsleitung vor, sich den zinslosen Kredit noch weiter zu erhöhen und erst am 15. Mai auszuzahlen. Zahlreiche Aufrufe in der Verwaltung, Anfragen über Personalräte und der Beschluß des Personalrates der Kinderklinik nach sofortiger Auszahlung der Tariferhöhung, das war der Grund, warum in den Uni-Kliniken dann doch zum 15.4. ausgezahlt werden mußte.

Schäbig sind diese 5,3 %. Die Masse der Beschäftigten braucht diese geringe Erhöhung aber unbedingt zum Leben. Das haben die Diskussionen um die Lohnzettel in den Abteilungen ergeben und die Forderung nach sofortiger Auszahlung wurde erhoben.

„Die bescheißen uns ja doch nach Strich und Faden. Den Finanzminister sollte man zum Mond schießen", empörte sich ein Pförtner der medizinischen Klinik nach einer gemeinsamen Diskussion über seinen Lohnzettel. 1 451 DM brutto verdient er im Monat (vor der 5,3 %-Erhöhung). Das reicht nicht Hinten und Vorne, um sich und seine Familie zu ernähren. Also muß er hinter Arbeiten hersein, die ihm Zulagen einbringen. Sein Lohnstreifenvermerk beweist das: 335,65 DM für Überstunden, 5,25 DM für Überstunden am Samstag, 40,32 DM Sonn- und Feiertagszuschläge, 121,50 DM für Nachtarbeit, 63,35 DM Urlaubszuschlag, 566 DM brutto insgesamt allein für Arbeiten außerhalb des Acht-Stunden-Normalarbeitstages. Inklusive einer vermögenswirksamen Leistung von 13 DM kommt er auf 2 030,87 DM brutto. Auf die Hand kriegt er allerdings nur 1 217,62 DM, nach Abzug von 108,57 DM Krankenversicherung, 169,94 DM Rentenversicherung, 28,32 DM Arbeitslosenversicherung, 309,20 DM Lohnsteuer, 27,82 DM Kirchensteuer und 185 DM für seinen Bausparvertrag. Um 813,25 DM, also 40 %, plündert ihn der Staatsapparat und die Sozialversicherung sofort aus. Dafür muß er den ganzen Monat schuften. Überstunden, Nacht-, Wochenend- und Feiertagsarbeit. Das geht natürlich auf die Knochen. Heute ist er krank und fühlt sich nicht, arbeitet aber weiter, denn jeden Tag, den er durch Krankheit verliert, kann er keine Zulagen verdienen. Die braucht er aber unbedingt. „Es ist eine Sauerei, was uns da alles über die Steuern abgezogen wird. Immer mehr schröpfen die uns, und selber zahlen die kaum was." Seine Erfahrungen haben ihm gezeigt, daß man unbedingt 1 500 DM zum Leben braucht, auf die er aber selbst bei der Malocherei nicht kommt. Er unterstützt die Forderung nach einem Steuerfreibetrag von 1 500 DM und ist unbedingt gegen die Überstundenklopperei und die Nachtarbeit. Diese Bedingungen haben seine Gesundheit schon arg angeknackt. Aber allein kann man das soundso nicht ändern. Zusammen mit seinen anderen Kollegen will er den Lohnzettel von April jetzt diskutieren. Von der Bank konnte er ihn bisher noch nicht abholen, weil er während der Öffnungszeiten immer arbeiten mußte, will ihn jetzt aber schnell besorgen. „Man muß ja studiert haben, um bei der Lohnabrechnung überhaupt noch durchzublicken." Das will er sich nicht mehr gefallen lassen und zusammen mit seiner Abteilung sich über diese Wissenschaft Klarheit verschaffen. „Bescheißen lassen wir uns nicht." – (Zelle Uni-Kliniken)

Hamburg. Am Dienstag nachmittag haben in Hamburg etwa 1 000 Bauarbeiter gestreikt, um den Baukapitalisten und der Führung der IG Bau, Steine, Erden zu zeigen, daß sie sich mit einem Lohnraubabschluß nicht abfinden werden. Auf der Großbaustelle Tegelsbarg haben sich 250 bis 300 Kollegen, das sind rund 90 %, an einer Demonstration auf der Straße vor der Baustelle beteiligt. Es wurden Ansprachen gehalten, in denen u.a. ein Urlaubsgeld gefordert wurde.

Interview mit einer Frau, die wegen § 218 ein Jahr Gefängnis hat

Sie sind auf Grundlage des § 218 verurteilt worden. Was wurde Ihnen vorgeworfen und wie sieht das Urteil aus?

Mir wurde vorgeworfen, daß ich bei zwei Türkinnen abgetrieben haben soll.

Eine der Türkinnen mußte sich in Bremen im Rotkreuz-Krankenhaus behandeln lassen. Der Arzt hat seine Schweigepflicht gebrochen und Anzeige erstattet.

Ich bin jetzt zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Die Strafe ist auf vier Jahre Bewährung ausgesetzt.

Wie sahen die Ermittlungen der Staatsanwalt und Polizei gegen Sie aus?

1975, als die Polizei das erste Mal kam, war ich gar nicht zu Hause, nur mein Mann und mein Sohn. Die Polizei gab an, daß sie gegen mich ermitteln würde. Sie haben dann eine Hausdurchsuchung gemacht und alles von oben bis unten durchwühlt. Die Bettwäsche aus den Schränken rausgerissen, einen großen Kasten voller Pfennige einfach auf den Fußboden gekippt. Es sah schlimm aus. Die vier Kriminalbeamten gaben an, daß sie nach einer Kartei suchten. Gefunden haben sie natürlich nichts.

Aber mitgenommen haben sie Geschäftspapiere meines Mannes, Kontoauszüge, meinen Ausweis und verschiedene andere Sachen, die wir zum Teil noch nicht zurückhaben.

Etwa eine Woche später kamen sie dann noch mal. Dieses Mal mit zehn bis 12 Polizisten mitsamt Schäferhund. Es war morgens halb fünf. Obwohl wir zu Hause waren, haben sie die Tür aufgebrochen. Sie haben dann noch mal das ganze Haus durchsucht. Ich wurde verhaftet und zwei Tage lang von der Kripo in Bremen verhört. Dann durfte ich wieder nach Hause.

Was ereignete sich, nachdem Sie verhört worden waren?

Ich habe anderhalb Jahre nichts mehr von der Sache gehört. Ende letzten Jahres kam dann die Klage. Sie lautete, daß ich angeklagt werden soll wegen schwerer Körperverletzung auf Grundlage des § 218.

Sie sind jetzt verurteilt wegen Verstoß gegen den § 218. Was halten Sie von diesem Gesetz?

Ich halte dieses Gesetz für ganz schlecht. Die oberen Zehntausend können, wenn sie ein Baby nicht haben wollen, nach Holland oder in eine Privatklinik fahren. Geld haben die ja genug.

Aber bei den Arbeitern und Angestellten ist das anders. Sie leben oft in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Der Lohn ist niedrig, der Mann ist arbeitslos geworden, oder es sind schon so viele Kinder da. Das Kinderkriegen ist einzig und allein eine finanzielle Frage. Diese Geldnot zwingt die Frauen immer wieder zu Abtreibungen.

Damals, als das BVG sich gegen die Fristenregelung entschieden hat, da Abtreibung doch Mord sei, habe ich mich doch sehr gewundert. Denn ich habe in der Zeitung gelesen, wenn eine Schwangere einen Autounfall hat und dann das Kind durch eine Fehlgeburt verliert, zahlt die Versicherung keinen Pfennig, weil das ja noch kein Lebewesen ist.

Ich finde es schlecht, daß der Staat seine Nase so in die Angelegenheit der Familien steckt. Viele Menschen sind gegen den § 218. Das merkt man auch daran, daß, obwohl ich in einem kleinen Ort wohne, ich trotz dieser Strafe keine Probleme mit den Leuten habe, das heißt, ich werde nicht gemieden oder angegriffen.

Ich finde es richtig, wenn Gegner des § 218, wie schon geschehen, gegen solche Prozesse auftreten. Sie dürfen nicht stattfinden. Ich meine, es ist notwendig, vom Staat die Durchführung eines Volksentscheids zu fordern. So würde der § 218 sicher fallen. – (§ 218-Komitee Delmenhorst)

Wildeshausen steht Kopf

Der Kampf der Eltern und Schüler gegen das Notensystem und die Suspendierung des kommunistischen Lehrers Rebensburg

Wildeshausen. An der berufsbildenden Schule Wildeshausen – Abteilung Wirtschaft – haben zwei Eltern- und Schülerversammlungen mit insgesamt 90 Anwesenden mit großer Mehrheit Beschlüsse gefaßt, daß ihr Klassenlehrer, der Kommunist Manfred Rebensburg, keine Fünfen und Sechsen mehr erteilen soll.

Dieser Beschluß der Eltern und Schüler ist verständlich: Die Arbeitslosigkeit im Bezirk Vechta mit etwa 10 % ist die höchste seit Ende der fünfziger Jahre. So braucht man sich mit einem Zeugnis mit Fünfen und Sechsen um eine Lehrstelle erst gar nicht zu bewerben.

Ein Schüler der Handelsschule bewarb sich zum Beispiel auf die ausgeschriebene Lehrstelle einer Bank. Vergeblich. Außer ihm hatten sich noch 160 Schüler beworben. Die Alternative blieb nur, den Eltern weiter auf der Tasche zu liegen – oder seine Arbeitskraft an einen Kleinkapitalisten zu einem Niedrigstlohn als Hilfsarbeiter zu verkaufen. Gegen beides setzen sich Eltern und Schüler zur Wehr. Mit ihren Beschlüssen gegen das Notensystem bringen sie ihr Interesse an einer umfassenden Ausbildung zum Ausdruck, die sie befähigt, sich für ihre Interessen einzusetzen und ihre Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen.

Die Reaktion der Kapitalisten und ihrer Handlanger an den Schulen: Unterdrückung und Spaltung

Diesen Schlag gegen das Notensystem konnte die örtliche Kleinbourgeoisie und die Schulleitung nicht einfach einstecken. Schlugen sie zunächst noch mit „Argumenten" um sich wie „wenn es keine Fünfen und Sechsen mehr gibt, ist die Vier die schlechteste Note, und das ist doch alles eine Benachteiligung für die Schüler, die Fünfen und Sechsen bekommen", so wurden die Schläge schnell handfester, als Rebensburg sich gegenüber diesen Ansichten „uneinsichtig" zeigte.

Die Kleinbourgeoisie eröffnete ihre Kampagne mit massivem Druck auf die Schüler: Wir werden keine Schüler von Herrn Rebensburg einstellen oder nur nach zusätzlicher Überprüfung. Ein besonderes Exemplar dieser Unterdrückung, auch entschiedener Befürworter des Notensystems, ist der Wirtschaftsprüfer Schütte, CDU-Ratsherr, der zusätzliche Eignungstests abverlangt, seine eigenen Kinder aber wegen des unerträglichen Zensurendrucks auf die Privatschule schickt.

Die Schulleitung versuchte es mit einer Personalversammlung gegen Rebensburg. Ziel der Schulleitung: Eindeutige Distanzierung von Rebensburg und möglichst Beschluß zur Suspendierung. Dieses Vorhaben konnte gegenüber den Lehrern nicht durchgesetzt werden. Die gewünschte Resolution wurde nicht behandelt. Ist doch vielen Lehrern in den Diskussionen die elende Lage der Jugendlichen und ihre Zukunft schnell klar geworden. Auch wird die Empörung über die Rechtlosigkeit ihrer eigenen Lage und über ihre Aufgaben, nur als Schleusenwärter zur Aussortierung der Schüler nach den Interessen der Kapitalisten zu fungieren, immer größer. Ein Lehrer einer anderen Schule kam an den Stand der inzwischen gegründeten Initiative „Weg mit dem Notensytsm – Rebensburg muß Lehrer bleiben" und berichtete, daß er auch schon lange vorhat, keine Fünfen und Sechsen mehr zu geben und daß ihn das Vorgehen von Rebensburg ermutigt.

Die Reaktion hatte aber noch nicht alle Register gezogen: Von der Schulleitung wurden Unterschriftenlisten initiiert, mit denen sich die Schüler von den „Aktivitäten des Herrn Rebensburg und seiner Partei" distanzieren sollten. Von den Schülern ausgehängte Plakate wurden abgerissen. Der Stand der Initiative wurde von der Polizei überfallen, Kommunistenhetze von der örtlichen Presse betrieben, Schülerinnen der DLRG von einem besonders reaktionären Lehrer im Vorstand der DLRG mit Rausschmiß gedroht.



Demonstration in Wildeshausen gegen das Notensystem, gegen Fünfen und Sechsen.

Der Widerstand entwickelt sich

Da die Eltern und Schüler bei ihren Beschlüssen von ihrem Interesse an einer umfassenden Ausbildung ausgegangen sind, konnten alle dieses Maßnahmen der Unterdrückung und Spaltung nicht greifen. Als erstes bildete sich eine Initiative „Weg mit dem Notensystem –Rebensburg muß Lehrer bleiben". Die Plattform wird von den Schülern entwickelt und diskutiert. Die Forderungen: „Weg mit dem Notensystem, Einheitsschule, Weg mit dem KPD-Verbot, Weg mit dem Beamtengesetz, Für politische Freiheiten an der Schule, Rebensburg muß Lehrer bleiben!" sind eine ausgezeichnete Grundlage gegen alle Versuche, den Kampf zurückzuzerren und ausschließlich auf die geplante Suspendierung einzuengen. So sind auf der Gründungssitzung bei einer Abstimmung von 18 zu 3 sogar Teile der Jusos und der Falken für diese Forderungen gewonnen worden. Die Falken unterstützen zwar später insgesamt die Plattform, sind aber bis heute auf dieser Grundlage nicht aktiv geworden.

Eine weitere Stärkung des Kampfes ging von der Eltern- und Schülerversammlung der Klasse H 2 b aus. Hatte vorher noch eine mit Hilfe des Schulelternsprechers einberufene Elternsprecherversammlung von sechs Elternsprechern (von insgesamt 16, von denen einige erst gar nicht eingeladen wurden) sich für die Suspendierung von Rebensburg ausgesprochen, so wurde jetzt scharfe Kritik am anwesenden stellvertretenden Direktor Suhr geführt und einstimmig beschlossen: Rebensburg muß Lehrer bleiben.

Die Kampffront breitet sich aus; Eltern und Schüler erheben die Forderung: Bonke muß weg – Rebensburg muß bleiben!

Von allen Seiten stoßen neue Kräfte auf die Schüler-Eltern-Initiative. Schüler berichten von der Auslese in der Orientierungsstufe, andere davon, daß sie ohne Abschluß die Hauptschule verlassen müssen. Lehrlinge berichten, daß sie von einem örtlichen Warenhaus-Kapitalisten nach Abschluß ihrer Prüfung entlassen worden sind. Resolutionen von Soldaten der örtlichen Kaserne und den Diakonischen Werken Himmelsthür und Solidaritätsadressen aus anderen Orten treffen ein.

Eine Gesamteltern- und Schülerversammlung beschließt, daß die von der Schulbehörde geplante Anhörung Rebensburgs verlegt wird und daß die Herren von der Schulbehörde nach Wildeshausen kommen. Als Tagesordnung legen sie fest: 1. Mißstände an der berufsbildenden Schule Wildeshausen, 2. Manfred Rebensburg muß Lehrer bleiben. Jetzt wird der Angriff gegen den Oberreaktionär Bonke, den Direktor der Schule, Bürgermeister von Wildeshausen und Kreistagsabgeordenter, gerichtet. Ein Sündenregister von Bonke wird von den Eltern und Schülern aufgestellt und die Forderung erhoben: „Bonke muß weg, Rebensburg muß bleiben."

Um die Herren aus Oldenburg entsprechend zu empfangen, führt die Initiativgruppe eine Demonstration durch.

Die Demonstration wird ein großer Erfolg. Überall auf den Straßen, in den Cafes und Restaurants entzündet sich die Debatte um die Unterdrückung an der Schule durch das Notensystem. Die aufgestellte Forderung „Bonke muß weg, Rebensburg muß bleiben" findet große Unterstützung. An der Abschlußveranstaltung, an der etwa 200 Menschen teilnehmen, werden zahlreiche Solidaritätsadressen verlesen. An vielen Beispielen wird die Notwendigkeit herausgearbeitet, sich im Kampf für die Einheitsschule gegen die Unterdrückung zusammenzuschließen.

Bonke strampelt, die Schulbehörde kneift. Erste Streikaktionen werden durchgeführt, weitere geplant.

Direktor Bonke schlägt blindwütig zurück. Er droht den Schülern damit, daß die Noten von Rebensburg nicht anerkannt werden und verbietet mit einem Verfahrenstrick eine Veranstaltung mit Vertretern der Schulbehörde in der Schule. Dankbar zieht die Schulbehörde ihre Genehmigung zurück.

Um der Bewegung den entscheidenen Schlag zu versetzen, wird Manfred Rebensburg am folgenden Tag, dem 16.4., vorläufig vom Dienst suspendiert. Als Rebensburg dennoch in seiner Klasse Sportunterricht erteilt, wird er von der Polizei aus der Turnhalle geholt.

Ein Großteil der Schüler bestreikt darauf den Unterricht und beschließt den Boykott des Unterrichts bei den Vertretungslehrern von Rebensburg. Eltern schließen sich zusammen, sammeln Unterschriften, um den Elternrat zur sofortigen Einberufung einer Gesamtelternversammlung mit Vertretern der Schulbehörde zu zwingen. Beschlossen wird eine Versammlung, auf der die weiteren Kampfschritte gegen Bonke und die Schulbehörde als Vertreter der Mißstände an der berufsbildenden Schule Wildeshausen und für die sofortige Wiedereinstellung von Rebensburg beraten werden soll. Die Suspendierung von Rebensburg war ein Schlag ins Wasser. Sie hat die Empörung und Kampfbereitschaft der Eltern und Schüler erhöht. – (Zelle Wildeshausen)

Sonderschullehrer streiten sich um Notensystem

Westberlin. An der 4. Sonderschule in Neukölln gibt es unter den Lehrern der GEW-Betriebsgruppe Streit über den Zweck der Sonderschulen. Ein Teil der Kollegen meint, diese Sonderschulen seien doch ganz vernünftig, denn hier blieben die Schüler vor dem Leistungsterror der Regelschulen verschont. Und schließlich würde doch die Notengebung an unserer Schule großzügig gehandhabt. Und Fünfen und Sechsen gäbe man an unserer Schule doch kaum.

Tatsache ist, daß die an den Schulen üblichen Zeugniskonferenzen zum Aushandeln der Noten an den Sonderschulen nicht üblich sind. An unserer Schule findet das statt im Zwiegespräch oder im Notenzettelüberreichen zwischen Fach- und Klassenlehrer. Das kann den Anschein erwecken, als könne die volle Anwendung der Notenskale von 1 bis 6 umgangen werden. Und teilweise wird das auch versucht.

Daß daran überhaupt nichts fortschrittliches ist, hat ein Schüler gegenüber einer Kollegin geäußert, die meinte, den Jugendlichen mit guten Noten helfen zu wollen: „Sie können mir noch so gute Noten geben, solange auf dem Zeugnis steht ‚Sonderschule', ist ein die Sache gelaufen.

Die Note Sechs wird mit dem Eintritt der Schüler in die Sonderschule über sie verhängt. Für die Kapitalisten ist sie das Richtmaß, diese Schüler besonders billig und möglichst gebrochen für die kapitalistische Produktion vernutzen zu können. Mit jeder Zeugnisvergabe bekommen die Schüler diese Sechs wieder vor Augen gehalten durch den Kopf *Sonderschule* .

Weiterhin ist es so, daß die Lehrer nicht recht haben, die behaupten, bei der Benotung der einzelnen Fächer hätte man viel „Spielraum", nur den „besseren Teil" der Notenskala zu benutzen.Es ist auch an der 4. Sonderschule gängige Praxis, daß „Schulschwänzern" oder Schülern, die anderen Widerstand leisten, Fünfen und Sechsen gegeben werden. Nutzt das nichts, und das ist häufig so, daß die Schüler sich einen Kehricht um die Fünf oder Sechs kümmern, dann werden die schwereren Geschütze angefahren: Polizeiliche Zuführung, frühzeitige Schulentlassung, Schulverweis. Ein „Schulschwänzer" bekommt auch an der 4. Sonderschule gewöhnlich in allen Fächern Sechsen. Der Schulleiter Marcks – sich selbst gern als fortschrittlich bezeichnend – lobt solche Lehrer. „Endlich mal ein Kollege, der den Mut hat, die Notenskala voll auszuschöpfen." Mit diesen Spaltungsmethoden, die die Lehrer praktisch ausführen sollen, soll der Zusammenschluß der Jugendlichen gegen ihre Dummhaltung auf den Sonderschulen gebrochen werden. Und die Lehrer, die trotz der Umgehung der Noten Fünf und Sechs bei der Zeugnisvergabe in ihren Klassen von einzelnen Schülern zur Rechenschaft gezogen werden, weshalb denn der Schüler A. für seine Schwänzereien keine Sechs bekommen habe, stellen fest, daß sie so den Zusammenschluß der Schüler eher hindern als voranbringen.

Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer müssen sich jetzt entscheiden: Wollen sie der Spaltung der Schüler in dumme, weniger dumme, schlaue entgegentreten, so könne sie das, wenn sie den Kampf der Arbeiterjugend unterstützen unter der Stoßrichtung: Weg mit den Sonderschulen! Nieder mit dem Notensystem! Einheitsschule!

Einige Lehrer der 4. Sonderschule haben aufgrund ihrer Erfahrungen den Schluß gezogen, daß die Sonderschulen abgeschafft werden müssen. In einer Stellungnahme, die in der Betriebsgruppe diskutiert wird zwecks Aufforderung der Gewerkschaft, eine Veranstaltung durchzuführen zum Thema: „Sonderschulen, Ausleseschulen zu Hilfsarbeitertätigkeiten, ja oder nein?", heißt es:

„Wir meinen, daß es für Eltern, Schüler und Lehrer notwendig ist, sich zusammenzuschließen gegen die Auslesemethoden, wie zum Beispiel der Harwig-Test, gegen die sogenannten ‚pädagogischen Maßnahmen' wie zum Beispiel Schulverweise, Umsetzungen, Eintragungen in die Klassenbücher, Beobachtungsbögen und anderes. Unsere Erfahrungen beweisen hinlänglich, daß solche Maßnahmen vorwiegend gegen Schüler eingesetzt werden, die ihre ausweglose Lage erkannt haben und sich dagegen zur Wehr setzen. Als Gewerkschaftler halten wir es für notwendig, ... uns einzusetzen für die Auflösung der Sonderschulen mit dem Ziel einer einheitlichen theoretischen und praktischen Ausbildung für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr."

Der Kampf um die Vereinheitlichung für diese Stellungnahme ist an der Schule noch nicht abgeschlossen. – (Bezirk Westberlin)

Landeskonferenz der Bürgerinitiativen in Kiel

Am Samstag tagte in Kiel die Landeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke. Gegenwärtig gibt es in der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm und im Kampf um die Baustelle Brokdorf einen heftigen Kampf um die Vorbereitung des 1. Mai und um die Fortsetzung des Kampfes. Die gleichen Kräfte, die die Niederlage der Massenbewegung im Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf zu verantworten haben, der KB Nord und die Gruppe Rote Fahne, ihre Mitglieder in der Demonstrationsleitung vom 19.2. Hopfenmüller und Kolbe, versuchen gegenwärtig, die Spaltung der Bewegung weiter zu betreiben, die Bewegung von der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu isolieren und in die Arme der Bourgeoisie zu treiben. Um dieses Projekt ungestört durchführen zu können, haben sie auf der Landeskonferenz Mitglieder des KBW am Betreten der Konferenz gehindert und dann gleich durch die Konferenz den Ausschluß des KBW von dieser Konferenz beschließen lassen. Begründung: Der KBW müsse sich von seinem Verhalten auf der vorhergegangenen Konferenz distanzieren. Dieses Verhalten bestand darin, auf die Vorbereitung des 1. Mai zu dringen und die Rechenschaft der Demonstrationsleitung vom 19.2 zu fordern. Unter Saal- und Polizeischutz und unter der Leitung von Hopfenmüller, der sich unter diesen Bedingungen erstmals wieder wagte, öffentlich aufzutreten, beschloß die Konferenz sodann, keinen festen Termin für eine nächste Großkundgebung an der Baustelle Brokdorf festzulegen. KB Nord und Gruppe Rote Fahne ließen auch gleich noch beschließen, daß die Landeskonferenz sich das Recht nimmt, Bürgerinitiativen das Stimmrecht zu entziehen, die nicht gegen „Putschmaßnahmen" des KBW vorgehen, womit sie die Mitarbeit des KBW in den Initiativen meinen. Zum 1. Mai mußte ein Beschluß gefaßt werden. Es wurde ein Beschluß ausgehandelt, sich oppositionell an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen.

Diese Konferenz war der völlig lächerliche Versuch, auf einer Konferenz durchzusetzen, was in den Initiativen nicht gelingt. In den Initiativen wird der 1. Mai vorbereitet. Aufrufe und Beschlüsse zur Beteiligung an den gewerkschaftlichen Demonstrationen und für die Verankerung der Forderungen gegen das imperialistische Energieprogramm haben gefaßt die Initiativen Pinneberg, Itzehoe, Rendsburg, Eckernförde, Preeetz, Neumünster sowie verschiedene Stadtteilgruppen der Bürgerinitiative Kiel. Auf ihrer Grundlage werden die nächsten Schritte unternommen, um am 1. Mai das Bündnis der Arbeiter, Bauern und Volksmassen herzustellen.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Konferenz allerdings fuhr Hopfenmüller am nächsten Tag sogleich zu geheimen Verhandlungen zur Vorbereitung der Bundeskonferenz in Hannover. Dort wurde für die Tagesordnung festgesetzt „solidarische Kritik und Auseinandersetzung mit Wüstenhagen", dem Chef des bürgerlichen Vereins Bundesverband Umweltschutz. Es ist erfreulich, daß jetzt die Pläne der Opportunisten für jedermann völlig offensichtlich sind. Ihr Plan wird abgelehnt werden.

Braunschweig. Am 16.4. demonstrierten in Wolfenbüttel ca. 50 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten gegen die Atommülldeponie Asseschacht II, aktuell gegen den Beginn der Einlagerung hochradioaktiven Mülls, unter den Forderungen „Kein Atommüll mehr in die Asse und anderswohin! Keine Kernkraftwerke! Keine Atommülldeponien, keine Wiederaufbereitungsanlage!" Aufgerufen hatte das Komitee „Kein Atommüll mehr in die Asse und anderswohin".

Wittingen. Die Bourgeoisie verbreitet, die Lagerung des radioaktiven Mülls im Salzbergwerk Asse II sei nicht gefährlich. In Niedersachsen stehen 23 Salzbergwerkschächte von 76 unter Wasser. Absaufen kann ein Schacht, wenn in der Nähe des eingelagerten Atommülls das Salzmineral Carnallit vorkommt. Carnallit ist ein instabiles Salzmineral, welches einen hohen Kristallwassergehalt hat, der schon bei 110-120 Grad Celsius frei wird. Die Stahlbehälter mit dem hochaktiven Abfall entwickeln eine Wärme von 400 Grad Celsius. Das Energieprogramm ist ein Abenteuer der Bourgeoisie. Dringt erst Wasser in den Schacht, wird das Grundwasser in der Gegend verseucht sein.

Braunschweig. „Der Strompreis muß so gestaltet werden, daß Energie gespart wird ... Ein wichtiges Kriterium ist dabei der Geldbeutel", so SPD-Stadtrat und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Braunschweig Glogowski auf der Veranstaltung „Wie können wir Strom sparen, statt Atomkraft einzusetzen?" am 15.4.77. Er hat dazu auch schon genauere Vorstellungen entwickelt: Der Grundpreis soll erniedrigt und der Arbeitspreis erhöht werden, „damit der was davon hat, der spart". Das gilt natürlich nicht für die Sondertarife der Kapitalisten. Die sind – laut Glogowski – in Braunschweig noch viel zu hoch.

Man merke sich die Absicht: An dem Widerstand der Volksmassen gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung anknüpfen, ihnen vormachen, es wäre zu wenig Energie da. Es müsse daran gespart werden und deshalb seien Strompreiserhöhungen notwendig.

Hannover. Am 18.4. fanden in Hannover auf Einladung der GEW Niedersachsen Aktionseinheitsverhandlungen zum Zweck einer zentralen Demonstration am 13.5. gegen das Hochschulrahmengesetz und Niedersächsische Hochschulgesetz statt.

Anwesend waren Vertreter des Stadtschülerrates Hannover, der Konferenz Niedersächsischer Studenten, der Landesfachgruppe Studenten bzw. Hochschulen in der GEW, der Kreisvorstand der GEW Hannover, der Bezirksverband der ÖTV-Niedersachsen, die Landeskonferenz der akademischen Mitarbeiter, und die ÖTV Abteilung Wissenschaft und Forschung Oldenburg.

Vielen Studenten ist klar, der Kampf muß gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat organisiert werden. Forderungen nach 100 DM mehr für alle sowie 1 500 DM Steuerfreibetrag müssen aufgestellt werden, da der Kampf um die materielle Absicherung mit dem Kampf um politische Rechte verbunden werden muß. Die reformistischen und revisionistischen Kräfte auf dieser Aktionseinheit haben eine Plattform durchgesetzt, die sich „für eine konsequente Demokratisierung von Ausbildung und Arbeitsplatz" einsetzt. Sie besteht aus einem Sammelsurium von 15 Forderungen, die in die folgenden drei Blöcke eingeteilt sind und die reformistische Manöver aufzeigen: „FÜr den Ausbau des Bildungswesens – Für Demokratisierung der Hochschulen – Gegen HRG und NHG!"

Am 25.4. wird eine weitere Sitzung dieser Aktionseinheit sein. Einig sind sich die Organisationen auf diesem Katalog nicht geworden. Die Landeskonferenz der akademischen Mitarbeiter lehnte diesen reformistischen Vorschlag ab. Die ÖTV will die Sache im Bezirksvorstand erst noch besprechen. Die Lage muß genutzt werden, um das Mittel des politischen Drucks durch Resolution und Beschlüsse auf die Vertretungen der Schüler, Studenten und Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzuwirken und den reformistischen Vertretern Dampf zu machen.

Unterstützung des Streiks der Medizinstudenten

Westberlin. Institutsgruppe Geologie, Delegiertenrat der Soziologen, Vollversammlung der Studenten des Fachbereichs Biologie an der FU, Koordinationsausschuß am Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut der TU, Institutsgruppe Chemie, zwei Seminare am Fachbereich neue Sprachen.

Kiel. Fachschaftsgruppe am Fachbereich Sozialwesen der FH Kiel. **Göttingen.** Institutsgruppe Geschichte, ASV der PH Göttingen.

Braunschweig. Resolution des Fachschaftsrats Biologie an der PH: „Der Fachschaftsrat Biologie der PH Niedersachsen, Abteilung Braunschweig unterstützt euren Kampf für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr. Wir PH-Studenten befinden uns in einer ähnlichen Situation, z. B. unbezahlte Praktika und nicht ausreichende finanzielle Absicherung. Euer Kampf ist von großer Bedeutung für die gesamte Studentenbewegung. Er gibt die Schritte an, die notwendig sind, um den Kampf um materielle und politische Rechte zu führen. Es ist notwendig, daß ihr entgegen allen Spaltungsversuchen an euren Forderungen festhaltet. Wir bitten euch um Zusendung von Materiel, um an der gesamten PH von eurem Kampf zu berichten."

Hamburg. Die Institutsgruppe Soziologie/Politologie unterstützt den Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr. In der Resolution heißt es: „Euren Kampf müssen wir nutzen und unterstützen für den bundesweiten Zusammenschluß der Studentenbewegung unter dem Ziel, eine Erhöhung der Ausbildungszahlung und Erhöhung des Elternfreibetrags zu erkämpfen. Wie ihr müssen wir fordern, diese Erhöhung vertraglich zwischen den VDS und dem Staat geregelt wird und nicht einseitig durch das BAFöG-Gesetz diktiert wird." Die Institutsgruppe fordert 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1 500 DM Elternfreibetrag sowie eine tarifvertragliche Regelung des Ausbildungsentgelts. Der AStA der Universität Hamburg wird aufgefordert, den Streik der Medizinstudenten zu unterstützen und an der Universität zu propagieren.

Bremen. Das Bereichsgruppenplenum unterstützt die Forderungen und den Streik der Medizinstudenten und wird zu ihrer Unterstützung eine Veranstaltung mit einem Vertreter einer Medizinerfachschaft durchführen. Der Studentenrat der Universität unterstützt den Streik auf der Grundlage der von der VDS-MV beschlossenen Resolution und hat den AStA beauftragt, eine Veranstaltung durchzuführen und eine Fachschaftsvertretung der Medizinstudenten einzuladen.

Der Studentenrat der Hochschule für Technik unterstützt ebenfalls den Streik der Medizinstudenten auf der Grundlage des Antrags des Sekretariats der VDS-Fachkonferenz Medizin an die VDS-Mitgliederversammlung.

„Glauben Sie etwa, daß ein Baron für einen Kohlearbeiter streiken wird?"

Streikurabstimmung an den Medizinfachbereichen / Nur eine Fachschaft kann noch offen die Urabstimmung boykottieren

An sechs Medizinfachbereichen begann schon am Anfang dieser Woche die Urabstimmung der Medizinstudenten für Streik zur Durchsetzung des Tarifvertrages über die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen während des Praktischen Jahres. An zehn weiteren Fachbereichen waren zu Anfang dieser Woche die Urabstimmungstermine schon festgelegt und wird die Urabstimmung vorbereitet. An den medizinischen Fachbereichen Bayerns organisieren sich die Medizinstudenten, um trotz der Illegalisierung der Studentenvertretungen durch das Kultusministerium an Urabstimmung und Streik teilzunehmen. Nur die von den Spontaneisten gestellte Tübinger Fachschaft konnte sich bisher noch damit behaupten, die an der großen Mehrzahl der Fachbereiche von Vollversammlungen beschlossene Streikaktion zu sabotieren.

In Aachen wurde die Urabstimmung noch im letzten Semester erfolgreich durchgeführt: 37 Prozent der abstimmungsberechtigten vorklinischen und 50 Prozent der abstimmungsberechtigten klinischen Studenten stimmten jeweils für Streik. In Essen und Freiburg hat die Urabstimmung schon vorher begonnen. In Freiburg haben in den ersten drei Urabstimmungstagen in der letzten Woche schon 534 Studenten der klinischen Semester teilgenommen, das sind 34,5 Prozent. An den weiteren Fachbereichen wird die Durchführung der Urabstimmungen auf Vollversammlungen in dieser Woche oder Anfang der nächsten Woche festgelegt.

Die Rechten sind Gegner dieses Kampfes und der Forderungen, die die Medizinstudenten erheben. Jetzt sind sie unter starken Druck geraten. In Münster, wo sie die Fachschaft haben, mußten sie schon der Urabstimmung zustimmen und eine Vollversammlung ansetzen. Jetzt versuchen sie auf der Vollversammlung den Antrag durchzubringen, daß zu den Forderungen nach den gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten die reaktionäre Verpflichtung „*im Sinne des Grundgesetzes*" kommt. In Düsseldorf treten sie gegen die Forderung nach Tarifvertrag auf. In Freiburg stellen sie die Fachschaft an der Vorklinik und konnten verhindern, daß die vorklinischen Studenten an der Urabstimmung teilnehmen. Auf Initiative der Fachbereichsgruppen unterschrieben dagegen in drei Tagen 186 Studenten der Vorklinik für die Einberufung einer Vollversammlung am Dienstag dieser Woche, um dieser Abspaltung zu begegnen.

Jetzt, wo es auf die entschlossene Vorbereitung, Organisierung und Durchsetzung von Urabstimmung und Streik ankommt, tritt auch klar hervor, was von den „linken" Studentenpolitikern, die auch den VDS-Vorstand stellen, und ihrer „Einheit" zu halten ist: Die DKP-Revisionisten arbeiten unter dem Deckmantel der „*Langfristigkeit des Kampfes*", mit Vertröstungen auf „*Streik im Wintersemester*" und mit Ausreden, *anderes sei wichtiger*, entschieden an der Zersetzung der Kampfaktion der Medizinstudenten und streben auf ihre rasche Beendigung zu. Dort, wo sie die Fachschaften stellen oder führenden Einfluß darauf haben, wie in Lübeck, zum Teil in Nordrhein-Westfalen und in Hannover, hat ihre Politik schon dazu geführt, daß es den Kultusministerien gelungen ist, einen Teil der PJ-Studenten jetzt im April, schon vor Urabstimmungsbeginn, zum Antritt des Praktischen Jahres zu zwingen. Gleichzeitig unternehmen sie nichts für die Vorbereitung der Urabstimmung, versuchen sie möglichst weit herauszuzögern und erklären z.B. in Münster, in diesem Streik sei „*sowieso nichts durchsetzbar, außer vielleicht Kitteln und Essensmarken*".

Die Spontis, die gegenüber einheitlichen Aktionen nie um eine lange Ausrede verlegen sind über die Notwendigkeit, dem „Willen der Basis" zum Erfolg zu verhelfen, schwanken. Während sie an anderen Orten die Aktion unterstützen oder dazu gezwungen werden konnten, versuchen die von ihnen gestellten Fachschaftsvertreter in Tübingen ihre Sabotage der Aktion zu verteidigen und aufrechtzuerhalten mit der neuartigen „Theorie", dieser Kampf der Medizinstudenten für gewerkschaftliche und politische Freiheiten sei „*ökonomistisch*", weil es „*den Studenten nur ums Geld ginge.*" Die Jusos hoffen darauf, mit folgender frechen Behauptung die Regierung dekken zu können und einen Weg zur Abstumpfung der Gegensätze und zur Spaltung der Aktion zu finden: Sie erklären, „*von Anfang an*" sei die Entrechtung der in praktischer Ausbildung begriffenen Ärzte und die Verweigerung ihrer Entlohnung *als positiv zu bewerten. Jetzt sei nur das Geld ausgegangen.*

Die Aufsichtsbeamten und reaktionären Professoren hoffen auf den Erfolg dieser Leute. Sie bereiten sich darauf vor, die Durchsetzung des Streiks zu unterdrücken. In Aachen kündigten Teile der Professoren an, die Scheine zu verweigern, falls es zum Streik komme. In Frankfurt ließen die Professoren „inoffiziell" wissen, daß sie das Semester nicht anerkennen wollen, wenn der Streik länger als zwei Monate dauert. Andernorts drohen die Reaktionäre mit „*verschärften Anwesenheitskontrollen*" und *Verlust des PJ-Platzes.*

Die Medizinstudenten greifen die Reaktionäre an. An verschiedenen Orten werden von Fachschaften Veranstaltungen vorbereitet, die gegen die von ihnen vertretene Wissenschaft und Medizin gerichtet sind, u.a. zu Themen wie den Herz-, Kreislauf- und Krebskrankheiten und zur Arbeitsmedizin; zum § 218, zur ärztlichen Schweigepflicht und zur Gerichtsmedizin und weiteren Themen werden Veranstaltungen vorbereitet, zu denen die Reaktionäre an den Fachbereichen zur Auseinandersetzung vorgeladen und zu Streitgesprächen herausgefordert werden.

In Göttingen erklärte einer von ihnen, der Dekan Kettler, befragt auf seine Haltung zum Streik, auf einer Veranstaltung des Fachschaftsrates: „*Als Dekan und Staatsbeamter kann ich einen Streik nicht unterstützen*" und „*Glauben Sie etwa, daß ein Baron für einen Kohlearbeiter streiken wird?*". Mit diesem Vergleich will der Reaktionär den Frontenverlauf markieren, wie er ihn sieht. Er hat recht. Denn: in den Reaktionären, die sich auf den Gewaltapparat des bürgerlichen Staates stützen, und in den bürgerlichen Studentenpolitikern, die sie von innen bekämpfen, hat die Aktion der Medizinstudenten mächtige Gegner und gefährliche Feinde. Aber: die Medizinstudenten haben allein im Kampf um die Durchsetzung dieser Urabstimmung schon bewiesen, daß sie in der Lage sind, sich im Kampf gegen die Reaktion zu einigen und zusammenzuschließen, und diese Einheit ist die Bedingung für den Sieg. Und: die Medizinstudenten haben die Unterstützung der Studentenmassen und der Lohnabhängigen in den Gewerkschaften. Zahlreiche Fachgruppen, Fachschaften und Studentenversammlungen haben den Medizinstudenten bereits ihre Solidarität erklärt und Unterstützung zugesichert. „Elementare Rechte wie das Recht auf Bildung von Koalitionen und die Tariffähigkeit werden uns verweigert. Wohin das führt, können wir an der lächerlichen Erhöhung der Zahlungen nach dem BAFöG-Gesetz sehen", heißt es in einer Resolution des Delegiertenrats der Soziologiestudenten in Westberlin. Ebenfalls haben schon an vielen Orten die ÖTV-Vertrauensleute an den Kliniken und Personalräte die Unterstützung des Streiks erklärt. In Erlangen z.B. hat der Vorsitzende des Personalrats der Universität auf einer Versammlung die Unterstützung des Streiks zugesichert. Der Kreisvorstand Freiburg der ÖTV hat auf Initiative der Abteilung Gesundheitswesen eine Veranstaltung zu dem Thema beschlossen „Rationalisierung im öffentlichen Dienst – Der Kampf um die Bedingungen im Praktischen Jahr". – (Z-Red.)

Urabstimmung und Streikvorbereitung der Medizinstudenten

Ort	Medizinstudenten	seit 1.10. im PJ	seit April PJ-verpfl.	Urabstimmungstermin
Bayern				
Erlangen	1 826	32	120	Semesteranfang
München (1)	4 540	107	200	in Bayern 2.5.:
Regensburg	480	–	–	2.5. – 13.5.
Würzburg	1 918		90	
Baden-Württemberg				
Freiburg (2)	2 880	15	95	12.4. – 22.4.
Heidelberg	2 500	34	120	19.4. – 29.4.
Hohenheim (3)	100	–	–	(VV am 19.4.)
Mannheim (3)	300	15	35	(VV am 21.4.)
Tübingen	2 000	27	130	bisher kein Beschluß
Ulm (3)	800	43	15	(VV 18.4. u. 25.4.)
Saarland				
Homburg	1 100	45	65	25.4. – 28.4.
Rheinland-Pfalz				
Mainz	2 592	43	70	26.4. – 29.4.
Hessen				
Frankfurt	2 080	28	106	25.4. – 29.4.
Marburg (3)	1 900	15	60	(VV am 21.4.)
Gießen	1 400	25	65	18.4. – 28.4.
Nordrhein-Westfalen				
Aachen	1 500	15	78	Urabstimmung erfolgreich
Bonn	1 200	25	130	25.4. – 29.4.
Köln	2 400	4	55	25.4. – 29.4.
Düsseldorf (3)	1 900		60	(VV am 26.4.)
Bochum (3)	500	–	–	(VV)
Essen	800	16	90	Febr. – 1. Semesterwoche
Münster (3)	3 300	50	112	(VV am 20.4.)
Niedersachsen				
Göttingen	1 300	48	95	18.4. – 28.4.
Hannover	1 200	110	15	18.4. – 29.4.
Westberlin	3 572	30	110	18.4. – 28.4.
Hamburg	2 300	10	60	19.4. – 29.4.
Schleswig-Holstein				
Lübeck	350	14	32	wie in Bayern:
Kiel	1 650	7	46	2.5. – 13.5.

Die Daten beruhen auf Angaben des VDS-Projektbereichssekretariats Medizin und auf Ergebnissen einer Umfrage der Redaktion. Zum Teil sind sie geschätzt.

(1) Fachbereich der Ludwigs-Maximilians-Universität und Technischen Universität München zusammengerechnet

(2) Urabstimmungstermin nur klinische Semester; vergleiche nebenstehenden Bericht

(3) An den meisten dieser Fachbereiche ist die Beteiligung an der Urabstimmung schon im vergangenen Semester beschlossen. Durchführung und die genauen Termine müssen noch durch die Vollversammlung beschlossen werden.

„Sie müssen mir schon abnehmen, daß Ihre Erfahrungen darin enthalten sind"

Göttingen. Bei der Realschullehrerausbildung in Niedersachsen müssen die Studenten nach sechs Semestern Fachstudium und einem vollwertigen Examen an der Universität noch zwei Semester an der Pädagogischen Hochschule studieren, wo ein zweites Examen folgt. In den Semesterferien nach dem ersten PH-Semester machen sie ein sechswöchiges Realschulpraktikum.

Zahlreiche Erfahrungen machen die Studenten hier mit der Schulunterdrückung. Ein Praktikant versuchte zum Beispiel, den wahlfreien Französischunterricht vom Lehrbuch zu lösen und möglichst interessant für die Schüler zu machen, an ihren Erfahrungen anzuknüpfen. Er war auch sehr beliebt unter den Schülern, bis er eine Französisch-Klassenarbeit schreiben mußte die auf dem Plan der Lehrerin stand. Er mußte die Arbeit auch benoten und zurückgeben. Dabei kriegte ein Schüler in dieser Arbeit eine Fünf. Dessen Kommentar zu dem Praktikanten: „Also doch ein Lehrer wie jeder andere auch."

Was versuchen nun die Seminarleiter mit diesen Erfahrungen zu machen? In einem Pädagogik-Seminar legte der Seminarleiter seine Zielsetzung folgendermaßen dar: Er wollte nicht nur Probleme mit uns diskutieren, sondern auch Lösungsmöglichkeiten anbieten, auch wenn sie nicht vollkommen seien, aber wenigstens besser als gar nichts, denn daß es in der Schule schwierig sei, wisse man ja selber. Doch wie seine Lösungsmöglichkeiten aussehen, zeigte sich sofort im Anschluß. Es versuchte uns unterzujubeln, in der Schule werde hauptsächlich unterrichtet und nebenbei ein bißchen erzogen. Doch er kam nicht durch. Seine These wurde angegriffen von den Studenten auf Grundlage ihrer eigenen Erfahrung. Daß die Schüler nicht bloße Fakten lernen, sondern daß sie über Klassenarbeiten und die Notengebung auf Unterwerfung und Konkurrenz gedrillt werden. Verteidigen konnte der Seminarleiter die Klassenarbeiten nicht. „Die sind nun mal vorgeschrieben." Schön fände er das auch nicht, aber man solle hier bloß nicht die Debatte weiterführen, das sei Teil des Schulpädagogischen Seminars. „Dort sprechen sie noch über Notengebung."

Wie man die Schüler erziehen soll, wird an einem weiteren Pädagogikseminar deutlich. Der Seminarleiter sammelte in der ersten Sitzung die Erfahrungen der Studenten aus dem ersten Praktikum an der Tafel, von der Apathie der Schüler bis zur Notengebung, klappte dann die Tafel zu und legte seinen bereits fertigen Seminarplan vor. Seine Bemerkung: „Sie müssen mir schon abnehmen, daß alle Ihre Erfahrungen darin enthalten sind." Die Grundlektüre seines Seminars ist ein völlig neues Buch aus den USA: Thomas Gordon, „Lehrer-Schüler-Konferenz". Folgende Ziele nennt der Verfasser selbst: „Wie kann das Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern verbessert werden? Wie können Desinteresse und Widerstand der Schüler im Unterricht vermieden werden? ... Wie werden Schüler zu Eigenverantwortung und selbständigem Handeln erzogen? Wie können Eltern ihren Kindern bei Schulproblemen helfen?"

Für diese und andere Fragen zeigt Thomas Gordon einen „neuen Weg". Dabei komme es in erster Linie darauf an, daß Lehrer und Schüler lernen müssen, sich als Partner zu begreifen.

Von der Funktion und Aufgabe der Lehrer, die verpflichtet sind, den Notenknüppel zu schwingen, wird abgelenkt. Denn worin soll die Partnerschaft bestehen? Daß Schüler und Lehrer „sich" gemeinsam und im gegenseitigen Einvernehmen Fünfen und Sechsen geben?

Das Geschäft der Verdrehung und Unterdrückung von Erfahrungen der Studenten kann nur mit Zwang gelingen. Nach diesem Semester müssen die Studenten ihr zweites Examen machen mit vier mündlichen Prüfungen und zehn Spezialgebieten sowie einem Überblick über den Stoff der jeweiligen Seminare während der zwei PH-Semester. Viele Seminarleiter haben deshalb ihre Seminare mit „Bemerkungen" zum Examen begonnen. Mit diesem Druck wollen sie den Studenten ihre Seminarbedingungen, die ellenlangen Literaturlisten und die Aufspaltung in Referatgruppen aufzwingen. Es kommt jetzt darauf an, die Begrenzung der Literatur für die Seminardiskussion auf zwei Bücher, die in den Pädagogikseminaren durchgesetzt wurden, auszuweiten auf das Examen insgesamt. – (KSB Göttingen)

Aufruf ehemaliger Polizisten, Grenzschützer und Zeitsoldaten

Wir, ehemalige Zeitsoldaten, Grenzschützer und Polizisten, wenden uns an diejenigen, die heute in der Armee verpflichtet sind und die in Bundesgrenzschutz und Polizei sind.

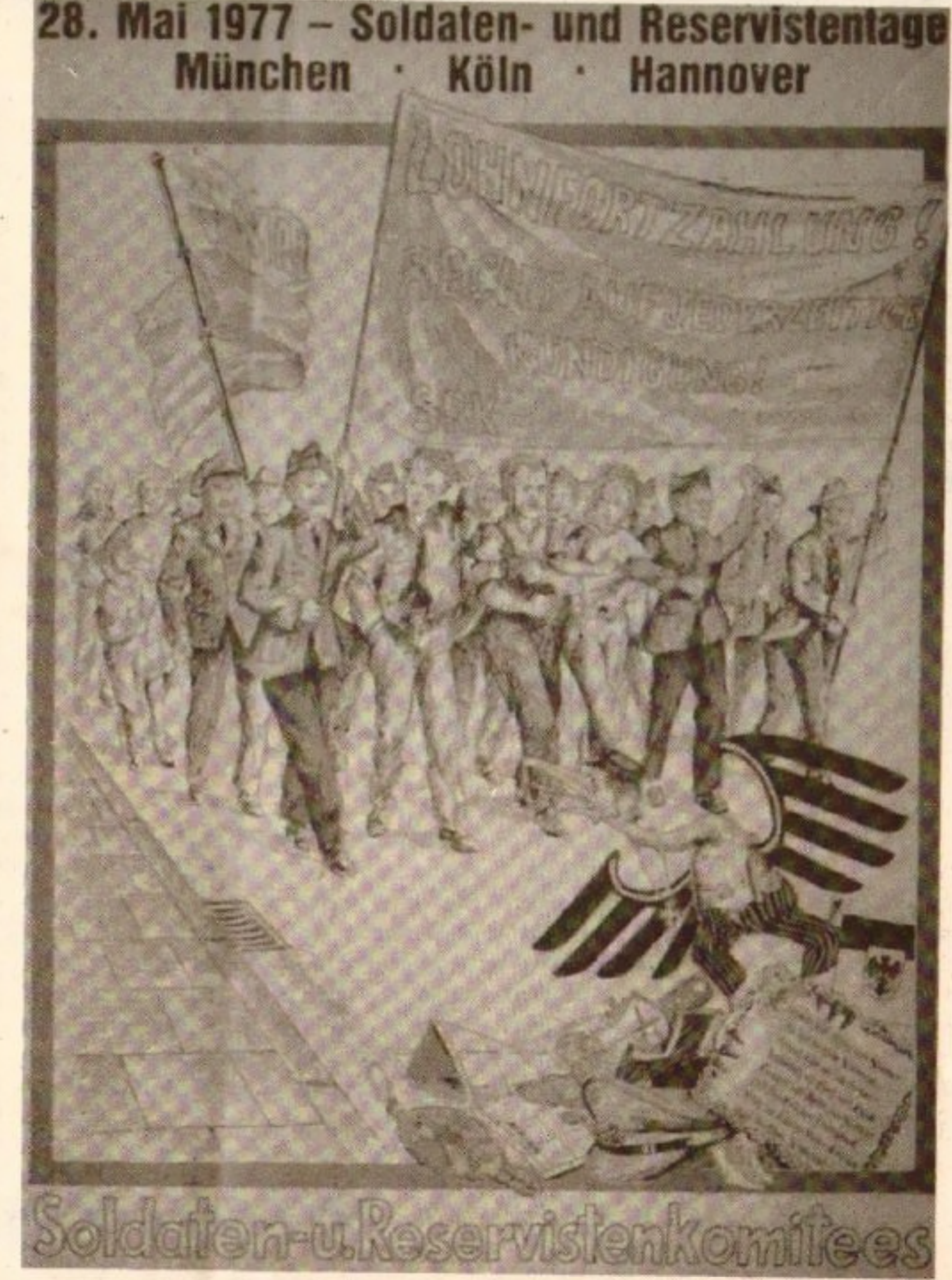
Jeder von uns weiß, was es bedeutet, eingesetzt zu werden gegen das Volk, was es heißt, gegen die Druckarbeiter vorzugehen, die 1976 für mehr Lohn streikten; baden-württembergische Metallarbeiter zu bespitzeln, die im Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen standen;
was es heißt, gegen das Volk in vielen Städten Fahrpreiserhöhungen mit dem Polizeiknüppel durchzusetzen;
auf Anforderung von hochbezahlten Professoren in den Hochschulen gegen die Studenten vorzugehen, die sich gegen Bevormundung und Unterdrückung zur Wehr setzen;
gegen die Arbeiter und Bauern den Bau der Kernkraftwerke zu verteidigen, was allein den Profit der Reichen sichert, die Lebensbedingungen der Besitzlosen aber gefährdet und zerstört;
was es heißt, als Zeitsoldaten auf den Krieg gegen fremde Völker und auf die bewaffnete Niederschlagung des eigenen Volkes vorbereitet zu werden.

Wir wissen aus Erfahrung: Die meisten hassen es, für die Interessen der herrschenden Klasse gewaltsam und auf Befehl mit der Schußwaffe gegen die gerechten Kämpfe der besitzlosen Massen vorzugehen, denen sie sich selbst zugehörig fühlen und deren Teil sie sind.

Kaum einer ist aus freien Stücken Zeitsoldat, Polizist oder Grenzschützer geworden. Getrieben durch den Druck der Arbeitslosigkeit und den Haß auf die Ausbeutung in der Fabrik, gelockt durch versprochene Ausbildungsmöglichkeiten und die Erwartung eines sicheren und ausreichenden Solds, haben wir die Uniform angezogen. Bei den Wehrpflichtigen war es der Hungersold, der sie zur Verpflichtung getrieben hat. Dagegen unterstützen wir die Forderung nach Lohnfortzahlung für die Dauer der Wehrdienstzeit.

Einige glaubten auch, sie könnten in der Polizei oder der Armee dem Frieden oder der Gerechtigkeit dienen.

Doch einmal in Uniform, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Unterwerfung unter das Prinzip Befehl und Gehorsam – oder Bestrafung, Verlust der elementarsten Rechte der Lohnarbeiter wie Koalitionsrecht und Streikrecht, das ist erniedrigend und kann nicht länger hingenommen werden. Wer hätte da noch nicht an Kündigung gedacht? Aber selbst dieses Recht, das den Freien vom Sklaven unterscheidet, gibt es nicht. Wie für alle anderen Lohnabhängigen müssen wir dieses Recht für die Polizisten und Zeitsoldaten erkämpfen. Die völlige Rechtlosigkeit der Zeitsoldaten und Polizisten ist unerträglich. Für die Arbeiterklasse und die Volksmassen ist sie gefährlich. Also muß sie beseitigt werden.



Altenburg Peter, Gefreiter U.A.,d.R., 73. Panzergrenadierbataillon – *Appen Uwe von*, Obergefreiter d.R., 5. Pionierbataillon 6 – *Behn Edwin*, Obermaat d.R., GSVBW 22 – *Beinen Manfred von*, Oberleutnant d.R. – *Berghofer Erich*, Stabsunteroffizier d.R., – *Bergmann Wolf*, Oberleutnant zur See d.R., 2. Schnellbootgeschwader Wilhelmshaven – *Berkling Hans-Jürgen*, Unteroffizier d.R., LeKG 43, Oldenburg – *Braumüller Peter*, Obermaat d.R., Schiffskompanie Kiel – *Breuning Johannes*, Obergefreiter d.R., 3. Batterie Feldartilleriebataillon, Neunburg vorm Wald – *Campen Remo*, Grenztruppjäger, 14. Hundertschaft der Grenzschutzabteilung Gifhorn – *Cordes Willy*, Unteroffizier d.R., Richthofen-Geschwader Wittmund – *Deugler Georg*, Unteroffizier d.R., Fernmeldebataillon 10/2, Sigmaringen – *Dick Franz*, Oberleutnant d.R., 1976 zum Funker degradiert, Fernmeldebataillon 320 – *Erbel Kunibert*, Hauptgefreiter d.R., Marinefliegergeschwader 1 – *Fischer Georg*, ehem. Polizeimeister, Polizeidirektion Hannover – *Frank Helmut*, Stabsunteroffizier d.R., Stabskompanie Jägerbrigade 11 – *Franzen Jens*, Unteroffizier d.R., Panzerbataillon 184, Ausbildungskompanie 10/6 – *Fuchs Peter*, Obergefreiter U.A.,d.R., 2./ATAF (Allied Technic Airforce Tongeren Belgien) – *Greller Karsten*, Polizeihauptwachtmeister, 8. Polizeirevier Stadtpolizei München – *Guder Günther*, Unteroffizier d.R., 2. Luftwaffenausbildungsregiment 5 – *Haas Stephan*, Leutnant d.R., Stabskompanie Panzergrenadierbrigade 16, Flensburg/Weiche – *Hennicke Peter*, Fahnenjunker d.R., 12./Luftwaffenausbildungsregiment 3 – *Heyn Rüdiger*, Grenzoberjäger, 2./GSG 5 – *Hochberger Huno*, Unteroffizier d.R., Jagdbombergeschwader 42 Flugbetriebsstaffel – *Hofstaedter Klaus*, Fähnrich d.R., Luftwaffenausbildungsregiment 1 – *Hoppe Klaus*, Obergefreiter d.R. – *Horn Herbert*, Gefreiter d.R., Raketenartilleriebataillon 250, Großengstingen – *Huber Ulrich*, Fahnenjunker, Panzergrenadierbataillon 122/3, Oberviechtach – *Jutzi Helmut*, Grenztruppenjäger, 8./GSG 6 – *Kaiser Helmuth*, Unteroffizier d.R., Pionierbataillon 12, Speyer – *Kappel Robert*, Obergefreiter d.R. Aufklärungsgeschwader 52 – *Kimpfler Reinhold*, Leutnant d.R., Panzeraufklärerbataillon 4 – *Keller Wolfgang*, Kanonier, Artillerie-Führungs. Regiment 4, Regensburg – *Küpper Franz*, Stabsunteroffizier d.R., Panzeraufklärungsbataillon 1 – *Krone Hartwig*, Leutnant d.R., 5./12. – *Kroth Raimund*, Fähnrich d.R., 2/310 Fernmeldebataillon Koblenz – *Krühler Clemens*, Grenzjäger, 8. GSG 6 – *Kuhlen Rainer*, Panzerschütze, 2. Panzeraufklärungsbataillon 2, Hess. Lichtenau – *Kurmann Franz-Josef*, Obergefreiter d.R., Sektor C, Fernmelderegiment 71 – *Lampe Albrecht*, Stabsarzt d.R., 1./11 – *Lehmann Volker*, Leutnant d.R., 3./214 Panzerkompanie Augustdorf – *Mach Dieter*, Hauptgefreiter d.R., 2. Instandsetzungsbataillon 611 – *Matz Joachim*, Oberleutnant d.R., Sicherungskompanie 2905 – *Meyer Detlef*, Gefreiter d.R., 4./3 – *Meyer Werner*, Grenztruppenjäger 1./GSG 6 – *Mischik Gerhard*, Stabsunteroffizier d.R., Fernmeldeausbildungskompanie Rotenburg/Wimmen – *Münzner Wolfram*, Fahnenjunker d.R., 4./Panzergrenadierbataillon 33 – *Nachtwei Winfried*, Leutnant d.R., Flugkörpergruppe 21, Nörvenich – *Neubauer Dietrich*, ehem. Polizeiwachtmeister, 1. Abteilung Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg – *Norden Hans*, Leutnant d.R., 2./185 – *Obloch Hartmut*, Leutnant zur See d.R., 7. Schnellbootgeschwader – *Peipe Roland*, Leutnant, degradiert zum Unteroffizier, Ausbildungskompanie 3, Varel – *Petersen Gerd*, Leutnant d.R., 3./Panzerartilleriebataillon 165 – *Quarre Joseph*, Fähnrich d.R., Schweres Fernmeldebetriebsbataillon Kastellaun – *Reincke Gerd*, Gefreiter d.R., Panzerpionierkompanie 160 – *Rieken Wilfried*, Grenztruppenjäger, 2./GSG 5 – *Riesebieter Bernd*, Leutnant d.R. – *Roeb Wolfgang*, Leutnant d.R., Stab 2, LwPk, Regiment I, Erding – *Roth Wolfgang*, Gefreiter d.R. 2. Fernmeldebataillon München – *Sänger Joachim*, Leutnant d.R., 1./III 330 Fernmeldebataillon Koblenz – *Sauer Rolf*, Gefreiter U.A.d.R. 152./Panzergrenadierbataillon – *Schäfer Carl Hermann*, 2./Grenzschutzfernmeldeabteilung Bonn – *Schlegel Reinhard*, Leutnant d.R., 5. Kompanie Schweres Pionierbataillon 110 Minden/Westf. – *Schmortte Hartwig*, Grenztruppenjäger, Grenzschutzabteilung (GSA) II/8 – *Schneider Jürgen*, Seekadett, Marineoffiziersschule Flensburg/Mürwick – *Sell Wilfried*, Grenztruppenjäger, Grenzschutzabteilung IV/6, 16. Hundertschaft – *Sturm Wolfgang*, Gefreiter d.R., PSV Kompanie 181 – *Thünel-Schoenborn Bernhard*, Obergefreiter U.A.d.R., 3. Versorgungsbataillon 12 Veits-Höchheim – *Walther Peter*, Obergefreiter d.R., Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg – *Wehmaier Andreas*, Hauptgefreiter d.R., 1. gem. Instandsetzungsbataillon 120 Bielefeld – *Werner Roland*, Wachtmeister, 6. Hundertschaft 2. Abteilung der Bereitschaftspolizei Baden-Württemberg, Göppingen – *Widzgowfki Rainer*, Oberleutnant d.R., 2. Jägerbataillon 721, Emden – *Wissmann Dieter*, Obergefreiter d.R., Flugabwehrbataillon 6 – *Woweries Reiner*, Unteroffizier d.R., Mat. Hpt. Dp. 2 – *Ziegler Klaus-Dieter*, Leutnant d.R., 5. Raketenartilleriebataillon 32

Abenteuer in den Savannen Afrikas

Unter der Überschrift **„Die Abenteuer von zwei Fallschirmjägern in den Savannen Afrikas"** berichtet *„bundeswehr aktuell"* vom 17.3.77 über die „Expedition" zweier Unteroffiziere – Fallschirmjäger und Einzelkämpfer – im Gebiet zwischen den sudanesischen Tudds und der ugandischen Grenze. In einem Gebiet, wo der Stamm der Boyas lebt, der „weder missioniert noch unter Regierungskontrolle" ist. In diesem Bericht heißt es u.a.: „Der Rückweg nach Juba wurde dramatisch. Die drei Deutschen gerieten in den Februar-Putsch der Anyanyas, der Rebellen des Südsudans. Der Landrover, der die Kolonne anführte, wurde von Regierungssoldaten unter Feuer genommen. Drei Sudanesen starben auf den von Projektilen zerfetzten Autositzen. Der zweite Wagen, in dem die Deutschen saßen, stoppte abrupt. „Es war ein Mißverständnis", hieß es später in Juba. „Ihr habt eine Straßensperre übersehen, und so haben euch die Soldaten für Anyanyas gehalten." Man soll sich daran gewöhnen, daß Bundeswehrsoldaten in Afrika „Expeditionen" machen.

„Sollen die Fahrkarte abholen"

Hannover. Bei VAW-Leichtmetall Hannover werden die Lehrlinge, wenn sie ausgelernt haben, drei Monate übernommen („in der Regel", wie die Geschäftsleitung sagt, die sich weigert, die entsprechende „Betriebsvereinbarung" bekanntzugeben.). Wer danach zur Bundeswehr eingezogen wird, kann nach dem Bund noch ein halbes Jahr bei VAW arbeiten, ehe er auf die Straße geschmissen wird. In seinem Lernberuf wird er dann nicht eingestellt, sondern in Akkord- und Schichtarbeit gesteckt und von Abteilung zu Abteilung gereicht.

Ein Arbeiter, dem es so ergangen ist, berichtete folgendes: „Vor kurzem habe ich vom Bund eine Bahnkarte geschickt bekommen, mit der man im „Ernstfall" an den Sammelpunkt kommen soll. Ich hab mich dann mit einem Freud zusammengesetzt und einen Brief aufgesetzt. Ich habe denen geschrieben, daß ich zur Zeit 600 DM auf dem Konto habe, daß ich durch den Bund in die beschissene Lage gekommen bin und nicht bereit bin, das hier zu verteidigen. Die solln sich ihre Fahrkarte bei mir wieder abholen."

Schwierigkeit mit Befehl und Gehorsam

Hof. Es gibt eine ZDV (Zentrale Dienstvorschrift), in der die „Grußordnung" befohlen wird. Vom Unteroffizier aufwärts muß militärsich gegrüßt werden. Das soll die Unterwerfun g der Soldatenmassen unter ihre Vorgesetzten zum Ausdruck bringen. Es soll auch einen Keil zwischen Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere treiben. Die Spaltung zwischen Unteroffizieren und Mannschaften dient aber nur der Armeeführung. Zunehmend fester entwickelt sich in den täglichen Kämpfen gegen die Unterdrückung der Soldatenmassen der Zusammenschluß von Unteroffizieren und Mannschaften gegen die hohen Offiziere. Ein Ausdruck davon ist die ständig wachsende Mißachtung der Grußordnung. Es häufen sich die Berichte von Soldaten, daß überall besondere Befehle erlassen werden, die Grußpflicht auch gegenüber Unterof- die Grußpflicht auch gegenüber Unteroffizieren einzuhalten. Unlängst gab diesen Befehl auch Major Stolz, der Kompanie-Chef der 16. Kompanie des Fernmelderegiments 32 in Naila (Hof) bei einer Parole. Eine Woche reichte, um ihn davon zu überzeugen, daß es zwecklos ist. Nach einer Dienststellenleiterbesprechung hieß es offiziell: „Sie wissen, daß sich der Chef über die Mißachtung der Grußordnung beklagt hat. Da die vollständige Beachtung kontrollieren ist, hat er befohlen, daß zumindest alle Offiziere sowie der Spieß jederzeit und an jedem Ort militärisch gegrüßt werden. Und das wird kontrolliert." Offiziere gibt es in Naila ein halbes Dutzend. Denen geht man sowieso aus dem Weg, wo man kann.

Sind die Soldaten mit der Kantinenreform zufrieden?

Zum Bericht des Wehrbeauftragten

Schwanewede. Der Wehrbeauftragte Berkhan schreibt in seinem Jahresbericht an den Deutschen Bundestag, daß die Zielvorstellungen der Kantinenreform verwirklicht worden seien. Er schreibt, daß es im Laufe des Jahres 76 noch eine Reihe von Eingaben gegeben hat, weil am Anfang die Situation noch unbefriedigend gewesen sei. „Diese und andere Unzulänglichkeiten führten dazu, daß das Grundsortiment zum 1. Juli 1976 erweitert wurde." „Da mich seit dem 1. Juli 1976 kaum noch Eingaben mit kritischen Äußerungen zum Warenangebot des Grundsortiments sowie zur Preisgestaltung erreichten, gehe ich davon aus, daß die Soldaten zur Zeit zufrieden sind."

Kaum zu glauben, daß die Soldaten mit den Kantinenpreisen, ihren Pächtern, dem Inventar usw. nun zufrieden sind. Sind sie auch nicht. Es ist vielmehr so, daß sie davon absehen, Eingaben, Beschwerden zu schreiben, weil sie sehen, das bringt keine eindeutige Veränderung. Die Soldaten aus Schwanewede, Nähe Bremen, greifen deshalb zu handfesten Kampfmethoden. In der Schwanewede Kaserne gab es immer zwei Kantinenpächter, wobei der eine immer 5-10 Pfennig teurer gewesen ist als der andere.

Die Lage ist so gewesen. Sie haben jetzt einen anderen Wirt, weil der Widerstand den alten Kantinenwirt vertrieben hat. Anfangs wurden die Zigaretten auf dem Fußboden ausgedrückt, trotz Aschenbecher. Dann auf der Tischkante usw. Die Gläser wurden nicht abgegeben, sondern fielen „aus Versehen" auf den Boden. Man warf auch mit Gläsern und Flaschen an die Wand. Den Höhepunkt brachten die Soldaten, die im März entlassen wurden. Sie schlugen dem Kantinenpächter sämtliche Fensterscheiben seines Flachbaus ein. Der Kasernenkommandant sah sich nun gezwungen, um „Ruhe und Ordnung" zu schaffen, den Kantinenwirt abzulösen.

Eine andere Form des Kampfes ist, zu versuchen, den Kantinenpächter zu umgehen, indem man einen täglichen Einkaufsdienst organisiert, der außerhalb der Kaserne einkauft. Dies wurde in der Bremervörder Vörde-Kaserne gemacht. Die kasernierten Unteroffiziere und Mannschaften versorgten sich so selbst. Eine Untersuchung ergab, daß Getränke, Süßigkeiten usw. außerhalb der Kaserne 50-70 Pfennig billiger waren. Eine weitere Plünderung der Soldaten ist, auch mit der Kantinenreform eingeführt, die Verpflichtung der Soldaten, bei Feierlichkeiten wie Einstand, Ausstand, Beförderung, Heirat usw. die Getränke vom Kantinenpächter zu beziehen. Passiert dies nicht, so gibt das Ärger mit dem Kasernenkommandanten. Dafür aber ist jede Kompanie am Umsatz der Kantine mit 2 % beteiligt. Dies Geld nimmt der Kompaniechef in Verwahrung. In die Kompaniekasse. Was macht er mit diesem Geld? Er läßt den Fernsehraum der Kompanie mit Holz täfeln, so in Bremervörde. Oder er läßt den Block streichen, wie in Nordholz. Auf jedenfall läßt er es nicht unmittelbar den Soldaten zur Verfügung, die da den Umsatz in die Höhe treiben.

Das Bundesverteidigungsministerium hat die Kantinenreform genutzt, die Soldaten weiter in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. Die Kantinenreform wurde als gegen die Pächterwillkür gerichtet verkauft. Die Soldaten wissen, besonders die Längerdienenden, die Lage ist schlechter als vorher.

Das Bundesverteidigungsministerium und der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, meinen wohl nun, daß die Soldaten ruhig geworden sind, bloß weil sie keine „Eingaben" mehr machen. Sie meinen auch deshalb, daß die Situation günstig ist, die Preise des Grundsortiments zum 1. Juli gleich wieder zu erhöhen. Aber ob solche Vorhaben gelingen, hängt nicht allein vom Verteidigungsministerium ab, sondern auch von den Soldaten, die auf diese Kantinen angewiesen sind. – (t, SRK Bremen)

„Wenn es ein Kündigungsrecht für Zeitsoldaten gäbe, wäre ich schon längst abgehauen"

Was hast Du vor dem Bund gemacht?

Ich habe drei Jahre Binnenschiffer gelernt, dann bin ich gegangen, dann zum Bau und habe auch kurz bei VW gearbeitet. 1972 wurde ich dann zum Bund eingezogen.

Warum hast Du Dich verpflichtet?

Ich hatte eine Frau und ein Kind zu versorgen, mußte mir Möbel anschaffen und eine Wohnung unterhalten. 165 Mark kriegte ich und knapp 500 Mark meine Frau an „Unterhaltssicherung". Davon kann man nicht leben, und da habe ich mich halt verpflichtet auf vier Jahre, unter der Voraussetzung, daß ich rasch zum Uffz-Lehrgang komme und die Lehrberechtigung Sturmboot kriege und eine Umschulung.

Und warum hast Du Dich weiter verpflichtet?

Zum einen, weil das mit der Umschulung nicht klappte. Ich habe mich dann auf zwölf Jahre verpflichtet unter der Voraussetzung, daß ich rasch Feldwebel werde. Das habe ich inzwischen schon abgeschrieben. Denn Planstellen gibt es nur wenige, und, da ich „nur" Volksschulbildung habe, nehmen die natürlich eher Leute mit höherer Schulbildung. Das ist ein enormer Konkurrenzkampf unter den Unteroffizieren um die Planstellen. Wer am meisten kriecht und sich am meisten unterdrücken läßt, kommt zum Lehrgang.

Gleichzeitig versucht man, uns von den Mannschaften abzuspalten. Ich bin schon mehrfach verwarnt worden, weil ich mich mit den Mannschaftsdienstgraden duze. Andere werden verwarnt, weil sie nicht genug Druck an die Untergebenen verteilen.

Was sagst Du zu der Forderung nach Lohnfortzahlung während der Bundeswehrzeit und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten?

Wenn es ein Kündigungsrecht für die Zeitsoldaten gäbe, wäre ich schon längst abgehauen. Ich habe die Schnauze voll, hier die Knochen hinzuhalten für ein paar Geldsäcke, die sich in der Schweiz oder sonstwo die Eier schaukeln.

Die Forderung nach Lohnfortzahlung ist richtig. Wir müssen die Bezahlung unserer Arbeitskraft erkämpfen. Lohnfortzahlung und Kündigungsrecht müssen durchgesetzt werden, besonders von den Arbeitern draußen unterstützt werden. Notfalls mit Streik. – (aus: Volksmiliz 1/77, Holzminden)

Kämpfe im Südlibanon und Kriegsvorbereitung der Zionisten

In der letzten und Anfang dieser Woche haben sich israelische Truppen mit Artilleriefeuer direkt an den Kämpfen im Südlibanon beteiligt. Die Stadt Nabatiye wurde am 12. April mit 150-mm-Geschossen und Phosphorbomben beschossen. Über die Bewaffnung für solche Geschosse verfügen die Truppen der libanesischen Reaktion nicht. Den Vormarsch der palästinensischen Befreiungskämpfer und der verbündeten libanesischen Milizen aufzuhalten gelang ihnen nicht. Der Versuch der Reaktionäre, die Stadt Taibeh zurückzuerobern und damit in der Beherrschung des südlichen Libanon einen entscheidenden Schritt voranzukommen, ist gescheitert. Bis auf die Orte Kleya und Marjayoun haben die fortschrittlichen libanesischen Milizen und die Palästinenser das Land militärisch unter Kontrolle.

Die Zionisten haben mit offener Intervention gedroht. Am 13. April erklärte der israelische Außenminister Allon, Israel werde Angriffe auf befreundete Christenortschaften nicht hinnehmen. „Auch Israel wünsche keine Eskalation der militärischen Situation", wird Allon von der „Frankfurter Rundschau" zitiert. „Allon setzte hinzu, daß die Christen im Südlibanon zwar gut ausgerüstet und ausgebildet seien und einen

> „Für uns ist die einzige friedliche Lösung die Errichtung des demokratischen Staates Palästina"
>
> Aus einem Gespräch mit Abu Ramzi und Sami Fayez Musallam, Leiter und stellvertretender Leiter der PLO-Mission in Pe-
> tretender Leiter der PLO-Mission in Pe-king
>
> **In: Kommunismus und Klassenkampf, Nr. 2/1977**

,heroischen Kampf' führen. ,Wir als Juden können jedoch Massaker' an christlichen Dorfbewohnern ,nicht dulden'. Auch werde Israel keine Einmischung in die ,humanitären Aktivitäten einer Politik des offenen Zaunes gegenüber Libanon' zulassen." (Frankfurter Rundschau, 14.4.)

Allon muß es wissen, was die Ausrüstung und Ausbildung der reaktionären Truppen angeht. Schließlich haben die Zionisten sie durchgeführt. Die „Politik des offenen Zaunes" besteht darin, daß die Zionisten das Nachschubproblem für die reaktionären Truppen direkt über die Grenze regeln. Das posaunen sie groß heraus als „humanitäre Hilfe".*

Die US-Imperialisten und ihre Kettenhunde im Nahen Osten, die Zionisten, bereiten den Krieg vor. Dazu gehören diese Drohungen, dazu gehört auch, daß die US-Imperialisten sich „nur beschränkt einverstanden erklären" mit Allon und „beruhigend auf alle Beteiligten einwirken" wollen. Das ist der Rauchvorhang. Ihr Außenposten, der sich immer mehr unter dem Druck des Kampfes der arabischen Völker zersetzt, muß gefechtsklar gemacht werden. Rabin ist ausgewechselt worden. Die imperialistische Presse ist sich einig darüber, daß der bisherige Verteidigungsminister Peres der richtige für den Krieg ist. Der „Spiegel" zitiert ihn: „Mir sind die Zylinder von Panzermotoren lieber als die von Diplomaten". Als früherer Chefeinkäufer für Waffen und Verteidigungsminister hat er die nötigen Kenntnisse. Durch Krieg wollen die Imperialisten ihren Brückenkopf aus der Umklammerung befreien. Der Versuch wird mißlingen.

* Allon ist übrigens genau der richtige Mann für solche humanitären Appelle. Wie auch der künftige Ministerpräsident Peres war er Mitglied der Haganah, einer zionistischen bewaffneten Organisation zur Vertreibung der Araber vor der Gründung des Staates Israel und war Mitgründer der PALMACH, einer Terrortruppe der Haganah. In einem von der israelischen Botschaft herausgegebenen Lebenslauf aus dem Januar 1975 heißt es: „Als Befehlshaber mehrerer wichtiger Frontabschnitte bewirkte er unter anderem die Befreiung von Ost-Galiläa und leitete die Entlastungsoperation, die Jerusalem aus der Belagerung enthob." Es handelt sich bei der „Entlastungsoperation" um die versuchte völlige Zerstörung sämtlicher arabischer Dörfer um Jerusalem, um die Einnahme Jerusalems vorzubereiten. Die „Befreiung von Ostgaliläa" ist die – nach Allons eigenen Worten – „Säuberung" von Arabern gewesen. Allon selbst beschreibt stolz in einem Buch über die PALMACH, wie er das Gerücht unter der arabischen Bevölkerung verbreiten ließ, daß alle arabischen Dörfer verbrannt würden und die Bewohner fliehen sollten, solange Zeit dazu bliebe.



Weder die Wahlbetrugsmanöver der spanischen Regierung noch ihre Unterdrückungsmaßnahmen können die Entfaltung der Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse verhindern. Dem Aufruf der Gewerkschaften zu einem Kampftag für Gewerkschaftsfreiheit folgten Hunderttausende Arbeiter im ganzen Land. In zahlreichen Städten fanden Demonstrationen statt, an denen insgesamt trotz Demonstrationsverbot über 100 000 Menschen teilnahmen. Trotz Einsatz von Tränengas und Rauchbomben, trotz Massenverhaftungen gelang es der Polizei nicht, die Demonstrationen aufzulösen. Die Welle der Kämpfe erfaßt immer mehr Lohnabhängige. Seit letzter Woche streiken die Feuerwehrleute in Madrid für die Anerkennung ihrer gewählten Obleute. Die Regierung setzt Militär ein, um den Streik der Feuerwehrleute zu brechen.

„... da bin ich sofort aus der Armee rausgegangen"

Interview mit einem ehemaligen Soldaten der britischen Besatzertruppen

Wo lebtest du, bevor du zur Armee gingst?

Also, ich lebte in Jamaica und kam nach England, um eine Schule zu besuchen. Dann habe ich Arbeit gesucht. Eine Lehrstelle habe ich nicht gefunden, weil ich Farbiger bin. Zuerst hatte ich noch etwas Geld, dann habe ich Arbeitslosenunterstützung beantragt. Das war nicht viel. Da ich ein Zimmer mit einem anderen Kollegen geteilt habe, war es mir gerade möglich, von dem Geld zu leben, was ich bekommen habe.

Warum bist du dann zur Armee gegangen?

Aus diesen Gründen, weil das Land mir nicht gefällt, bin ich dann zum Militär gegangen. Ich wollte weg aus England. So bin ich nach Celle gekommen.

Hattest du keine andere Möglichkeit, aus England wegzukommen?

Nach Hause wollte ich nicht wieder zurück, da war ich ja gerade hergekommen. Die anderen Länder Europas kannte ich noch nicht.

Warum hast du dann nach zwei Monaten die Armee schon wieder verlassen?

Für mich sah ich in dem Militär keinen Sinn. Ich sah keinen Sinn in der Einheit, wo ich gewesen war, und die Autorität, die die da hatten, hat für mich überhaupt keinen Sinn gehabt. Und irgendwas zu vertreten, wo ich nicht dran glaube – da konnte ich nicht im Militär bleiben, da bin ich sofort aus der Armee rausgegangen.

Kannst du noch etwas erzählen über deine Schwierigkeiten, vom Militär wieder loszukommen?

Schwierigkeiten gab es. Ich war ein guter Sportler. Die wollten mich nicht freiwillig so schnell gehen lassen, mit dem Argument, daß ich zwei Jahre bleiben muß. Danach könnte ich mich freikaufen. Ich habe abgelehnt und gesagt, ich habe mein Geld bezahlt, dann will ich auch hier in Europa bleiben und nicht zurück nach England gehen.

Hattest du kein Kündigungsrecht?

Nein. Nach zwei Jahren mußte ich 2000 DM bezahlen, um frei zu kommen. Ich hatte für neun Jahre unterschrieben, weil es für sechs Jahre weniger Geld gibt.

Welche Versuche hast du unternommen, vom Militär loszukommen?

Ich habe mehrere Versuche unternommen. Ich bin ohne Erlaubnis weggegangen, über den Zaun gesprungen, habe Befehle verweigert, ich habe alle möglichen Versuch unternommen, sie haben mich nicht eingesperrt. Dann ist mein Vater gestorben. Ich mußte eigentlich nach Hause gehen, aber sie haben mich nicht geschickt, weil sie wußten, daß ich nicht wiederkommen würde. Dann habe ich für drei Wochen die Uniform ausgezogen, sie haben mich nicht eingesperrt. Das einzige war, als ich tätlich wurde gegenüber einem Unteroffizier, da haben sie mir 14 Tage Arrest gegeben.

IWF-Kredit für Italien

Unterordnung der italienischen Bourgeoisie unter die US- und BRD-Imperialisten

Der Internationale Währungsfonds IWF hat dem italienischen Staat nach langem Feilschen einen weiteren Kredit eingeräumt. „Die 530 Millionen US-Dollar, die Italien vom IWF (...) erhalten soll, sind eine relativ geringe Summe", schreibt das „Handelsblatt" (1./2.4.77). Dies vor allem angesichts der fast 20 Milliarden US-Dollar, mit denen Italien inzwischen gegenüber dem Ausland verschuldet ist. „Diesem Kredit kommt (...) in erster Linie psychologische Funktion zu." Offen gibt die westdeutsche Finanzbourgeoisie zu: „Der IWF ist als Sachwalter für die Kapitalgeber (in erster Linie von den USA und der BRD, die den IWF als ein Instrument ihres Kapitalexports einsetzen) eine Art Weltfinanzpolizei." (Handelsblatt, 1./2.4.77)

Über das Feilschen um den Kredit sollte einmal mit Hilfe der Revisionisten und Reformisten die Verbesserung der Bedingungen der Profitmaximierung in Italien durch die verschärfte Ausplünderung der italienischen Arbeiterklasse durchgesetzt werden und zum anderen die Anerkennung der Hegemonie der US- und BRD-Imperialisten durch das italienische Monopolkapital, die Abführung eines erheblichen Anteils der Beute an das ausländische Kapital. Das ist der wesentliche Inhalt der Vereinbarung.

Zur Annahme dieser Bedingungen ist die italienische Bourgeoisie gezwungen, weil die kapitalistische Krise in Italien sich während des vergangenen Jahres rapide weiter verschärfte und sie auf Kredite der imperialistischen Konkurrenten angewiesen ist, beim Versuch, wieder größere Machtanteile auf dem imperialistischen Weltmarkt zu erringen.

Das Außenhandelsdefizit ist von 1975 2 333,17 Milliarden Lire auf 5 401,72 Milliarden Lire, also um mehr als das Doppelte gestiegen. Die Terms of Trade auf dem Weltmarkt haben sich für das italienische Kapital weiter zu Ungunsten entwickelt. Während die imperialistischen Konkurrenten ihre Importwaren nach Italien um 25,1 % verteuerten, vermochten die italienischen Monopolkapitalisten ihre Waren im Durchschnitt nur zu 20,4 % höheren Preisen im Ausland loszuschlagen. Das, obwohl die Lira im letzten Jahr um über 30 % abgewertet wurde. Die Inflationsrate, die 1976 im Jahresdurchschnitt 20 % betrug, stieg im Februar 1977 sogar auf 2,3 %. Genauso nahm die Arbeitslosigkeit weiter zu.

Die Krise des italienischen Imperialismus nutzen auch die Sozialimperialisten, um einen Anteil an der Ausbeutung der italienischen Arbeiterklasse zu ergattern. Im vergangenen Jahr stiegen ihre Exporte nach Italien um 94 % auf 1140,38 Milliarden Lire (1975 – 587,36 Milliarden Dabei lassen sie die italienische Bourgeoisie ihre Exporte selber kreditieren.

„Der sowjetische Außenhandelsminister Komarow verhandelt über einen neuen Kredit Italiens in Höhe von mindestens 650 Millionen US-Dollar zur Finanzierung italienischer Exporte in die Sowjetunion", berichtet „Blick durch die Wirtschaft".

Die italienische Bourgeoisie wurde durch die den IWF kontrollierenden US- und BRD-Imperialisten sogar gezwungen, schriftlich ihre Unterwerfung unter ihre Hegemonie anzuerkennen. Das demütige Schreiben der italienischen Regierung wurde am 14.4.77 von der bürgerlichen „Corriere della Sera" veröffentlicht.

> „Lieber Herr Witteveen," schrieb da der italienische Finanzminister Gaetano Stammati an das Management des IWF, „mit dem vorliegenden Schreiben bittet die italienische Regierung den Internationalen Währungsfonds um eine standby-Vereinbarung, nach der die italienische Regierung für die Periode, die am 31. Dezember 1978 endet, das Recht haben wird, vom Fonds Währungen anderer Mitglieder im Austausch gegen Lire zu kaufen, bis zu einem Betrag, der 450 Sonderziehungsrechte entspricht..."

Nach einer Reihe konkreter Maßnahmen, zu denen sie sich verpflichtet, akzeptieren sie die permanente Einmischung der US- und BRD-Imperialisten. Das Schreiben endet:

> „Die Regierung wird sich mit dem Fonds (IWF) konsultieren über die Ergreifung jeder Maßnahme, die notwendig wird. In jedem Fall müssen die italienischen Behörden bis April 1978 ein Übereinkommen mit dem Fonds sichern über ihre wirtschaftspolitischen Absichten für die restliche Periode der Vereinbarung. Herzliche Grüße,
>
> gez. Gaetano Stammati"

Die konkreten Maßnahmen, zu denen sich die italienische Regierung schriftlich verpflichtet, sind u.a.: *Sicherstellung der Rückzahlung der alten Schulden durch Verringerung der Staatsausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Ausplünderung der Arbeiterklasse über die Steuern und Preiserhöhung als erstes Strom, Gas, öffentliche Verkehrsmittel, Zeitungen. Steigerung des Profits der Kapitalisten* durch die „Übertragung eines Teils der Soziallasten, die zu Lasten der Arbeitgeber gehen, von den Unternehmen auf den Staatshaushalt", das heißt auf die Arbeiterklasse. Rationalisierungen, Verschärfung der Arbeitshetze und Ausdehnung des Arbeitstages.

Durch die Fortsetzung der „restriktiven Kreditpolitik" mit Zinssätzen von 20 bis 24 % soll die *Operationsfähigkeit des italienischen Kapitals weiter eingeschränkt und* zusammen mit der Verpflichtung, keine Maßnahmen zur Devisenausfuhr oder Importbeschränkung zu ergreifen, Italien dem Waren- und Kapitalexport der US- und BRD-Kapitalisten noch mehr ausgeliefert werden. So berichtet das „Handelsblatt" denn auch Anfang April:

„... Neue internationale Kredite (über den jetzigen hinaus) sind ... für Italien eine lebenswichtige Frage. Von der Europäischen Gemeinschaft hofft Italien ebenfalls einen weiteren Kredit zu erhalten. Auch dieser Kredit, der ebenfalls in erster Linie von der Bundesrepublik finanziert werden müßte, kann nach allgemeiner Auffassung erst dann zugesagt werden, wenn der IWF sein Plazet gegeben hat." (Handelsblatt, 1./2.4.77)

Die Maßnahmen zur weiteren Verschärfung der Ausplünderung der italienischen Arbeiterklasse, die bereits am Ende der Einkommensliste der westeuropäischen Arbeiter rangiert, erfolgt mit Hilfe der Revisionisten, die die Gewerkschaftsführung kontrollieren und dem „Kompromiß" mit der Regierung zugestimmt haben. Er beinhaltet die Zusage, sich dafür einzusetzen, daß die Arbeiterklasse die Mehrwertsteuererhöhung, verstärkte Besteuerung betrieblicher Zusatztarife, Erhöhung von zunächst Strom, Gas, Zeitungen und Verkehrstarifen ohne Widerstand hinnimmt. „Es sei um Pfennige und hundertstel Punkte" mit den bürgerlichen Gewerkschaftsführern „gefeilscht worden", kommentiert das „Handelsblatt". Es rät jetzt zum Zulangen. In Rom könnten die Verkehrsbetriebe jetzt „endlich den Billetpreis erhöhen. Klingeling." (4.4.77)

Die italienische Arbeiterklasse ist aber immer weniger bereit, sich durch die Revisionisten und Reformisten und ihre „Lohngleitpolitik" fesseln zu lassen. Sofort nach Bekanntwerden des Verhandlungsergebnisses, das u.a. den Beschlüssen der Vertrauensleutekonferenz im Januar in Rom widerspricht, hat sich in den Betrieben und Gewerkschaften eine breite Bewegung zum Sturz der Vereinbarung entwickelt. In Mailand ergriffen Fabrikräte die Initiative zu einer öffentlichen Versammlung von Vertrauensleuten am 6.4.

Mehr als 300 Fabrikräte schlossen sich der Initiative an, mehr als 100 weitere Fabriken sandten Grußadressen. Im Beschluß der Versammlung wird betont, daß die Arbeiterklasse für den Lohn und gegen die staatliche Plünderung kämpfen muß, wenn sie das ganze Volk im Klassenkampf führen will. Gefordert wird die sofortige Einberufung einer erneuten nationalen Vertrauensleuteversammlung mit mindestens 6 000 Delegierten.

Die Revisionisten und Reformisten in der Gewerkschaftsführung sind gezwungen, sich etwas von ihrer Kumpanei mit der italienischen Bourgeoisie und den diversen Imperialisten im Ausland abzusetzen, sie erklären jetzt, die Regierung sei über die Vereinbarungen vom 30.3. hinausgegangen und reden von der Möglichkeit eines Generalstreiks. Gleichzeitig versucht die italienische Regierung sie wieder einzukaufen, indem sie die Beteiligung der Revisionisten an der Geschäftsführung des italienischen Imperialismus ins Gespräch bringt. – (Z-Red.)

Englische Arbeiter im Kampf um den Lohn gegen den „Sozialpakt"

„Lib-Lab hier und Social Contract dort, ein gespaltenes Kabinett und eine gespaltene Fraktion – das Spiel mit diesen Elementen verlangt den vollen Einsatz taktischer Kunstgriffe, um das kunstvolle Kartenhaus nicht einstürzen zu lassen", schreibt die „Süddeutsche Zeitung" am Wochenende zur gegenwärtigen Lage in England.

Wackelig wie ein Kartenhaus steht in der Tat die sozialliberale Regierung, wenn es ihr nicht gelingt, die Pläne der englischen Finanzbourgeoisie durchzusetzen. Auf wackeligen Beinen stehen die Expansionspläne der Finanzbourgeoisie, die sie nur durchführen kann, wenn sie die Lebenslage der englischen Arbeiter weiter drückt, die Ausbeutung verschärft und die Löhne senkt. Der Sozialpakt, eine Vereinbarung zwischen Regierung und Gewerkschaften zur Begrenzung der Löhne nach oben, soll verlängert werden.

„Sollte sie (die Regierung) diesen Kampf verlieren, würden sich ihre Aussichten auf ein weiteres Verbleiben im Amt erheblich verschlechtern", stellt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" dazu fest. Welche Aussichten auf eine Verlängerung des Lohnraubabkommens bestehen, charakterisiert der englische Finanzminister Healey: „Ich bin mehr entschlossen als zuversichtlich." Die Gewerkschaftsführung kann unter dem Druck der Arbeiter nicht mehr offen für den Sozialpakt auftreten. Jack Jones, Gewerkschaftsführer der Transportarbeiter, Wortführer des Sozialkontrakts und Ausrufer des „Jahrs der Biber", will den Arbeitern einen Kuhhandel anbieten und preist ihnen Preisstopp bei Verlängerung des Pakts an.

„Den dramatischen Hintergrund", schreibt die „Frankfurter Allgemeine" weiter, „liefern die Arbeitskonflikte in Port Talbot, wo 500 Elektriker vor drei Wochen ein Stahlwerk mit 3 Millionen Kapazität zum Stillstand gebracht haben, auf dem Heathrow, wo British Airways nur die Hälfte ihrer Flüge in die Luft bringt, und lieferten vor einigen Wochen die Werkzeugmacher von British Leyland."

Die Elektriker von Port Talbot fordern höhere Löhne und Angleichung an die Löhne anderer Facharbeiter im Stahlwerk. Sie erhalten zum Beispiel 10 Pfund weniger als die Techniker.

„Erst vor zwei Wochen hatte der Konzern beschlossen, die Kapazitäten in Port Talbot von 3 auf 6 Millionen Tonnen pro Jahr auszubauen. Die Leistung sollte dabei von jährlich 230 Tonnen je Arbeiter auf die ‚japanische Norm' von 500 Tonnen erhöht werden." (Handelsblatt, 5. April)

Mit ihrem Streik haben die Elektriker die Produktion bereits weitgehend lahmgelegt. 7 000 Stahlarbeiter können nicht weiterarbeiten. Die Kapitalisten hatten daraufhin die Arbeiter im Werk Talbot ausgesperrt. Sie hatten gehofft, den Streik zersetzen zu können, bis die Lagerbestände abgebaut sind. Jetzt werden wahrscheinlich auch die 8 000 Arbeiter in Llanwen und 5 000 Zinnplattenarbeiter in den Werken in Llanelli und Swanson nicht weiterarbeiten können.

Täglich verliert der Konzern durch den Streik 1,25 Millionen Pfund. Am 15. April haben die Elektriker auf einer Versammlung beschlossen, den Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen fortzusetzen.

Auch die 4 000 Mechaniker der British Airways in Heathrow wollen weiterstreiken. Die Geschäftsleitung hatte über 1 000 von ihnen entlassen und ständig mit weiteren Entlassungen gedroht. Die Mechaniker haben jedoch erneut den Aufruf der Gewerkschaftsführung, zur Arbeit zurückzukehren, abgelehnt. Die Mechaniker fordern höhere Löhne und Schichtzulage bei Nachtschicht.

„Sie revoltieren ebenfalls gegen die offizielle Politik ihrer Gewerkschaften", registriert die Zeitschrift „Economist", besorgt darüber, daß es den Sozialdemokraten zunehmend weniger gelingt, die Arbeiter an die Kapitalisten und ihren Staat zu fesseln.

Ende der letzten Woche traten die Werkzeugmacher bei Ford in Halewood in den Streik. Die Ford-Kapitalisten hatten acht Arbeiter, die „unerlaubt" zu früh bei Feierabend ihren Arbeitsplatz verlassen hatten, für 24 Stunden ausgesperrt, als „disziplinarische Maßnahme", wie die Geschäftsleitung das bezeichnete. Daraufhin sind alle Werkzeugmacher in den Streik getreten.

Die Hubschrauber-Piloten der British Helicopter in Aberdeen traten Ende letzter Woche in den Streik gegen die Entlassung eines Arbeitskollegen. Er hatte sich geweigert, einen Arbeitsplatz in Übersee anzutreten. Grund genug für die Kapitalisten, ihn zu entlassen. Der Streik der Hubschrauberpiloten schneidet den Kapitalisten die Verbindung zu den Nordsee-Ölbohrinseln ab.

Als Antwort auf den Zusammenstoß von zwei Lokomotiven, der seine Ursache in defekten und veralteten Heizungsleitern hatte, streikten die Eisenbahner für einen Tag.

Am 14. April hat eine Konferenz der nationalen Lehrergewerkschaft nochmals allen Lehrern die Unterstützung der Gewerkschaft zugesichert, wenn sie bei den Aussiebemethoden an den Schulen nicht mitmachen und den Kampf dagegen führen.

Schwierigkeiten haben die Kapitalisten und die Regierung auch mit ihrem Unterdrückungsapparat. Die örtlichen Polizeieinheiten, zersetzt durch die Streiks der Arbeiterklasse, gegen die sie häufig eingesetzt werden, haben eine Abstimmung gegen das Streikverbot aus dem Polizeigesetz von 1964 durchgeführt. Die Abstimmungsbeteiligung lag in den Bezirken zwischen 80 und 90 Prozent. Mit großer Mehrheit haben die Polizisten sich für das Recht auf Streik ausgesprochen.

Für den Gewerkschaftskongreß, auf dem der Sozialkontrakt verhandelt werden soll, liegen „unzählige Entschließungen vor", berichtet die „Frankfurter Allgemeine". Die Gewerkschaftsführung versucht wortradikal aufzutreten. Doch hinwegtäuschen kann sie nicht darüber, daß die Arbeiter sich in den Gewerkschaften fester zusammenschließen und die Fortschritte ihrer Kämpfe gerade in der Selbständigkeit und der Loslösung von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung liegen. Die drei größten Gewerkschaften, die Transportarbeiter, die Mechaniker und die Verwaltungsangestellten, fordern die Rückkehr zu freien Lohnverhandlungen gegen den Sozialpakt. Völlig abgelehnt wird der Sozialpakt auch von der kampfstarken Bergarbeitergewerkschaft. Die Bankangestellten wollen dem Sozialpakt nur zustimmen, wenn sie gleichzeitig eine Lohnerhöhung von 16 Prozent erhalten. Die Angestellten der Kraftwerke drohen bei Verlängerung des Kontrakts mit Abstellen des Stroms. „Die Schlange der Forderungen wird von Tag zu Tag länger", jammert der „Economist".

Die Widersprüche werden sich mit den von der Regierung beschlossenen Steuererhöhungen noch weiter verschärfen. Ab Mai sind die Steuern für Tabak, Kraftfahrzeughaltung, Petroleum, Heizöl und Tee erhöht. Die Beiträge für die Autoversicherung steigen ebenfalls, und überall sollen die Tarife für Strom, Gas, Wasser und Fahrpreise angehoben werden. Der „Guardian" vom 3. April schreibt:



Am 16. April demonstrierten in Dublin über 2 000 Menschen zur Unterstützung der inhaftierten IRA-Mitglieder im Dubliner Gefängnis Portlaoise und legten für mehrere Stunden den Verkehr in Dublin lahm.
Zwanzig der insgesamt 150 inhaftierten IRA-Mitglieder führen in Portlaoise seit 41 Tagen einen Hungerstreik durch, zwei von ihnen mußten ihn am Tag vor der Demonstration abbrechen. Der Hungerstreik richtet sich gegen die Isolationshaft, in der die Gefangenen gehalten werden, und gegen die Schikanen durch ständige kleinlichste Zellendurchsuchungen.

„Wie aus offiziellen Zahlen hervorgeht, ist in den letzten drei Monaten von 1976 der Lebensstandard um 3 Prozent gesunken. Nach Abgaben für Einkommenssteuer, Versicherungsbeiträge und den höheren Preisen ist das Einkommen jetzt niedriger als im Frühjahr 1974. Es scheint ziemlich sicher, daß das Einkommen real erneut gesunken ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres. (...) Die Löhne stiegen nur um 1 Prozent im dritten und viertel Quartal des letzten Jahres, aber die Steuern auf die Löhne stiegen um 12 Prozent."

Die „Nachrichten für Außenhandel" prognostizieren für die Konsumgüterproduktion:

„Eine im ganzen nur mäßige Produktionssteigerung wird für Konsumgüter vorausgesagt, da die Ausgabemöglichkeiten der Verbraucher durch die restriktive Einkommenspolitik beschränkt sind."

Die englischen Arbeiter kämpfen gegen die Absichten der Kapitalisten, sie unter das Existenzminimum zu drücken und sie bis aufs Blut auszupressen. Die Regierung hat alle Schwierigkeiten, eine Verlängerung des Lohnraubabkommens durchzusetzen. Die Finanzbourgeoisie, die ihren expansionistischen Kurs durchsetzen will, hat bereits angekündigt, daß sie die Liberalen und die Labour-Partei aus dem Amt schmeißen wird, wenn sie nicht in der Lage sind, ihren Kurs gegen die Volksmassen durchzusetzen.

Ähnlichen Schwierigkeiten wie im eigenen Land bei der Verwirklichung dieses Kurses sehen sich die englischen Imperialisten bei der Aufrechterhaltung und Ausdehnung ihrer Einflußgebiete in den Ländern der Dritten Welt, insbesondere im südlichen Afrika, gegenüber.

Owen reist im Auftrag der englischen Finanzbourgeoisie derzeit in den afrikanischen Ländern herum, um dort wieder fester Fuß zu fassen. An Smith hat er den Vorschlag gemacht, in Zimbabwe im nächsten Jahr eine Verfassungskonferenz durchzuführen und anschließend Wahlen zu einer „mehrrassigen Mehrheitsregierung" durchzuführen. Unter Obhut der britischen Imperialisten hat er es angeboten. Smith hat diesen Plan abgelehnt und erklärt, er würde überhaupt nur noch an solchen Konferenzen teilnehmen, wenn sie Aussicht auf Erfolg hätten. Unter dem Eindruck der Stärke des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe und der Befreiungskämpfe in den angrenzenden afrikanischen Staaten wäre Smith eine direkte Intervention der britischen und amerikanischen Imperialisten schon lieber.

Fraglich ist, ob es den britischen Imperialisten gelingt, ihre Herrschaft über Zimbabwe noch bis zu solch einer Konferenz und Wahlen im nächsten Jahr aufrechtzuerhalten.

Der Kampf der englischen Arbeiterklasse und der Kampf des Volkes von Zimbabwe beschleunigen den Untergang ihres imperialistischen Jochs erheblich und schwächen die Imperialisten in ihrem Vorhaben, ihre Herrschaft über fremde Völker zu errichten und zu festigen. – (Z-Red.)

und zu festigen. – (Z-Red.)

Wer hat die Obstgärten Palästinas angelegt?

Die imperialistische Lüge von der „Besiedlung der Wüste" durch die Zionisten

Je mehr sich der Kolonialstaat Israel unter den Schlägen der arabischen Völker, vor allem des palästinensischen Volkes, im Innern zersetzt, je größer die Unterstützung der palästinensischen Revolution durch die internationale Arbeiterklasse wird, je stärker die Imperialisten und Zionisten neuen Krieg und Raub vorbereiten, um Schläge gegen die arabischen Völker zu führen und um die Widersprüche ihres sinkenden Schiffs noch einmal zu klammern, desto größer werden auch die Anstrengungen der Imperialisten und Zionisten in der Verbreitung von Lügen über den Charakter dieses Stützpunktes des Imperialismus in der arabischen Welt.

Die wichtigste Lüge der Imperialisten und Zionisten bei dem Versuch, die Arbeiterklasse für ihre Politik zu gewinnen, besteht in der Behauptung, das Land sei leer und unbebaut gewesen, als die Zionisten es besiedelt hätten.

Der damalige Ministerpräsident Levi Eshkol z.B. sagte 1969, daß er 1913 – bei seiner Ankunft als Immigrant in Israel – nur „Wüste" vorgefunden habe, „schlimmer als unterentwickelt. Es gab nichts." Diese Wüste sei von den Juden „zum Blühen gebracht und bevölkert worden".

Als Zeugen, die das Gegenteil beweisen, können wir sogar die imperialistische Bourgeoisie selbst aufrufen, die *vor* der Gründung des Staates Israel lebhaftes ökonomisches Interesse an Palästina hatte und dementsprechend die Verhältnisse dort auch untersuchte. In „Meyers Konversationslexikon" von 1928 und im „Großen Brockhaus" von 1933 finden sich Ergebnisse dieser Untersuchung. In „Meyers Enzyklopädischem Lexikon" heißt es unter dem Stichwort „Palästina" in dem Absatz „Wirtschaftsleben usw.":

„Vorherrschend ist die *Landwirtschaft*. Neben Ackerbau, der in den feuchten Landstrichen ohne künstliche Bewässerung Weizen, Gerste und Durra erzeugt, herrschen Fruchthaine (Agrumen, Granaten, Aprikosen, Äpfel, Oliven, Feigen, Weinreben) vor. Schaf- und Ziegenzucht ist wichtiger als Rindviehhaltung (Milchwirtschaft besonders bei den deutschen Kolonisten). Der Viehbestand umfaßte 1926: 1 132 143 Schafe und Ziegen, 2 731 Kamele und 4 161 Büffel."

Zum Anteil der bereits eingewanderten Juden an dieser Produktion erfahren wir:

„Die Zuwanderung der Juden betrug 1926: 13 081, ist aber zum Stillstand gekommen (1926: Rückwanderung 7 365). Es gibt über 120 jüdische Landkolonien, die 1 103 Quadratkilometer (15 v.H. der Anbaufläche) einnehmen."

Niemand wird behaupten wollen, die in „Meyers Enzyklopädischem Lexikon" beschriebenen Fruchthaine seien samt und sonders auf diesen 15 % konzentriert. Erstes Ergebnis ist also, daß das Land äußerst fruchtbar war, daß bereits Obstbau betrieben wurde und bereits künstliche Bewässerung dafür verwendet wurde. Und daß die Viehhaltung eine bedeutende Rolle spielt. Der „Große Brockhaus" ergänzt diese Angaben:

„An erster Stelle steht die Landwirtschaft, in die durch die deutschen und die jüdischen Siedler moderne Methoden eingeführt wurden. Kornkammern sind die südlichen Küstenebenen, die Ebene Jesreel und die Flächen östlich von Tabor; Haupterzeugnisse sind Winterweizen und -gerste. Durra und Sesam sind Sommerfrüchte. Bedeutend ist der Gartenbau, der sich mit Hilfe der Motorpumpen immer mehr ausbreitet. Im Gebirge werden Oliven, Feigen und Wein, in den bewässerten Küstenebenen (Jaffa) hauptsächlich von deutschen und jüdischen Siedlern Apfelsinen und Zitronen, die wichtigsten Ausfuhrwaren, in der Ebene Saron und bei Nablus vorwiegend Melonen, in Galiläa auf bewässertem Boden Maulbeerbäume, in der Jordansenke neuerdings auch Pampelmusen angebaut."

Man muß im Kopf haben bei dieser Beschreibung, daß der deutsche Imperialismus 1933 ansetzte, erneut den imperialistischen Krieg um die Weltherrschaft auszutragen. Und daß es dabei eben um solche imperialistischen Besitztümer ging, wie sie der britische Imperialismus und andere imperialistische Länder hatten und der deutsche nicht. Wir können deshalb ziemlich sicher sein, daß die Beschreibung relativ genau ist.

Festgestellt wird, daß in *bereits vorhandene* Landwirtschaft Deutsche und Juden (die eingewanderten Juden waren 175 000 von den 1,05 Millionen Einwohnern) „moderne Methoden" eingeführt hätten. „Unbewohntes Land" und „unbebauter Boden" sind offenbar Erfindungen der Zionisten. Tatsächlich war Palästina ein dichtbesiedeltes Land mit, wie gesehen, entwickelter Landwirtschaft. 10 % der Bevölkerung waren nomadisierende Bauern, die vor allem Viehwirtschaft betrieben, ein großer Teil (38 %) aber seßhafte Bauern, Obstbauern zum Beispiel. Die britischen Imperialisten, die das Land beherrschten, stützten sich auf das Feudalsystem und verhinderten die eigenständige wirtschaftliche Entwicklung Palästinas. Sie wollten die Ausplünderung des Landes ungestört fortsetzen, wollten den wichtigen strategischen Punkt in der Nähe des Suezkanals und am Endpunkt einer Erdölleitung aus dem Irak behalten. So wurde der britische Imperialismus zum Förderer der zionistischen Kolonialisation, weil dies eine Garantie für die Beherrschung der arabischen Volksmassen in diesem Raum schien.

Der „Fortschritt" durch die Zionisten bestand zunächst darin, daß sie den Arabern das Land raubten und dies vornehm „Kauf" nannten. Der Kauf sah so aus, daß beispielsweise 8 100 Araber, die den Landverkauf der Großgrundbesitzerfamilie Ssurkuks Anfang der zwanziger Jahre ihr Land verloren hatten, genau je ein halbes Pfund von den zionistischen Organisationen erhielten (vergleiche KVZ Nr. 46/75). Mit Terrormitteln wurde dem „Kaufwunsch" der nötige Nachdruck verliehen. Nach Inbesitznahme der Landstücke wurde tatsächlich „modernisiert". Worin bestand die „Modernisierung"? Die großen Mengen Kapital, die mit den Siedlern ins Land strömten, Ergebnisse der imperialistischen Unterstützung des zionistischen Plans, wurde profitabel angelegt. Dazu gehört auch die Bewässerung. Das *Wasser* dafür wurde zum großen Teil wieder geraubt. So wird z.B. das Jordanwasser so benutzt, daß östlich vom Jordan in Jordanien Äcker austrocknen. Das heißt schnell profitbringende Landwirtschaftszweige wie die Produktion von Südfrüchten ausgedehnt, andere wie die Viehzucht zugrundegerichtet. Der Bestand an Schafen und Ziegen sank auf 309 000. (Heute kann sich der Staat Israel nicht selbst mit Fleisch versorgen.)



Karte der Wirtschaft, vor allem der entwickelten Landwirtschaft Palästinas aus dem Brockhaus, Jahrgang 1933. Die Zionisten behaupten, es sei damals nur Wüste gewesen.

Nach der Gründung des Staates Israel wurde die Raubpolitik an arabischem Boden in großem Stil fortgesetzt. Jeder Schritt des Brückenkopfes des Imperialismus im Nahen Osten war verbunden mit Raub und Plünderung der palästinensischen Massen. Jetzt sollen im Bereich des Sinai und des Gaza-Streifens 30 neue Wehrdörfer, sogenannte Kibbuzim, angelegt werden. Finanziert wird das Projekt mit imperialistischem Kapital über die Jewish Agency, eine weltweite zionistische Organisation, die die Kolonialisierung Palästinas organisiert hat. Bisher wurden dafür bereits 1 500 arabische, vor allem palästinensische Familien von ihrem fruchtbaren Land vertrieben. Die Zionisten werden sich auch hier mit der „Urbarmachung" der Wüste brüsten. Wer wird ihnen noch glauben? – (Z-Red.)

„Kein Kongolese kann je vergessen, daß sein Land in einem täglichen Kampf erobert werden mußte“ (Patrice Lumumba)

Zur Geschichte des Kongo-Konfliktes

Der Kongo, von Belgien kolonial unter dem Stiefel gehalten, aber von den übrigen imperialistischen Mächten ebenfalls ausgebeutet, erweckt mit fortschreitender Industrialisierung immer heftiger die Gier der Imperialisten und ihren Neid untereinander. Kautschuk und Palmöl sind als Grundprodukte für Gummi und Schmieröle wesentlich für die ganze Industrialisierung. Ihr Wert erscheint jedoch verschwindend gegenüber der Rente, die aus der Ausbeutung der verschiedenen wertvollen Metalle Katangas fließt und worin sich ihre hohe Bedeutung für die moderne industrielle Produktion ausdrückt. Der Kongo gehört bald – erst recht mit Nordrhodesien (dem heutigen Zambia) zusammen – zu den größten Kupferproduzenten. Ab 1921 wird Uran industriell gewonnen und aufbereitet. Während der dreißiger und vierziger Jahre hat der Uranbergbau des Kongo eine fast einzigartige Stellung in der Welt. Er wird ergänzt durch die Gewinnung von Kobalt. Kaum weniger bedeutend die Gewinnung von Industriediamanten, worin Zaire noch heute einen bedeutenden Teil der Weltproduktion bestreitet. Schließlich seltene Metalle wie Tantal, das für den Raketenbau unentbehrlich ist.



Ministerpräsident Tschou En-lai wird auf seiner Afrikareise 1961 von den Arbeitern der Hafenbetriebe in Ghana begrüßt. 1964 gab Mao Tsetung anläßlich der Aggression gegen den Kongo eine Erklärung ab, in der es hieß: „Das Volk von Kongo ist in seinem gerechten Kampf nicht allein. Das gesamte chinesische Volk steht euch bei. Die Völker der ganzen Welt, die sich dem Imperialismus widersetzen, stehen euch bei. Der USA-Imperialismus und die Reaktionäre aller Länder sind Papiertiger. Der Kampf des chinesischen Volkes hat es bewiesen. Der Kampf des vietnamesischen Volkes beweist es. Der Kampf des kongolesischen Volkes wird es ebenfalls beweisen. Wenn das kongolesische Volk die nationale Eintracht verstärkt und in seinem langwierigen Kampf ausharrt, ist es des Sieges gewiß, und der USA-Imperialismus wird mit Sicherheit geschlagen werden.“

1906 wurde die Union Minière als nahezu absoluter Monopolbetrieb gegründet, als eine Tochtergesellschaft der belgischen Société Générale, auf die Gruppen des amerikanischen und britischen Finanzkapitals beträchtlichen Einfluß haben.

Bis zum Zweiten Weltkrieg übt der britische Imperialismus die Oberherrschaft über die Kolonie aus und reißt den größten Teil der Beute an sich. Das ändert sich gründlich mit dem Zweiten Weltkrieg selbst. In der Zeit, als Belgien von Hitlerdeutschland besetzt gehalten und die Verbindungen zur Kolonie unterbrochen sind, besetzen die US-Imperialisten das Land und reißen die Vorherrschaft an sich. Amerikanische Truppen werden dort stationiert, kriegswichtige Einrichtungen gebaut und die Produktion auf die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft ausgerichtet. Insbesondere der Uran- und Kupferbergbau werden sprunghaft intensiviert. Hauptabnehmer: die USA. Bald beherrscht die Morgan-Gruppe, eine der führenden Gruppen der amerikanischen Finanzaristokratie, die Union Minière. Das Uran der Hiroshima-Bombe wird aus Katanga geliefert. Und die belgischen Kapitalisten müssen nach dem Krieg jahrelang darum kämpfen, wenigstens 10 oder 20 Prozent der Uranausbeute zu erhalten. Darin drücken sich die wirklichen Machtverhältnisse aus.

Im Austausch mit den gelieferten Erzen strömen US-Waren in das Land. Rasch werden die USA Hauptabnehmer wie Hauptlieferant im Warenverkehr. Und die Finanzierung des 1950 aufgestellten Zehnjahresplans für die Kolonie, der die Ausplünderung beschleunigen und intensivieren soll, wird in erster Linie von US-Banken finanziert, insgesamt 50 bis 60 Milliarden Francs.

In den fünfziger Jahren war daher der Kongo für den US-Imperialismus das Hauptfeld seiner neokolonialen Ausbeutung Afrikas. Er war zugleich ein entscheidendes Sprungbrett für die weitere Ausdehnung des neokolonialen Aktionsfeldes der US-Imperialisten zu einem Zeitpunkt, wo die alten Kolonialreiche unwiderruflich im Auseinanderfallen waren. Überall, wo durch den antikolonialen Kampf der Völker die alten Kolonialisten vertrieben wurden, versuchte sich der US-Imperialismus durch die Hintertür hereinzuschleichen. Sein Aggressionskrieg in Korea, sein Eingreifen auf der Seite der französischen Kolonialisten in Vietnam und Laos und die Installierung von Marionettenregimes dort – an vielen Punkten waren schon seine üblen Absichten hervorgetreten, die in der Tat in nicht weniger als dem Versuch bestanden, die Völker einem „Neo-Kolonialismus“, das hieß: einem neuen Kolonialismus zu unterwerfen und ihre tatsächliche Unabhängigkeit zu verhindern. Aber sein ideologischer Einfluß 1960 in Afrika war keineswegs schon völlig erschöpft.

Bis Ende der fünfziger Jahre waren nur sechs Staaten auf dem afrikanischen Kontinent im Genuß der staatlichen Unabhängigkeit. Es war klar, daß der Kampf des kongolesischen Volkes um seine nationale Unabhängigkeit und Befreiung besonders langwierig und schwer, aber zugleich auch von entscheidender Bedeutung für den ganzen Kontinent sein würde.

Im Kongo mischten sich bereits neuere koloniale Ausbeutungsmethoden mit den herkömmlichen kolonialen Methoden. Das führte nur dazu, daß sich die Lage der Massen um so drückender gestaltete. Die jeweils „höhere“ Form der Ausbeutung baute auf der vorangehenden auf, ohne sie zu beseitigen. Wurden die früheren Systeme der Zwangsarbeit in der Hauptsache durch die Lohnarbeit abgelöst, so blieb doch die Zwangsarbeit daneben bestehen. Noch 1957 wird dies System reformiert und die Zwangsarbeit auf mindestens 45 Tage im Jahr neu festgesetzt. Ähnlich verhält es sich mit anderen Elementen der ursprünglichen Kolonialausbeutung, wie dem Zwang für die Bauern, bestimmte Produkte für den Export anzubauen und zu festgesetzten Preisen zu verkaufen.

Derselbe Prozeß jedoch führte im Kongo auch zur Herausbildung einer außergewöhnlich breiten Arbeiterklasse und einer schmalen Schicht bürgerlicher Intelligenz und aktiver Bourgeoisie. Die niemals endenden Bauernrevolten verbinden sich an verschiedenen Punkten mit den Kämpfen der Arbeiter um ihre wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Forderungen, vor allem gleichen Lohn für gleiche Arbeit und freie Verfügung über den Lohn, die sich notwendigerweise zu Kämpfen gegen das ganze Kolonialsystem entwickeln müssen und auch entwickeln.

Aus der städtischen Intelligenz gehen politische Organisationen und Parteien hervor, die die Forderung nach Unabhängigkeit des Landes erheben. Politische Demonstrationen, auf denen Forderungen nach dem Sturz des Kolonialsystems erhoben werden, und Streiks der Arbeiter, aus denen selbständige Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter hervorgehen, fließen schließlich 1959 mit einer einzigen großen Aufstandsbewegung zusammen. Nur mit Panzern und Fallschirmjägern können die Massen aufgehalten werden. Die im Vorjahr gegründete Nationalbewegung des Kongo erhebt öffentlich die Forderung nach der sofortigen Unabhängigkeit. Ihr Führer, Patrice Lumumba, wird im Herbst verhaftet und in Ketten geschlossen. Eine Kongoreise des belgischen Königs, der nur vage Versprechungen macht, gerät an den Rand eines Fiaskos. Überall trifft er auf Demonstranten. Im Getümmel kommt ihm sogar sein goldener Paradesäbel abhanden.

Im Frühjahr 1960, als die Kämpfe trotz aller Unterdrückung nicht abreißen, sieht sich die belgische Regierung gezwungen, den 30. Juni des Jahres als Tag der Unabhängigkeit zu nennen.

Die äußerst kurzfristige und überraschende Ankündigung der Unabhängigkeit trägt stark den Charakter eines Komplotts. Es kam insbesondere den US-Imperialisten darauf an, den hinderlich gewordenen kolonialen Besitzanspruch Belgiens zu liquidieren, um um so rascher die Massen mit einer neokolonialen Lösung zu überrumpeln.

Die belgischen Kolonialbehörden gingen daran, systematisch Chaos zu stiften. Die Goldreserve des Staates wird fortgeschleppt, angeblich zur Sicherung der Pensionen der Kolonialbeamten. Der Lohnfonds für die verbleibenden Staatsangestellten ist auch plötzlich verschwunden. Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen, Krankenhäuser u.a. werden von heute auf morgen durch den Abzug der Fachkräfte lahmgelegt, ebenso eine Reihe wichtiger Betriebe. Kartenwerke werden vernichtet usw. Es soll der Beweis erbracht werden, daß Unabhängigkeit Chaos bedeutet und die Afrikaner nicht in der Lage sind – nicht „reif“, wie die Ideologen des Neokolonialismus sagen – sich selbst zu regieren. Sie hoffen darauf, sich mit solcher Erpressung die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft und staatlichen Verwaltung zu sichern. Eine Reihe von Schlüsselpositionen sind sie von vornherein nicht bereit aufzugeben, insbesondere das Kommando über die Armee.

Die Ereignisse nehmen einen anderen Verlauf als sie gehofft haben. Alle Erpressungsversuche steigern nur die Entschlossenheit der Volksmassen des Kongo und der Nationalen Bewegung Lumumbas, die bei den Wahlen die Mehrheit errungen hat, sich die vollständige Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Im Beisein des belgischen Königs Baudouin sowie des US-Gesandten Murphy, ehemaliger Botschafter der USA in Belgien, im Hauptberuf Direktor der Morgan Guaranty Bank, also des Großaktionärs der Katanga-Minen, sagte Lumumba auf der Unabhängigkeitsfeier am 30. Juni:

„Obwohl die Unabhängigkeit des Kongo heute ... proklamiert worden ist, kann kein Kongolese, der diese Bezeichnung verdient, je vergessen, daß sein Land in einem täglichen Kampf erobert werden mußte. Es war ein hitziger und idealistischer Kampf, in dem uns keine Entbehrungen, keine Leiden und kein Blutvergießen erspart blieben. Wir fochten diesen gerechten und edlen Kampf aus, um dadurch der entehrenden Sklaverei ein Ende zu setzen, die uns durch ein beschämendes Regime der Unterdrükkung auferlegt wurde ...“

Und in einem heftigen Ausbruch, der das diplomatische Korps der Imperialisten zusammenzucken ließ und von ihnen als „Entgleisung“ empört zurückgewiesen wurde, setzte er hinzu: „Von heute an sind wir nicht länger eure Makaks (Affen)!“

Wenige Tage nach der Unabhängigkeit erhoben sich in einer Reihe von Garnisonen der vormaligen Kolonialarmee, der „Force Public“, die schwarzen Soldaten gegen die belgischen Offiziere. Die Soldaten forderten ihren Abzug und die Wahl eigener Offiziere. Lumumba entließ den belgischen Oberkommandierenden Jansen und stimmte der Wahl afrikanischer Offiziere durch die Mannschaften zu.

Damit war den Imperialisten ihr entscheidendes Instrument aus der Hand geschlagen. Sie handelten sofort: Am 10. Juli landeten belgische Fallschirmjäger in Elisabethville (Katanga) und in Luluabourg. Am 11. gingen Marineinfanteristen an der Kongomündung in Stellung und besetzten die Stadt Matadi. Weiter draußen auf See ging der US-Flugzeugträger WASP in Stellung. Am Abend erklärte Tschombé, Ministerpräsident der Provinzregierung von Katanga, die Unabhängigkeit der Provinz. Als Lumumba und Staatspräsident Kasawubu nach Elisabethville fliegen wollten, hatten belgische Truppen den Flughafen besetzt und verweigerten die Landung.

Die kongolesische Regierung erklärte daraufhin vor der Weltöffentlichkeit, daß Belgien „eine Okkupation des Landes unternimmt“ und die „Sezession Katangas sorgfältig vorbereitet hat“. Sie forderte die UNO auf, militärischen Beistand zu leisten, „um das nationale Territorium des Kongo vor der gegenwärtigen ausländischen Aggression zu schützen. Sie machte klar, daß sie ein Kontingent von Truppen „neutraler Länder und nicht der USA“ erwarte, und erklärte, sich andernfalls „an die Länder des Vertrags von Bandung“ zu wenden, also die blockfreien Staaten der Dritten Welt.

In der UNO selbst brachten die blockfreien Staaten eine entsprechende Resolution ein, die dieses Verlangen der kongolesischen Regierung unterstützte. Diese wurde angenommen, und eine Eingreiftruppe wurde aufgestellt.

Angesichts der Entschlossenheit der kongolesischen Regierung und der großen Unterstützung, die sie dabei fand, leiteten die belgischen und US-Imperialisten einen taktischen Rückzug ihrer Truppen ein und ließen sie durch UN-Truppen ersetzen. Sie wechselten ihre Taktik.

Statt den Versuch zu unternehmen, das ganze Land auf einen Schlag zu besetzen, konzentrierten sie sich jetzt darauf, Katanga zum Bollwerk der Konterrevolution im Kongo auszubauen. Als Marionette diente ihnen dabei Tschombé, Schwiegersohn des Häuptlings des größten Stammes und steinreicher Geschäftsmann. Aus Katanga flossen 70 % der gesamten Einnahmen des kongolesischen Staates. Die Provinz war fest verbunden mit den weißen Siedlerstaaten im Süden des Kontinents, mit Rhodesien (das damals auch das Gebiet des heutigen unabhängigen Zambia umfaßt) und mit Portugiesisch-Angola. Ein Drittel aller weißen Siedler im Kongo lebte in Katanga, durchweg Bourgeois mit kleinen Privatarmeen. Dazu kam die konzentrierte Macht der Union Minière. Tschombé lieferte die von den belgischen Offizieren und südafrikanischen Söldnern geführte Katanga-Gendarmerie dazu, eine später regulär 15 000 Mann starke Armee von Mitgliedern seines Lunda-Stamms, mit denen er ein Terrorregime über die Minenarbeiter und die Angehörigen anderer Stämme ausübte. In aller Hast wurde noch eine Söldnerarmee aus aller Herren Länder zusammenrekrutiert.

Unter den Siedlern wie auch auf seiten der Kapitalisten der Union Minière



US-Präsident Kennedy: Wie heute die Sozialimperialisten hüllte er die Völkerversklavung in den Mantel der Völkerbefreiung.

gab es starke Bestrebungen, den Katanga-Staat tatsächlich unabhängig zu machen und eng mit Rhodesien zu verbinden, gestützt auf die Ausbeutung des ganzen „Kupfergürtels“ in der Region, der einen bedeutenden Teil der gesamten Weltproduktion lieferte.

Für die gesamte Imperialistenklasse der USA und die belgische Bourgeoisie war das nur die zweite Möglichkeit. Ihr Hauptziel war es, von Katanga aus und mittels Katanga den Kongo in eine Föderation von „Stammesgebieten“ unter ihrer Oberherrschaft zu verwandeln und hierauf gestützt die nationalrevolutionäre Bewegung zu zerschlagen.

So versuchten sie in anderen Provinzen des Kongo ebenfalls Bewegungen für die Sezession vom Kongo-Staat einzuleiten. Unmittelbar nach Tschombé hatte in Süd-Kasai Albert Kalonji ebenfalls die Unabhängigkeit ausgerufen.

Als im August UNO-Truppen nach Katanga einrückten, zogen die belgischen Offiziere die Uniform der Katanga-Gendarmerie an, und die Mannschaften wurden zu „Technikern“, „Verwaltungsangestellten“ etc. erklärt. Tatsächlich unterstanden sie weiter dem Befehl des belgischen Verteidigungsministeriums. Flugzeuge und schwere Waffen wurden ebenfalls an den „Unabhängigen Staat Katanga“ abgegeben. Ebenso die Fluggesellschaft Sabena mit Einrichtungen und Maschinen, die den Nachschub besorgten. Der wirkliche Regierungschef Katangas war der Sonderbeauftragte der belgischen Regierung, ein Baron von Lynden, der die Kabinettssitzungen leitete.

Die US-Imperialisten und ihre belgischen Verbündeten sahen der Ankunft der UN-Truppen gelassen entgegen. Tatsächlich rührten diese keinen Finger. Vielmehr erklärte UN-Generalsekretär Hammarskjöldt, ein Schwede, der als Kandidat der westlichen Imperialisten damals noch gewählt worden war, die UNO werde sich nicht in „innere“ Streitigkeiten des Kongo einmischen. In kurzer Zeit stellte sich heraus, daß die UN-Truppen objektiv keinen anderen Zweck erfüllten, als die Katanga-Sezession und die konterrevolutionären Pläne der US-Imperialisten und belgischen Kolonialisten zusätzlich zu schützen und ihnen Raum zu schaffen. Lumumba brach daraufhin die Beziehungen zum UN-Generalsekretär ab und verlangte eine gesamtafrikanische Konferenz zur Unterstützung des Kampfs um die nationale Einheit des Kongo. Mit den wenigen ausgebildeten und bewaffneten Truppen, über die er verfügte, nahm er zunächst den Kampf gegen die Sezession in Süd-Kasai auf.

Für diese Operation nahm er Flugzeuge der sowjetischen Luftflotte in Anspruch, die Chruschtschow ihm bereits lange aufgedrängt hatte. Anfang September folgen Lieferungen moderner Waffen. Während auf diese Weise die Sowjetunion, die unter Chruschtschows Führung die Farbe gewechselt und sich zu einem kapitalistischen Land entwickelt hatte, sich als Schutzmacht der Befreiungsbewegung des Kongo in Szene zu setzen suchte, gab Chruschtschow zur gleichen Zeit noch anerkennende Kommentare über die Tätigkeit der UN-Truppen von sich, die bereits zum Hauptinstrument der Unterdrückung des kongolesischen Volkes geworden waren. Es zeigte sich, daß es der Sowjetunion nicht darum ging, dem kongolesischen Volk bei der Entwicklung eines selbständigen nationalen Befreiungskampfes behilflich zu sein, sondern um Vorwände, sich hineinzumischen.

Die offenen Versuche der sowjetischen Revisionisten, sich einzumischen, ermöglichten es den US-Imperialisten überhaupt erst, einen entscheidenden Schritt weiter zu gehen. Unter dem Schutz der UNO-Truppen, die die Flughäfen und Rundfunkstationen besetzen, erklärt der vom US-Imperialismus angeworbene Präsident Kasawubu Lumumba für „abgesetzt“ und läßt ihn festnehmen. Praktisch handelte es sich um einen Staatsstreich mittels der UNO-Mandatstruppen.

Ende November kann Lumumba aus der Haft flüchten und begibt sich nach Stanleyville, um von dort aus den nationalen Widerstand zu organisieren. Bevor das gelingt, wird er von neuem festgenommen.

Um so entschiedener erhebt sich das

Volk des Kongo zum Befreiungskampf. Anstelle Lumumbas bildet Gizenga, einer seiner Stellvertreter im Dezember eine Gegenregierung zu der Kasawubus, die er für illegitim erklärt. Er findet rasche Unterstützung durch Teile der Regierungstruppen, die sich für die Weiterführung der Regierung Lumumbas erklären. In kurzer Zeit beherrschen die Befreiungskräfte einen beträchtlichen Teil des Territoriums. Auch international wird die Regierung Gizengas binnen kurzem von einer Reihe von Staaten anerkannt. Eine breite nationalrevolutionäre Bewegung beginnt sich auf neuer Stufe zu entfalten. Sie ist bewaffnet.

Voller Furcht verschleppen die Imperialisten Lumumba nach Katanga und lassen ihn dort kurze Zeit später ermorden.

Der Tod Lumumbas löst eine Welle der antikolonialen Empörung in der ganzen Welt aus, die sich gegen den US-Imperialismus richtet. Unter diesem Eindruck wird in Washington Kennedy als neuer Präsident der Vereinigten Staaten in sein Amt eingeführt. Kennedy ist angetreten mit dem programmatischen Anspruch, das Bündnis mit den nationalistischen Bewegungen in der Dritten Welt zu suchen und mit diesen Bündnispartnern den US-Imperialismus zu „neuen Horizonten“ zu führen, d.h. eine neue Phase der Expansion einzuleiten.

Tatsächlich sind die Widersprüche zwischen dem US-Imperialismus und den Ländern der Dritten Welt völlig unüberbrückbar und Kennedys Phrasen sind, wie sich in kurzer Zeit auch in Kuba, Laos und Vietnam erweist, bloße demagogische Vorwände für neue Aggressionen.

So auch im Kongo-Konflikt. Kennedy läßt seinen UN-Botschafter Stevenson einer Resolution mehrerer Länder der Dritten Welt zustimmen, in der die UN-Truppen im Kongo aufgefordert werden, gegen die Katanga-Regierung vorzugehen, statt sich zum Werkzeug des Imperialismus zu machen. Aber in der Praxis kommt es nur zu einem sichtbar abgekarteten Spiel zwischen den UN-Truppen und der Katangaregierung. Das ganze hat den

zu einem sichtbar abgekarteten Spiel zwischen den UN-Truppen und der Katangaregierung. Das ganze hat den



„Am letzten Abend wird noch mit Major Utschudi, dem Kommandeur des schwarzen Bataillons, gezecht. Utschudi hat aus einer Bierspende des kongolesischen Innenministers Munongo etliche Kisten für die weißen Kameraden
‚Meine Leidenschaft ist Jagen und Fischen, vom Herumsaufen in den Bars, wie es meine Landsleute tun, halte ich nichts.‘
Utschudi stammt selbst aus der großen Kivu-Provinz, deren Grenze wir am nächsten Tag überschreiten werden. Er erzählt uns schaurige Geschichten von unseren Feinden, den Wabembe, und warnt Protin: ‚Glauben Sie mir, Herr Major, wenn wir dort sind, müssen wir alles töten, was sich bewegt, denn alles, ob Mann, Frau und Kind, ist unser Feind.‘
Später gibt es über dieses Thema noch eine Debatte zwischen den Weißen. ‚Ach was‘, schneidet der ‚Steirerbua‘ Ingo das Gespräch ab, ‚I schiaß alles zsamm, was si rührt, aus klanen Rebellen werden amol große Rebellen, der Utschudi hat recht.‘
Zum Schießen hat Ingo Gelegenheit.“
Bild und Textprobe aus dem Buch von Hans Germani „Weiße Söldner im schwarzen Land“. Der Lump ist selbst als Söldner mitgezogen. Heute ist er der Afrika-Korrespondent der Zeitung „Die Welt“.

einzigen Zweck, die Entwicklung eines nationalrevolutionären Kriegs des Volkes des Kongo für die Einheit des Landes zu verhindern und sich umgekehrt durch ein angebliches Vorgehen gegen Katanga die Legitimation zu verschaffen, gegen die legitime Regierung unter Gizenga in Stanleyville vorzugehen, d.h. die umfassende Konterrevolution einzuleiten.

Es ist wieder der Einfluß der sowjetischen Revisionisten, wodurch die Regierung Gizenga gedrängt wird, mit der schon gänzlich vom US-Imperialismus gekauften Regierung Kasawubu mehrmals noch ein Bündnis einzugehen und so die Grundlage der nationalen Einheit herzustellen, statt im selbständigen Befreiungskampf, der vernachlässigt wird.

Stattdessen wird die Konterrevolution zielstrebig vorbereitet. Über mehr als ein Jahr werden die Massen hingehalten. Morgens rücken die UN-Truppen in Elisabethville vor, mittags erklärt Tschombé, seine belgischen Berater entlassen zu haben, abends bummeln diese in Zivil als „technische Beamte“ der Regierung von Katanga auf der Promenade. Monate später kommt es zu Verhandlungen zwischen Tschombé und der Zentralregierung: eine 8-Punkte-Vereinbarung zwischen Tschombé und der Zentralregierung wird unterzeichnet, die praktisch Tschombés Eintritt in die Regierung und den Anschluß Katangas an den Gesamtstaat zum Inhalt hat. Später erklärt Tschombé, nur eine lose Föderation vereinbart zu haben, und widerruft das Abkommen.

Mit diesem abgekarteten Hin und Her aber verschafft sich die Regierung Kasawubu die Vorwände, um nun auch gegen die „Sezessionsregierung in Stanleyville“, tatsächlich also die legitime Nachfogeregierung, die von der Nationalbewegung des Kongo und ihren Verbündeten gebildet wird, vorzugehen. 1962 wird Gizenga verhaftet und das MNC nach und nach offen unterdrückt.

Dies kann die nationalrevolutionäre Bewegung momentan empfindlich schwächen, nicht aber zerschlagen. Im Gegenteil, 1962 und 1963 breitet sie sich im Sturm über neue Gebiete aus. Die Putschregierung ist genötigt, um sich nicht völlig zu isolieren, schließlich doch die Katanga-Sezession zu beenden. Eine indische Einheit nimmt Jadotville, das US-Außenministerium sendet eine dringende Aufforderung an Tschombé, zurückzutreten und die Sezession zu beenden. Dieser kommt dem Verlangen umgehend nach und empfängt acht Tage später die UN-Truppen im Bergbauzentrum Kolwezi, dessen Förderanlagen unbeschädigt sind.

Die US-Imperialisten hoffen, mit dem Ende der Katanga-Sezession die Revolution isolieren und isoliert schlagen zu können. Die Unterdrückung wird-verschärft. Aber die Nationalbewegung verankert sich nur tiefer im

gen zu können. Die Unterdrückung wird-verschärft. Aber die Nationalbewegung verankert sich nur tiefer im

Land. In den Provinzen werden Nationale Befreiungskomitees (CNL) gebildet, die den Aufstand vorbereiten. Die Putschregierung in Leopoldville erklärt ihrerseits, fünf NATO-Staaten und Israel zur „Reorganisation der Armee“, im Klartext: zur Unterdrükkung der Revolution aufgefordert zu haben. Belgische und amerikanische Offiziere sollen die Truppen kommandieren.

Dennoch unternehmen die Führer der Nationalen Befreiungskomitees noch einmal einen letzten Versuch der nationalen Versöhnung mit der Regierung in Leopoldville, der zurückgewiesen wird. 1964 breitet sich der Befreiungskampf über das ganze Land aus. Mehr als die Hälfte des Landes wird befreit. Eine reguläre Befreiungsarmee, daneben Volksmilizen an allen Orten, werden gebildet. Unabhängig von den Befreiungskomitees organisiert in der Provinz Kwilu Pierre Muléle den Volkskrieg.

Angesichts des Aufschwungs der Revolution verzichten die Imperialisten auf jede Tarnung und gehen zur Organisierung der Konterrevolution im großen Maßstab über. Tschombé



Patrice Lumumba auf dem Transport nach Katanga. Die belgischen und US-Imperialisten organisierten seine Ermordung. „Das Geheimnis des Kolonialismus liegt in der Spaltung der kolonisierten Völker“ hatte Lumumba die Erfahrungen des kongolesischen Volkes früher einmal zusammengefaßt.

wird zu diesem Zweck aus seinem Madrider Exil geholt und als Ministerpräsident eingesetzt. Er bringt die Erfahrungen und Verbindungen mit, um binnen kürzester Zeit ein Söldnerkorps mit den 15 000 Katangagendarmen und ihren weißen Offizieren als Kern und einer internationalen, aus den südafrikanischen Hotelbars zusammengeholten Meute von Halsabschneidern als Stoßkeil zu rekrutieren. Wieder ist Katanga das Sprungbrett der Aggression. Nach einer Absprache zwischen dem US-Sonderbotschafter Harriman, dem belgischen Außenminister Spaak sowie Vertretern der Union Miniere wird der vormalige Kommandant der Katangatruppen, Colonel Vendevalle, mit der Leitung der geplaten Operationen beauftragt. Die USA liefern die Flugzeuge, Waf-

Colonel Vendevalle, mit der Leitung der geplaten Operationen beauftragt. Die USA liefern die Flugzeuge, Waf-

fen und Munition sowie das Geld. Später soll der Konflikt unbedingt „afrikanisiert“ werden.

Im Oktober ist das Söldnerheer zusammengestellt und schlägt los. Es wird mit Einsatz aller überlegenen Beweglichkeit, aller Feuerkraft und bewußtem Terrorismus gegenüber der Bevölkerung der aufständischen Gebiete im Stoßkeil auf die Zentren der nationalen Bewegung losgeschlagen. Alles, was unter die Flinte kommt, wird niedergemacht. Nach eigenem Eingeständnis werden allein bei der Einnahme von Kindu 3 000 Menschen ermordet. Beim Angriff auf die großen Städte werden unter dem Vorwand, die weißen Geiseln zu befreien, unmittelbar belgische Fallschirmjäger eingesetzt.

Wochenlang ziehen die Söldner-Kohorten in langen Feldzügen ihre Blutspur durchs Land. Es gelingt ihnen, die Kräfte der Befreiungsarmee zum großen Teil zu zerschlagen und durch den Einsatz regulärer belgischer Fallschirmjägerverbände die großen Städte wieder in Besitz zu nehmen. Aber die elend bewaffneten Milizen leisten ihnen, so zum Beispiel in Stanleyville, noch wochenlang todesmutigen Widerstand.

Die Imperialisten erreichen schließlich ihr militärisches Ziel. Es gelingt dem kongolesischen Volk wegen des Fehlens einer geschlossenen marxistisch-leninistischen Avantgarde nicht, alle seine Kräfte im Volkskrieg zusammenzufassen.

Aber dennoch zahlt sich ihre bewaffnete Söldnerinvasion nicht aus. Die Marionettenregierung Tschombés ist völlig isoliert. Bei der Konferenz der Blockfreien in Kairo im selben Jahr wird Tschombé der Zugang versperrt. Das Konzept der „Afrikanisierung“ scheitert. Es liegt vor aller Welt offen zutage, daß es sich um eine direkte Aggression der US-Imperialisten und der belgischen Imperialisten handelt.

Im Herbst 1965 erklärt der General Mobutu als Oberkommandierender der wiederhergestellten nationalen Armee des Kongo die Tschombé-Regierung für entlassen. Noch einmal entkommt der Verräter Tschombé ins Schweizer Exil.

Mobutu festigt die Einrichtungen der zentralen Regierung. 1966/67 leitet er die Nationalisierung der allmächtigen Union Minière ein. Dieser Schritt fand enthusiastische Unterstützung in der Dritten Welt. Man muß sich klarmachen, daß zu diesem Zeitpunkt Nationalisierungsmaßnahmen in solchem Maßstab noch kaum in irgendeinem Land der Dritten Welt in Angriff genommen waren. Algerien, das sich im bewaffneten Kampf befreit hatte, unternahm 1967 gerade die ersten vorsichtigen Schritte in der Verstaatlichung der amerikanischen Ölgesellschaften.

Für die Regierung Mobutu aber war es wie für jede nationale Regierung des Kongo eine Frage des Überlebens, diesen Staat im Staate zu zerschlagen und Katanga aus einem Bollwerk imperialistischer Einmischung in ein Bollwerk der nationalen Unabhängigkeit zu verwandeln. Es war auch eine Frage des ökonomischen Überlebens der Demokratischen Republik Kongo als ganzer, sich der nationalen Ressourcen und der Einkünfte daraus zu bemächtigen. Möglich war es nur, weil auf der OAU-Konferenz im Februar in Kinshasa sich alle afrikanischen Staaten gegenüber den Drohungen der Imperialisten um die Regierung des Kongo zusammenschlossen. Mitte 1967 versuchten die Imperialisten noch einmal, mit einer Söldnerinvasion unter Beteiligung Tschombés das Blatt zu wenden und den Kongo in eine Neokolonie zu verwandeln. Mehrere Hundert Söldner mit Kongo-Erfahrung sammelten sich in Angola und Rhodesien. Aber drei Tage vor Beginn des sorgfältig vorbereiteten Coups wurde Tschombé entführt und in die Hände der algerischen Revolution übergeben, wo er bis zu seinem Tod gefangengehalten wurde. Dadurch kam das Söldnerunternehmen nur noch halbherzig in Gang und scheiterte kläglich.

Die Geschichte des Kampfes der imperialistischen Mächte um den Kongo zeigt, daß sie stets mit besonderer Gier dieses Volk, die Früchte seiner Arbeit und die Reichtümer seines Landes belauert haben. Die Geschichte des Kongo seit dem Auftauchen der Kolonisatoren ist die Geschichte furchtbarer Leiden und Entbehrungen seines Volkes. In einem langen und opferreichen Kampf hat das kongolesische Volk endlich seine staatliche Unabhängigkeit erkämpft als die elementare Voraussetzung einer wirklichen Unabhängigkeit und einer selbständigen Entwicklung zu einem blühenden Land.

In einem entscheidenden Punkt seiner Entwicklung, als die Supermacht USA die erneute Versklavung des Landes betrieb, das sich eben seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, trat bereits die Sowjetunion, die sich seither Schritt für Schritt in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hat, auf den Plan, um sich zum Schutzherrn des Befreiungskampfes gegen den US-Imperialismus aufzuwerfen, tatsächlich zu dem Ziel, in die Fußtapfen des Rivalen zu treten. Diesen Weg hat das kongolesische Volk abgelehnt zu gehen. Jetzt ist es von neuem Objekt imperialistischer Überfälle und Einmischungsversuche. Wie aber soll ein Volk, das solchen Leiden durch die Kolonialisten und Imperialisten unterworfen worden ist, das aber infolgedessen auch über Kampferfahrung verfügt wie wenige andere Völker – wie soll ein solches Volk von neuem versklavt werden können? – (Z-Red)

Vom Königreich Kongo zum „Belgisch-Kongo“

Vom Königreich Kongo zum „Belgisch-Kongo“

Die ersten Kolonialisten, Portugiesen, die Ende des 16. Jahrhunderts zur Küste des Kongo kamen, fanden dort ein blühendes Königreich vor. Die Hauptstadt Banza Kongo hatte 30 000 Einwohner, mit den umliegenden Gürteln sogar 100 000; das entsprach den größten europäischen Städten. Handwerk und Ackerbau waren recht entwickelt und dem europäischen Entwicklungsniveau durchaus vergleichbar. Es wurde bereits Eisenerz und Kupfer geschmolzen und verarbeitet.

Als in den Gold- und Silberbergwerken und auf den Plantagen Südamerikas die Indios schon zu Hunderttausenden zugrundegerichtet waren und sich für die Feldarbeit zu anfällig zeigten, wurde der Handel mit afrikanischen Sklaven zum Hauptfeld der kolonialen Betätigung. Die afrikanischen Bauern erwiesen sich gerade wegen ihrer gut entwickelten Ackerbaukultur am geeignetsten. Eines der Hauptfelder der Sklavenjagd war der Kongo. Man hat Schätzungen angestellt, daß im Lauf von drei bis vier Jahrhunderten (erst Ende des 19. Jahrhunderts kam der Sklavenhandel zum Erliegen) kaum weniger als 50 Millionen, womöglich 150 Millionen Afrikaner insgesamt der Sklavenjagd zum Opfer gefallen sein dürften. Während im 16. Jahrhundert der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung – ebenso wie der Europas – etwa ein Fünftel betragen haben dürfte, ist es noch heute weniger als ein Zehntel. Der ganze Kontinent wurde entvölkert und ruiniert. Afrika litt am schwersten unter dem Kolonialjoch.

Der Kongo wurde bald zum Objekt der größten Gier und der heftigsten Rivalität der Kolonialmächte, wegen seiner vielfältigen Produktion und seiner Naturreichtümer, aber vor allem wegen des darauf basierenden großen Menschenreichtums. Das Interesse an Sklaven überwog alle anderen Handelsinteressen. Etwa 30 Millionen dürften aus dem Gebiet beidseits des Kongoflusses sowie dem nördlichen Angola, das das Kongo-Königreich mit umfaßte, in die Sklaverei geführt oder der Sklavenjagd und den Strapazen des Transports an die Küste und über das Meer zum Opfer gefallen sein.

Als im 19. Jahrhundert mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, die auf der Ausbeutung der Lohnarbeit beruht, die Bedeutung der Sklavenwirtschaft und des Sklavenhandels zurückgeht, beginnt eine neue und womöglich noch verheerendere Phase der Kolonialisierung: die Phase der völligen territorialen Aufteilung der Welt, der Besetzung und Durchdringung der unterjochten Länder und Nationen. Die Ära des modernen Imperialismus als der höchsten und letzten Stufe des Kapitalismus begann.

Kolonialexpeditionen aller europäischen Mächte sowie aus den USA durchzogen das Land. Der rücksichtsloseste war der Amerikaner Stanley. Er tritt in Verhandlungen mit dem belgischen König Leopold, einem der größten europäischen Geschäftemacher und Glücksritter, der sich intensiv mit den Möglichkeiten der Ausbeutung Zentralafrikas befaßte. Stanley bekam den Auftrag, mit Betrug und Gewalt den Königen und Häuptlingen der Kongo-Stämme ihre Hoheitsrechte über das Gebiet abzukaufen. 1884 hatte Leopold tatsächlich südlich des Kongoflusses die große Masse der Gebiete an sich gebracht. Möglich war das nur, weil er sich gegenüber den anderen Kolonialmächten die Rückendeckung der USA verschaffte, die an der Ausbeutung des Kongo lebhaftes Interesse zeigten. Als Kolonialherren ließ Leopold eine „Internationale Afrikanische Assoziation“ firmieren, die er gegründet hatte. Gleichwohl spitzte sich die Konkurrenz vor allem mit England, Holland und Frankreich, aber auch Deutschland, das neu als Kolonialmacht auf den Plan trat, zu. In dieser Situation schlug Bismarck vor, die „Internationale Afrikanische Assoziation“ des belgischen Königs tatsächlich anzuerkennen, aber nur als Treuhänder für alle anderen Kolonialmächte, deren Interessen gewahrt bleiben müßten. Auf der Kongo-Konferenz 1884 in Berlin wurde ein „Freistaat Kongo“ gegründet, unter der Geschäftsführung des Leopold, jedoch mit Handels-, Zoll- und Niederlassungsfreiheit für die anderen Kolonialisten.

Das „Leopoldinische System“ der Kolonialausbeutung erringt bald eine traurige Berühmtheit. War zunächst der Handel mit Elfenbein und anderen Luxuswaren das Hauptgeschäft, so wird jetzt der Kautschuk – ein unentbehrlicher Rohstoff für die Industrialisierung in dieser Phase – zum Hauptobjekt. Praktisch die ganze Einwohnerschaft wird einer Zwangsarbeit von etwa 40 Stunden pro Monat, berechnet in einer festgelegten Menge von abzulieferndem Kautschuk, unterworfen. Hinzu kommen andere Formen der Fronarbeit und weitere Abgaben, Versklavung der jungen Frauen zum Gebrauch der Kolonialtruppe, verbunden mit jeder Art von Raub und Plünderung. Die Bauernwirtschaften werden in kürzester Zeit ruiniert, die Dörfer leergefegt. Die schwarzen bäuerlichen Massen fügen sich dem Kolonialjoch nicht. Es kommt wiederholt zu Aufständen. Eine Meuterei zwangsrekrutierter schwarzer Soldaten erfaßt 1887 den ganzen Osten und es braucht bis 1902, um sie völlig niederzuschlagen.

Die übrigen Kolonialisten werfen Leopold vor, sich vertragswidrig auf Kosten der anderen Teilnehmer des Kongo-Vertrages ein faktisches Monopol gesichert zu haben und buchstäblich dabei zu sein, die Bevölkerung des Kongo auszurotten. Es wird eine lebhafte Agitation gegen die „Kongogreuel“ entfaltet. Ihr eigentliches Interesse kommt daraus, daß inzwischen die großen Erzlagerstätten Katangas entdeckt worden waren und der Übergang zu neuen, intensiveren Ausbeutungsmethoden fällig war. 1908 wird der Staat Belgien als Treuhänder des internationalen Finanzkapitals eingesetzt, der Kongo in die Kolonie „Belgisch-Kongo“ umgewandelt hat.

„Die Tage der Commune"

Auszüge aus dem von der Agitprop-Gruppe Osnabrück überarbeiteten Theaterstück von Brecht

„Ihr wahres Geheimnis war dies. Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden Klasse gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte", schreibt Marx über die Pariser Kommune. „Namentlich hat die Commune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann."



21. Mai 1871. Barrikadenk ampf der Kommunarden gegen die Versailler Truppen

Am 29. März konstituierte sich die Kommune. Sie ging aus der Wahl von Delegierten hervor, die ihren Wählern gegenüber rechenschaftspflichtig waren. „Statt einmal in drei bis sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen organisierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem anderen Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen." (Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich")

Die folgende Szene schildert die konstituierende Sitzung der Kommune.

Stadthaus. Rote Fahnen. Im Sitzungssaal werden Tafeln mit den Inschriften „1. Das Recht zu leben – 2. Freiheit des einzelnen – 3. Gewissensfreiheit – 4. Versammlungs- und Assoziationsrecht – 5. Freiheit des Wortes, der Presse und geistiger Kundgebungen jeglicher Art – 6. Freies Wahlrecht" während der Sitzung festgehämmert. 29. März 1871. Eröffnungssitzung der Kommune.

BESLAY Man wirft uns vor, wir hätten uns zufriedengeben sollen mit der Wahl einer Nationalversammlung der Republik . . .
RUFE Ausgeschrieben von Monsieur Thiers! – Gegen Paris!
BESLAY Aber die Befreiung der Pariser Gemeinde ist die Befreiung aller Gemeinden der Republik! Unsere Gegner behaupten, wir haben der Republik einen Schlag versetzt. Wir haben ihr einen Schlag versetzt: wie dem Pfahl, den man tiefer in die Erde schlägt! *Beifall.* Die Republik der großen Revolution des Jahres 1792 war ein Soldat, die Republik der Kommune wird ein Arbeiter sein, der vor allem der Freiheit bedarf, um aus dem Frieden etwas zu machen.
VARLIN Eine Republik, Kommunarden, die den Arbeitern ihr Arbeitswerkzeug zurückgibt, wie die von 1792 den Bauern den Boden gab und damit durch die soziale Gleichheit die politische Freiheit verwirklichte. *Beifall.* Ich verlese die ersten Gesetze.

„In Erwägung, daß alle Bürger ohne Unterschied sich zur Verteidigung des nationalen Territoriums bereithalten, wird das stehende Heer abgeschafft."

RUFE Fort mit den Generälen, den bezahlten Bluthunden! Es lebe das Volksheer! Keine Klassenunterschiede mehr unter den Bürgern, keine Schranken mehr zwischen den Völkern! Fordern wir die Arbeiter in den deutschen Heeren auf, den Arbeitern in den französischen die Hand zu reichen!
Beifall.
VARLIN „In Erwägung, daß der Staat das Volk ist, welches sich selbst regiert, sollen alle öffentlichen Ämter nur auf bestimmte Zeitdauer und auf Widerruf besetzt und ihre Inhaber gemäß ihren Fähigkeiten gewählt werden!"

RUF Gleiche Bezahlung ! Arbeiterlohn!

VARLIN „In Erwägung, daß kein Volk höher steht als der letzte seiner Bürger, soll der Unterrricht allen zugänglich, unentgeltlich und sozial sein."
RUF Speisung der Kinder in den Schulen! Die Erziehung beginnt mit der Speisung. Um zu wissen, muß man zu essen wissen.
Gelächter und Beifall.
VARLIN „In Erwägung, daß das Ziel des Lebens in der unbeschränkten Entwicklung unseres physischen, geistigen und moralischen Wesens liegt, darf das Eigentum nichts anderes sein als das Recht jedes einzelnen, nach dem Maß seiner Mitarbeit an dem kollektiven Ergebnis der Arbeit aller teilzunehmen. In den Fabriken und Werkstätten muß die kollektive Arbeit organisiert werden."
Beifall.
VARLIN Das, meine Freunde, sind die ersten Gesetze, welche sofort verwirklicht werden sollen. Ich eröffne die erste Arbeitssitzung der Kommune von Paris.

„In jeder Revolution drängen sich, neben ihren wirklichen Vertretern, Leute anderen Gepräges vor. Einige sind die Überlebenden früherer Revolutionen, mit denen sie verwachsen sind, ohne Einsicht in die gegenwärtige Bewegung, aber noch im Besitz großen Einflusses auf das Volk . . . Andere sind bloß Schreier, die, jahrelang dieselben Deklamationen gegen die Regierung des Tages wiederholend, sich den Ruf von Revolutionären reinsten Wassers erschlichen haben. . . .Soweit ihre Macht ging, hemmten sie die wirkliche Aktion der Arbeiterklasse. Sie sind ein unvermeidliches Übel, mit der Zeit schüttelt man sie ab, aber gerade diese Zeit wurde der Kommune nicht gelassen." (Marx)

Der Grund des Scheiterns ist leicht einzusehen: es fehlte die organisierte Avantgarde der revolutionären Arbeiterklasse, die den Weg der Zerschlagung der bürgerlichen Klassenherrrschaft konsequent und unversöhnlich gegangen wäre. Deshalb hatte die Kommune nicht die Zeit, wie Marx sagt, sich der falschen Ratgeber zu entledigen, deshalb war ihr Weg von Schwankungen und Zweifeln begleitet, deshalb gelang es ihr nicht, das ganze Volk zu ihrer Unterstützung in Bewegung zu setzen.

Die folgende Szene zeigt, wie die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse versuchten, ihre Führer, den Rat der Kommune, zum entschiedenen Vorgehen gegen den Klassenfeind zu bewegen, und sie zeigt zugleich die Ursachen, warum die Kommune scheitern mußte. Sie verdeutlicht, warum man eine revolutionäre Partei braucht, wenn man Revolution machen will.



Aufführung des Theaterstücks „Die Tage der Commune" in Osnabrück

CROQUIS RÉVOLUTIONNAIRES PAR PILOTELL.

CROQUIS RÉVOLUTIONNAIRES PAR PILOTELL.

QUE LE PEUPLE VEILLE !!!!

Das Volk sei wachsam!

Wachsam gegenüber dem inneren Feind. gegenüber dem äußeren Feind.

Aufführung des Theaterstücks „Die Tage der Commune" in Osnabrück

VARLIN *aufspringend:* Bürger Delegierte, die Frauen der Versailler Soldaten weinen, heißt es, aber die unseren weinen nicht. Man hat uns hier vor einigen Wochen gesagt: keine militärischen Operationen sind nötig, Thiers hat keine Truppen, und es wäre der Bürgerkrieg im Angesicht des Feindes. Aber unsere Bourgeoisie verbündete sich ohne Bedenken mit dem Landesfeind, um den Bürgerkrieg gegen uns zu führen, und bekam Truppen von ihm, in Gefangenschaft geratene Bauernsöhne aus der Vendée, ausgeruhte Mannschaft, unerreichbar unserem Einfluß. Es gibt keinen Konflikt zwischen zwei Bourgeoisien, der sie hindern könnte, sich gegen das Proletariat der einen oder anderen sofort zu verbünden. Man hat uns dann hier gesagt: kein Terror, wo bliebe die neue Zeit? Aber Versailles übt Terror und wird uns noch alle niedermetzeln, so daß keine neue Zeit kommen mag. Wenn wir niedergeworfen werden, dann wegen unserer Milde, was ein anderer Ausdruck für Nachlässigkeit, und wegen unserer Friedlichkeit, was ein anderer Ausdruck für Unwissenheit ist. Bürger, wir beschwören euch, lernen wir endlich vom Feind!

Beifall und Unruhe.

RUF Bürger, wir haben darüber diskutiert. Wir haben festgestellt, daß wir nicht machen wollen, was die Feinde der Menschheit machen. Sie sind Unmenschen, wir nicht.
Beifall.

VARLIN Die Frage „Unmenschlichkeit oder Menschlichkeit" wird entschieden durch die geschichtliche Frage „ihr Staat oder unsrer Staat".

RUF Wir wollen keinen Staat, weil wir keine Unterdrückung wollen.

VARLIN Ihr Staat oder unser Staat.

RUF Wenn wir zur Unterdrückung übergehen, können wir uns selbst davon nicht ausnehmen, aber wir kämpfen für die Freiheit.

VARLIN Wenn ihr die Freiheit wollt, müßt ihr die Unterdrücker unterdrükken. Und von eurer Freiheit soviel aufgeben, als dazu nötig ist. Ihr könnt nur eine Freiheit haben, die, die Unterdrücker zu bekämpfen!
RIGAULT Terror gegen Terror, unterdrückt oder werdet unterdrückt, zerschmettert oder werdet zerschmettert!
Große Unruhe.
RUFE Nein, nein! – Das bedeutet die Diktatur. – Morgen werdet ihr uns zerschmettern! – Man verlangt die Exekution des Erzbischof von Paris, und man zielt auf uns, die wir uns dem widersetzen. – Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen.
VARLIN *sehr laut:* Und wer nicht zum Schwert greift?
Kurze Stille.
RUF Die Großmut der Kommune wird Früchte tragen! Laßt sie von der Kommune sagen: sie hat die Guillotine verbrannt.

RIGAULT Und die Bank stehen lassen!
RUFE Wort entziehen! Das sind die Reden, die uns diskreditieren! Blicken sie sich um. Wir sind nicht mehr so viele, wie wir im März waren! – Delescluze, sprechen Sie! – Delescluze! – Delescluze!

DELECLUZE Ich bitte die Delegierten, die Hände zu heben, die auch jetzt noch gegen Repressalien sind.
Langsam heben die meisten die Hände.
DELESCLUZE Die Kummune spricht sich gegen Repressalien aus. – Bürger Delegierte, Sie erhalten Gewehre.

Nationalgardisten sind mit Armen voll Gewehren gekommen und verteilen sie unter die Delegierten.

DELESCLUZE Bürger Delegierte, wir fahren fort mit den laufenden Arbeiten. Zur Diskussion steht die Organisation einer Kommission für Frauenbildung.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord